

# Wiener Landtag

30. Sitzung vom 14. Mai 1986

## Wörtliches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

- |  |         |   |   |
|--|---------|---|---|
| 1. Beurlaubte und entschuldigte Abgeordnete  | (S. 3)  | 8. Mitteilung des Amtsführenden Stadtrates für Umwelt und Bürgerdienst betreffend die Ereignisse in Tschernobyl, deren Auswirkungen auf Wien sowie die von den städtischen Dienststellen getroffenen Maßnahmen  | Begründung des Antrages auf Besprechung durch Abg. Ing. Riedler (S. 22)<br>Redner: Die Abgen. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz (S. 23) und Ing. Engelmayer (S. 26 u. 58), Lhptm. Dr. Zilk (S. 29), Abg. Dr. Häupl (S. 30), StR. Dolores Bauer (S. 33), die Abgen. Ing. Riedler (S. 37), Dr. Neubert (S. 41), Dr. Marilies Flemming (S. 44), Outolny (S. 47) und Jedletzberger (S. 49) sowie die Amtsf. StRe. Friederike Seidl (S. 51) und Braun (S. 53 u. 58) |
| 2. Fragestunde   | (S. 3)  |   |   |
| 3. Mitteilung des Amtsführenden Stadtrates für Umwelt und Bürgerdienst betreffend die Ereignisse in Tschernobyl, deren Auswirkungen auf Wien sowie die von den städtischen Dienststellen getroffenen Maßnahmen   | (S. 16) |   |   |
| 4. Mitteilung des Einlaufes  | (S. 21) |   |   |
| 5. Pr.Z. 1490, P. 1: Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Rudolf Edlinger wegen Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede gemäß § 111 Abs. 1 und 2 StGB (Beilage Nr. 6)<br>Berichterstatter: Abg. Dinhof<br>Abstimmung (S. 21) | (S. 21) | 9. Pr.Z. 802/LA/86: Antrag der Abgen. Ing. Engelmayer und Dr. Marilies Flemming betreffend Strahlenkatastrophe – umfassendes Zivilschutzkonzept für Wien<br>Verlesung des Antrages durch Schriftführer Abg. Mag. Dipl.-Ing. Regler (S. 58), Begründung durch Abg. Ing. Engelmayer (S. 59), Abstimmung (S. 60)<br>Redner: Die Abgen. Dkfm. Hilde Schilling (S. 60) und Faymann (S. 63), StR. Maria Hampel-Fuchs (S. 65), Abg. Gaal (S. 68) und Amtsf. StR. Univ.-Prof. Dr. Stacher (S. 71) | 69  |
| 6. Von der Tagesordnung abgesetzter Tagesordnungspunkt   | (S. 21) |   |   |
| 7. Pr.Z. 1587, P. 3: Vorlage des Gesetzes, mit dem das Gebrauchsabgabengesetz 1966 geändert wird (Beilage Nr. 8)<br>Berichterstatter: LhptmSt. Mayr<br>Abstimmung (S. 22)  | (S. 22) |   |   |

Vorsitzende: Erster Präsident Sallaberger,  
Zweiter Präsident Hahn und Dritter Präsident Gertrude Stiehl.



(Beginn um 9 Uhr.)

Präsident **Sallaberger**: Die 30. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Beurlaubt ist Frau Abg. Rosa Heinz. Entschuldigt sind die Abge. Daller, Honay, König, Dr. Peter Mayr und Neumann.

Wir kommen zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden von Präsident Sallaberger die folgenden Anfragen zur Beantwortung aufgerufen:

1. Anfrage (Pr.Z. 948/LM/86): Abg. Dr. Hirnschall an den Landeshauptmann:

Welche Reaktionen sind bisher auf Ihr Schreiben an den Bayrischen Ministerpräsidenten betreffend die Errichtung der atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf erfolgt?

2. Anfrage (Pr.Z. 955/LM/86): Abg. Ing. Engelmayer an den Landeshauptmann:

Sind Sie im Interesse der Sicherheit der Bundeshauptstadt Wien zu einer Initiative bereit, bis zur Klärung der genauen Ursachen und technischen Details der Katastrophe im russischen Kernkraftwerk Tschernobyl, daß die im unmittelbaren Gefahrenbereich von Wien in Betrieb befindlichen vorläufig stillgelegt werden?

3. Anfrage (Pr.Z. 956/LM/86): Abg. Dr. Marilies Flemming an den Landeshauptmann:

Sind Sie bereit, eine umfassende und wahrheitsgemäße Information der Wiener Bevölkerung im Hinblick auf die aktuelle Strahlengefährdung unter Bekanntgabe genauer Meßwerte - vor allem was die Gefährdung von Kindern betrifft - zu veranlassen?

4. Anfrage (Pr.Z. 957/LM/86): Abg. Dr. Petrik an den Landeshauptmann:

Welche Weisungen hat der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien aufgrund der Strahlengefährdung durch die Atomreaktorkatastrophe im Hinblick auf Freilandturnen, Wandertage und Exkursionen, Schullandwochen et cetera für die Wiener Schulen erlassen?

5. Anfrage (Pr.Z. 933/LM/86): Abg. Kremnitzer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung:

Wie ist der letzte Stand der Vorbereitungsarbeiten betreffend die Verlängerung der Süd-Ost-Tangente nach Hirschstetten?

6. Anfrage (Pr.Z. 934/LM/86): Abg. Hummel an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung:

Welche Budgetmittel stehen für den Einbau von Lärmschutzfenstern an Bundesstraßen zur Verfügung?

7. Anfrage (Pr.Z. 935/LM/86): Abg. Wimmer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung:

Welche Auswirkungen hat die Bundesstraßengesetznovelle auf Wien?

8. Anfrage (Pr.Z. 932/LM/86): Abg. Mag. Zima an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Welche rechtlichen Änderungen haben sich durch die Einführung der Versteigerungsabgabe anstelle der bisherigen Lizitationsarmenprozente ergeben und wie haben diese sich auf das Aufkommen der Stadt Wien ausgewirkt?

9. Anfrage (Pr.Z. 931/LM/86): Abg. Ing. Riedler an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Welche gesetzlichen Regelungen zur Vermeidung von Doppel- oder Mehrfachbesteuerungen bestehen bei der Anzeigenabgabe?

10. Anfrage (Pr.Z. 916/LM/86): Abg. Langhammer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Wann ist mit der Vorlage einer Novelle zum Vergnügungssteuergesetz zu rechnen?

11. Anfrage (Pr.Z. 930/LM/86): Gelangt wegen Entschuldigung des Fragestellers nicht zur Behandlung.

12. Anfrage (Pr.Z. 949/LM/86): Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz an den Amtsführenden Stadtrat der

*Geschäftsgruppe Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz:*

*Welche Haltung beziehen Sie hinsichtlich einer Novellierung der Wiener Bauordnung, wonach Schutzräume bei der Errichtung von Neubauten zwingend vorgeschrieben werden sollen?)*

**Präsident Sallaberger:** Die 1. Frage wurde von Herrn Abg. Dr. Erwin Hirnschall eingebracht, richtet sich an den Herrn Landeshauptmann und betrifft die Frage des Schreibens an den Bayrischen Ministerpräsidenten bezüglich der atomaren Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann mit der Antwort zu beginnen. (Lhptm. Dr. Zilk sucht nach dem Lichtschalter am Rednerpult. - Abg. Hahn: Mehr Licht!)

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Herr Präsident Hahn, Sie haben Recht, es ist sogar eine authentische Interpretation, denn Goethe hat natürlich nicht die Erhellung des menschlichen Geistes mit seinen letzten Worten gemeint, sondern hat zu seiner Lebensgefährtin gesagt, es sei ihm im Zimmer zu finster. Das ist auch erwiesen, sagen die Germanisten.

**Präsident Sallaberger (unterbrechend):** Herr Landeshauptmann, bitte.

**Landeshauptmann Dr. Zilk (fortsetzend):** Der Herr Präsident und ich pflegen gelegentlich in Zwischenrufen zu verharren, aber es ist ja schön, wenn es freundliche sind.

**Herr Abgeordneter!** Unmittelbar nach der außerordentlichen Sitzung der Wiener Landesregierung am 2. Mai habe ich Herrn Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß ein sehr ausführliches, sehr höfliches und der Öffentlichkeit auch kundgemachtes Fernschreiben geschickt und habe ihn gebeten, uns mitzuteilen, ob es Überlegungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Wackersdorf gibt.

Wir haben das, glaube ich, nicht als eine Einmischung formuliert, sondern als eine Frage und eine Anregung derer, die nun praktische Erfahrungen gemacht haben. Unterdessen hat ja, wie der Spiegel berichtet, auch das Land Bayern ausführliche Erfahrungen auf diesem Gebiet gemacht. Ich habe verstanden, daß es länger dauert, bis man eine Antwort bekommt, aber ich habe am 7. Mai noch einmal urgiert und ich muß Ihnen leider mitteilen, daß ich bis heute keine Antwort erhalten habe. Aber ich werde mir erlauben, den Herrn Ministerpräsidenten, den ich auch persönlich gut kenne, noch einmal zu bitten, uns doch mitzuteilen, wie er die Entwicklung in Wackersdorf sieht.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Hirnschall:** Herr Landeshauptmann! Bekanntermaßen hat ja auch der Salzburger Landeshauptmann Dr. Haslauer eine ähnliche Demarche schon früher beim Ministerpräsidenten Strauß unternommen und Landeshauptmann Dr. Haslauer hat auch eine Antwort bekommen. Es war dies eine ziemlich grobe Antwort, die er bekommen hat. Es ist eigentlich nicht anzunehmen, daß Sie freundlicher behandelt werden als der Parteifreund Haslauer in Salzburg.

Herr Landeshauptmann, welche weiteren Schritte überlegen Sie sich, wenn Sie entweder die gleiche Antwort bekommen wie Haslauer, oder wenn Sie gar keine Antwort bekommen?

**Präsident Sallaberger:** Danke. Herr Landeshauptmann, bitte.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Herr Abgeordneter! Man sollte sich den dritten Schritt immer erst nach dem zweiten überlegen. Ich habe daher die Absicht abzuwarten, a) ob ich eine Antwort bekomme und b) in welcher Weise sie ausfällt. Ich teile nicht ganz Ihre Auffassung, daß ich unbedingt dieselbe Antwort bekommen muß, wie der Parteifreund Haslauer. Bekanntlich ist ja der Umgangston unter Parteifreunden, hüben und drüben, oft schwieriger als zwischen den Fronten und den Grenzen. (Heiterkeit.) Und ich darf darauf hinweisen, daß mich immerhin eine langjährige persönliche Bekanntschaft mit Herrn Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß verbindet und daher warte ich zunächst einmal ab.

Ich kann mir vorstellen, daß er überhäuft ist mit sehr vielen Fragen, aber wir werden natürlich nicht locker lassen und wir werden auf eine Antwort dringen. Ich habe außerdem die Absicht, in angemessener Frist, mag sein in einer Woche, die Landeshauptleute westlich von Wien zu bitten, gemeinsam mit mir noch einmal vorstellig zu werden. Das wird ja, angesichts der schon früheren Aktivität des Herrn Landes-



hauptmannes Dr. Haslauser, nicht allzu schwierig zu koordinieren sein.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Hirschall:** Herr Landeshauptmann! In den östlichen Nachbarstaaten, namentlich in der Tschechoslowakei, gibt es atomare Gefahrenquellen, die entfernungsmäßig sogar noch näher liegen als Wackersdorf. Ich nehme an, daß es von Ihnen ähnliche Schritte auch etwa bei der Tschechoslowakischen Republik gegeben hat. Darf ich erfahren, wie die Reaktion von seiten dieser benachbarten Ostblockstaaten ist?

**Präsident Sallaberger:** Danke. Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Das deckt sich mit der Frage des Herrn Abg. Ing. Günther Engelmayer an mich. Ich werde also versuchen, Ihnen zu antworten und dann auch diese zweite Frage noch zu beantworten.

Selbstverständlich habe ich mich nicht nur an Herrn Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß gewandt, sondern, wie Sie richtig annehmen, auch an unseren nördlichen Nachbar, weil ja die Reichweiten viel enger sind. Ich habe in diesem Schreiben sowohl die Grundsatzfrage nach der weiteren Zukunft der friedlichen Nutzung der Atomenergie gestellt, die Frage nach den Chancen eines Umdenkens, aber auch die Frage nach den besonderen Sicherheiten. Im Gegensatz zu Herrn Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß habe ich von Herrn Botschafter Venuta eine durchaus ausführliche Antwort, die natürlich nicht befriedigend ist hinsichtlich der weiteren Verwendung der Atomenergie, bekommen.

Niemand war so naiv anzunehmen, daß, wenn der Wiener Landeshauptmann schreibt, dann der nördliche Nachbar auch den Zwentendorf-Kurs des Wiener Landeshauptmannes teilt. Aber man hat uns versichert, daß man nicht nur bereit ist, wie bisher, in besonders enger Zusammenarbeit mit den Österreichischen Experten, und diese Zusammenarbeit gibt es ja bekanntermaßen, zu arbeiten, sondern daß man auch extra von Wien benannten Experten jeden Zutritt, jede Möglichkeit der Information zu gewähren denkt und wir werden davon in geeigneter Weise Gebrauch machen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Damit ist die 1. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur 2. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Ing. Günther Engelmayer eingebracht und richtet sich ebenfalls an den Herrn Landeshauptmann und betrifft die Katastrophe des russischen Kernkraftwerkes Tschernobyl.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, mit der Beantwortung zu beginnen.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Herr Ingenieur, ich habe im wesentlichen das gesagt, wonach Sie gefragt haben. Wir werden und ich werde das noch einmal unterstreichen, von uns zu benennende Sicherheitsexperten ersuchen, dieses Angebot eines direkten Kontaktes und einer direkten Information auch weiterzuverfolgen. Selbstverständlich habe ich auch an den Bundeskanzler geschrieben, mit der Bitte, die Frage der Atomkraftwerke nördlich der Grenze auch zu einem zwischenstaatlichen Akt des Gespräches zu machen.

Ich sage noch einmal, wir sind ja nicht so naiv anzunehmen, daß nun alle so umdenken wie wir aufgrund der besonderen Ereignisse und auch der besonderen Situation umdenken. Aber ich meine, daß wir diesen Weg gehen sollten und daß wir vor allen Dingen alles ausschöpfen sollten, was noch an zusätzlichen Sicherheiten oder zusätzlichen Sicherheitsfragen zu berücksichtigen ist.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine Zusatzfrage gewünscht. - Bitte sehr!

**Abg. Ing. Engelmayer:** Herr Landeshauptmann! Die Frage, die ich gestellt habe, war ja eigentlich die, ob Sie bereit sind, sich dafür einzusetzen, daß das Kraftwerk in Dukowani, das ja nur 83 Kilometer von der nördlichen Stadtgrenze von Wien entfernt ist, gesperrt wird, so lange, bis die tatsächlichen technischen Probleme und Ursachen des Kraftwerkunglückes in Tschernobyl geklärt sind.

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Herr Abgeordneter! Ich war der Meinung, daß ich das eigentlich klar beantwortet habe. Selbstverständlich ist der Kern meines Briefes das Ersuchen des Überdenkens der Stilllegung dieses Kraftwerkes, aber darüber hinaus beinhaltet es auch Fragen der Sicherheit. Sonst hätte

ich ja den Zusatz nicht zu sagen brauchen, daß ich nicht angenommen habe, daß man mir sofort antwortet und auf Wunsch des Wiener Landeshauptmannes das Kraftwerk stilllegt. Wahrscheinlich würde man mir das als Naivität oder als Überheblichkeit anrechnen. Aber das war der Kern meines Briefes und ich habe auch an den Herrn Bundeskanzler mit der Bitte geschrieben, namens des Landes Wien, in diesem Sinne vorstellig zu werden. Also ein klares Ja zu Ihrer konkreten Frage.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wünschen Sie eine zweite Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Ing. Engelmayer:** Herr Landeshauptmann! Sie haben angekündigt, in der Süddeutschen Zeitung ein Inserat aufzugeben. Ich möchte Sie konkret fragen, sind Sie auch bereit in der Rudepravo oder in Népszabadság ein solches Inserat aufzugeben.

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Herr Landeshauptmann!

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Es ist eine ernste Frage, aber Sie gestatten mir doch, daß ich lächle. Sie lächeln wahrscheinlich selbst über Ihre Zusatzfrage und zwar deshalb, weil die Frage der Bereitschaft ein Inserat der Rudepravo und in der Népszabadság aufzugeben, nicht eine Frage meiner Bereitschaft, sondern von der Bereitschaft der Redaktion das zu veröffentlichen abhängt. Ich bin bereit, in jeder Zeitung an einem solchen Inserat mitzuwirken. Ich würde mir aber wünschen, daß viele Ihrer Parteifreunde, wenigstens bei Wackersdorf mitunterschrieben. (LhptmSt. Dr. Busek: Ist schon längst erledigt!)

**Präsident Sallaberger:** Danke. Damit ist die 2. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur 3. Anfrage. Sie wurde von Frau Abg. Dr. Marilies Flemming eingebracht. Sie richtet sich ebenfalls an den Herrn Landeshauptmann und betrifft umfassende Information der Bevölkerung bezüglich der Strahlengefährdung. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann mit der Antwort zu beginnen.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Da die vorherige Frage mit dieser Frage in engem Zusammenhang steht, wird mir die Frau Abgeordnete erlauben, wenn ich mit Freude den Zwischenruf des Herrn Vizebürgermeisters aufgreife, der die gute Koordination in solchen Fragen zwischen uns zum Ausdruck bringt, indem er gesagt hat, ist schon längst erledigt, und ich entnehme seinen zustimmenden Blicken, daß er natürlich mit mir gemeinsam bereit ist in der Rudepravo oder in der Népszabadság ein solches Inserat aufzugeben. (Abg. Ing. Worm: Na net!) Das na net als Zwischenbemerkung ist eigentlich ein na net auf den Herrn Engelberger und nicht auf mich, denn das war eigentlich eine Na-net-Frage. Selbstverständlich geben wir es auf und na net ist natürlich die Erwartung, daß man es dort auch wirklich veröffentlichen kann. Da sollte man doch wenigstens in diesen Fragen eine Meinung haben. Das ist eine Grundsatzfrage zwischen Ost und West und Pressefreiheit. (Abg. Ing. Worm: Geehrter Herr Landeshauptmann! Die ÖVP hat zu diesen Grundsatzfragen immer eine Meinung gehabt!) Wenn die Aufgabe eines Inserates eine Grundsatzfrage ist (LhptmSt. Dr. Busek: Die Haltung zu Atomkraftwerken!) - denn ich kann es ja nur darauf beziehen und nicht auf etwas anderes antworten, als ich gesagt habe -, dann hätten Sie ja dort längst einen Artikel schreiben müssen, Herr Kollege Worm in der Népszabadság und in der Rudepravo. (Heiterkeit.) Entschuldigen Sie, ich habe auf eine Frage des Herrn Ing. Engelberger adäquat geantwortet. (LhptmSt. Dr. Busek: Engelmayer!) Engelmayer, bitte. Er darf dafür zu mir einmal "Tschilk" sagen (Heiterkeit.), ich bin nicht kleinlich. Also, Herr Abg. Engelmayer hat mich konkret gefragt, ob ich bereit bin und ich habe konkret gesagt: Ja. Und damit ist doch eigentlich alles beantwortet. ..

**Frau Abgeordnete!** Ich habe Ihre Anfrage wohlmeinend gelesen, und glaube, daß Fragen wie diese und Probleme wie wir sie derzeit behandeln und heute sicher noch oft und lange behandeln werden, bei aller Gegensätzlichkeit viel Gemeinsames an Interesse haben sollten und wahrscheinlich auch im Endeffekt von der Bevölkerung nur honoriert werden, wenn sie im Sinn einer gemeinsamen Bewältigung diskutiert werden und nicht wegen eines kleinlichen parteipolitischen Vorteils. Da ich davon ausgehe, habe ich die Anfrage wohlmeinend gelesen und habe die Frage: Sind Sie bereit eine umfassende und wahrheitsgemäße Information der Wiener Bevölkerung zu geben, et cetera so verstanden, daß Sie dem Landeshauptmann nicht unterstellen, daß er nicht wahrheitsgemäße Informationen gibt. Man könnte sie nämlich als Germanist durchaus so verstehen. Ich möchte sagen, daß ich es mir zur Gewohnheit gemacht habe, immer wahrheitsgemäß zu antworten, das heißt, nach bestem Wissen und Gewissen. Und das

möchte ich in aller Deutlichkeit hier noch einmal sagen.

Frau Abgeordnete! Selbstverständlich bin ich nicht nur dazu bereit, sondern ich habe ja veranlaßt, daß der Wiener Bevölkerung alle Informationen über die Strahlengefährdung, die von allgemeiner Bedeutung und auch natürlich von besonderer Bedeutung sind, gegeben werden. Wir haben deshalb sofort nach Bekanntwerden des Reaktorunfalles, entsprechend dem jeweiligen Wissensstand, über den Rundfunk Nachrichten weitergegeben und gleichzeitig mit der Herstellung der Extraausgabe "Unser Wien" begonnen, deren Verteilung vor einigen Tagen bereits erfolgt ist. Sie werden ja auch gesehen haben, daß diese Extraausgabe mit allen Experten, die hiefür in Frage kommen, gestaltet wurde und der Versuch einer umfassenden Information war. Dazu hat es auch noch die Flugblattdienste mit entsprechenden Informationen gegeben. Das heißt, Ihre Frage ist klar zu beantworten mit einem Ja. Aber ich möchte gleich dazu sagen, daß wir alle Erfahrungen gesammelt haben. Herr Vizebürgermeister Busek hat in einem persönlichen Gespräch vor einigen Tagen gesagt: "Wir alle lernen aus der Entwicklung und wir alle werden viele Konsequenzen zu ziehen haben und wir werden vieles noch besser machen als zuvor."

Weiters darf ich darauf hinweisen, daß der "Spiegel", also ein nicht unwesentliches Magazin in der Bundesrepublik, in dieser Woche berichtet und darauf hinweist, daß es chaotische Zustände in der Information und in der Bewältigung der Situation in allen deutschen Städten und in allen deutschen Ländern gegeben hat. Wir können sagen, daß wir zweifellos nach bestem Wissen und Gewissen und dem jeweiligen Wissensstand vorgegangen sind und im Zweifelsfall die jeweils höhere Vorsichtsmaßnahme ergriffen haben. Wir haben also nicht, wie vor einigen Tagen der Tiroler Landeshauptmann, unter dem Druck von Bevölkerungsgruppen den Verkauf von Salat voreilig aufgehoben, sondern wir haben gesagt, daß wir uns bis zum letzten Zeitpunkt an die klaren wissenschaftlichen Aussagen und an die Aussagen der zuständigen Behörden halten werden.

Präsident Sallaberger: Danke. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Dr. Marilies Flemming: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! In der Bevölkerung hält sich hartnäckig das Gerücht, genährt von Personen aus dem Kreise der im Gesundheitsministerium Beschäftigten, aber auch aufgrund von Aussagen von Ärzten aus den Sozialversicherungsanstalten, daß man die Bevölkerung nicht über das ganze Ausmaß der Katastrophe informiert hat, weil man sowieso keine Hilfe hätte anbieten können und weil man eben befürchtete, daß eine Panik entstehen könnte. Darauf hat sich mein Wort wahrheitsgemäß bezogen.

Anschließend daran meine Frage: Warum hat man die Bevölkerung, sei das jetzt von seiten des Gesundheitsministeriums oder auch von unseren Wiener Stellen, gerade in den ersten ein, zwei Tagen, als die radioaktive Wolke Österreich erreicht hatte, nicht informiert, so daß gerade in diesen ersten zwei kritischen Tagen Kinder ungehindert ins Freie gelassen wurden, im Grünen spielen konnten und man sie auch in die Sandkiste gelassen hat. Das waren gerade die ersten ein, zwei Tage, in denen die Bevölkerung nicht informiert war.

Präsident Sallaberger: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Zilk: Frau Abgeordnete! Wir haben vom ersten Augenblick der Kenntnisnahme der Gefahrenquelle informiert, wir werden das immer so tun, und ich möchte auch darauf hinweisen, das betrifft jetzt die Frage des Herrn Abg. Petrik, daß zum Beispiel der Wiener Stadtschulrat als erste Schulverwaltung, lange vor allen Landesschulräten und auch Tage vor dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst, die entsprechenden ersten Maßnahmen und Weisungen erteilt hat, aber davon spreche ich später noch.

Die Frage der Gerüchtemacher am königlichen Hof ist ja bereits in der klassischen Literatur bekannt und jeder, der Latein studiert hat, hat sich mit diesen einschlägigen Fragen ja schon beschäftigt. Das gehört zum Grundstudium des Lateinischen, zu den Urtexten, die man in der Schule lernt.

Frau Abgeordnete! Darüber kann und will ich nicht antworten. Gerüchtemacher gibt es immer, wir haben alles, was wir zur Verfügung hatten und was wir selbst wußten, sofort mitgeteilt und wir werden immer so vorgehen und darüber hinaus möchte ich noch sagen, daß es regelmäßige Sitzungen im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz gibt, an denen die Vertreter der Länder und die Beam-

ten teilnehmen. Von Wien nahm an jeder Sitzung unter anderem OSR. Dr. Brunner teil und es wäre eine unglaubliche Unterstellung, würde man von einem solchen ehrenwerten Beamten auch nur annehmen, daß er es mit sich herumtrüge, Dinge zu verschweigen und unter den Tisch zu kehren, die sein Gewissen belasten würden. Das muß ich für ihn zurückweisen. Er würde sich ja auch eines Dienstvergehens schuldig machen.

Es ist gar keine Frage: Alles was die Bevölkerung betrifft, hat klar, eindeutig und bei erster Gelegenheit gesagt zu werden, wir werden immer so vorgehen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte sehr!

**Abg. Dr. Marilies Flemming:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Könnten Sie uns bitte jetzt genaue Daten über das tägliche Ansteigen und Absinken der radioaktiven Bestrahlung seit Beginn der Strahlungen geben, auch unter jeweiliger Nennung der Gefahrengrenze für Säuglinge, Kleinkinder und Erwachsene?

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Frau Abgeordnete! Es steht auf dem Programm des heutigen Tages eine Mitteilung des zuständigen Stadtrates, der sich mit dieser Frage im Detail beschäftigen wird und Ihnen im Detail diese Auskünfte geben wird.

**Präsident Sallaberger:** Danke, damit ist die 3. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur 4. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Dr. Wolfgang Petrik eingebracht, richtet sich ebenfalls an den Herrn Landeshauptmann und betrifft Weisungen des Präsidenten des Stadtschulrates aufgrund der Strahlengefährdung. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, mit der Antwort zu beginnen.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Herr Abgeordneter! Herr Kollege Petrik, wenn ich das unter Lehrern sagen darf. Der Wiener Stadtschulrat hat als erster österreichischer Landesschulrat, und zwar am 2. Mai, einen Rundspruch herausgegeben, demgemäß laut Information der Landessanitätsdirektion Wien zwar keine Bedenken dagegen bestanden, Schulveranstaltungen wie geplant durchzuführen, denn das war der Wissensstand am 2. Mai, wohl aber die erhöhten Strahlenwerte beachtet werden sollten und daher die Vermeidung jeden Kontaktes mit Sand und Staub im Freien, zum Beispiel beim Ballspielen, das Liegen im Gras und einer Reihe von solchen Dingen betroffen hat. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, daß der Turnunterricht in nächster Zeit nur in Turnsälen abzuwickeln sei.

Das war die erste unmittelbare Mitteilung vom 2. Mai. Am 6. Mai hat der Stadtschulrat für Wien ein Rundschreiben des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport entgegengenommen, in dem im Hinblick auf mögliche Gefährdungen von Schülern bis auf weiteres vom Turnunterricht im Freien abgesehen ist. Das war eigentlich schon bei unserer Weisung vom 2. Mai vorgesehen. Diese Vorsichtsmaßnahme betrifft aber bekanntlich auch alle Schulsportbewerbe und Schulveranstaltungen, Wandertage, Schullandwochen und Schulsportwochen, die Aktivitäten im Freien vorsehen. Der Amtsführende Präsident hat dieses Rundschreiben sofort weitergegeben. Diese Weisungen bleiben selbstverständlich so lange in Kraft, solange sie sich nicht durch entsprechende Mitteilungen der Gesundheitsbehörden als überflüssig erweisen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte sehr.

**Abg. Dr. Petrik:** Herr Landeshauptmann! Ich muß Sie leider korrigieren, weil offenbar das, was man Ihnen vorgelegt hat, mit der Realität insoweit nicht übereinstimmt, als die Leiter der Schulen oder auch die Lehrer dann in der Folge sozusagen die erste Mitteilung erhalten haben. Denn in der ersten Mitteilung aufgrund einer Empfehlung der Landessanitätsbehörde hat es in einem Rundspruch geheißen, es seien alle Schulveranstaltungen bedenkenlos weiter durchzuführen, bei extremer Vermeidung des Kontaktes mit Gras, Sand und so weiter.

Ist Ihnen bekannt, daß der Amtsführende Präsident hier im Rahmen dieses Rundspruches es den einzelnen Schulleitern und Lehrern überlassen hat, die Entscheidung darüber zu treffen, ob nun einzelne Klassen Ausflüge, die auch nach Niederösterreich geführt haben, und hier muß ich leider noch einmal widersprechen, Niederösterreich hat vorher aufgrund einer Empfehlung der Landessanitätsdirektion strikte untersagt, daß Schullandwochen, Ausflüge et cetera durchgeführt werden. Es ist also in einem

kurzen Zeitraum zu völlig unterschiedlichen Aussagen gekommen und das hat in der Folge auch zu massiven Anrufen von Eltern und auch von Lehrern beim Schulservice und anderen Stellen geführt. Mit einem Wort: Es ist de facto eine nicht sehr angenehme, um es vornehm auszudrücken, Situation entstanden, eine starke Verunsicherung, weil halt völlig ungeklärt war, was zu tun ist.

Ich glaube, es ist völlig unrichtig, daß man es den einzelnen Schulleitern oder den Lehrern überläßt, in einer so kritischen Situation eine eigene und wie sich auch zeigt, unterschiedliche Entscheidung zu treffen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Herr Landeshauptmann, bitte.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Herr Abgeordneter! Das Rundschreiben des Amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates ist aufgrund des Wissensstandes vom 1., 2. Mai erfolgt. Der Wissensstand vom 1. und 2. Mai war so, daß man nicht unbedingt eine Absage hätte treffen müssen und sollen.

Ich widerspreche Ihnen, selbst wenn Sie Niederösterreich ausklammern, bleiben immer noch sieben andere Bundesländer, die überhaupt keine Maßnahmen getroffen haben und überhaupt keine Weisung gegeben haben. Aber ich unterstelle auch, daß wir am 2. Mai die frühere Weisung gegeben haben als Niederösterreich. Jedenfalls haben wir vom ersten Augenblick an die entsprechenden Weisungen gegeben.

Was die Anrufe der Eltern betrifft, möchte ich Ihnen sagen, die hat es leider auch in umgekehrtem Maße gegeben. Ich habe heftigste Interventionen gehabt und habe sie immer noch, das wird Sie vielleicht erstaunen, von Eltern, die dagegen protestieren, daß Schullandwochen abgesagt worden sind, weil nicht geklärt ist, was mit den Anzahlungen geschieht, wann die Schullandwochen nachgeholt werden. Das ist an sich noch kein Argument, denn Interventionen von Betroffenen in allen Richtungen des Sachverhaltes wird es bei solchen Dingen immer wieder geben.

Ich bin gerne bereit, die Frage des Datums noch einmal zu überprüfen, weil ich natürlich interessiert bin, ob die Information, die ich Ihnen gebe, auch dem tatsächlichen Wissenstand entspringt. Aber ich kann Ihnen nach bestem Wissen und Gewissen sagen, daß wir am 2. Mai sicher die Ersten waren, die überhaupt eine solche Weisung herausgegeben haben.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Der Herr Abgeordnete wünscht eine zweite Zusatzfrage.

**Abg. Dr. Petrik:** Herr Landeshauptmann! Unabhängig von der Frage der Termine oder des Ablaufes möchte ich Sie als zuständigen Präsidenten des Wiener Stadtschulrates fragen, ob Sie es für zweckmäßig erachten, in einer so kritischen Situation, egal bei welchem Wissensstand, es dem einzelnen Schulleiter und Lehrer zu überlassen, hier eine Entscheidung zu treffen, oder sind Sie der Meinung, daß hier die Schulbehörde eine klare Dienstanweisung an die einzelnen Leiter zu geben hat?

**Präsident Sallaberger:** Danke. Herr Landeshauptmann, bitte.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Die Schulbehörde hätte sie dann noch klarer zu geben gehabt - denn es hat eine Dienstanweisung gegeben, wir beide haben sie jetzt bereits dreimal zitiert -, wenn der Wissensstand aufgrund der Aussage der staatlichen Gesundheitsbehörden so gewesen wäre, daß sie berechtigt gewesen wären. Wir hatten sie alle nicht.

Ich schätze zu sehr die Aktivität der großen und kleineren Opposition dieses Hauses, als das ich nicht unterstellen würde, daß Sie selbstverständlich vom ersten Augenblick an, von dem Sie gewußt hätten, daß es so ist, an die Öffentlichkeit gegangen wären und das gefordert hätten, was Sie jetzt, heute, gestern und vorgestern, aber nicht am 2. Mai und nicht vor dem 2. Mai gefordert haben. (Abg. Dr. Petrik: Das haben wir bewußt nicht gemacht!)

**Präsident Sallaberger:** Danke. Damit ist die 4. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur 5. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Ferdinand Kremnitzer eingebracht und richtet sich an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung und betrifft die Vorbereitungsarbeiten für die Verlängerung der Süd-Ost-Tangente nach Hirschstetten.

Ich bitte den Herrn Amtsführenden Stadtrat mit der Beantwortung zu beginnen.

**Amtsführender Stadtrat Ing. Hofmann:** Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Die Planung und Errichtung des gegenständlichen Abschnittes der A 23, Süd-Ost-Tangente Kaisermühlen - Hirschstet-

ten, wurde mit Bundesgesetz vom 28. Juni 1985 der Bundesstraßenaktiengesellschaft übertragen. Die generellen Projektierungsarbeiten der Gesellschaft stehen kurz vor dem Abschluß.

Aufgrund des Vertrages zwischen Bund und der Stadt Wien muß die Gesellschaft zu dieser Planung die Stellungnahme der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung einholen. Dann kann das generelle Projekt dem Bundesminister für Bauten und Technik zur Genehmigung vorgelegt werden und ein Verfahren nach § 4 abgewickelt werden. Die Verordnung nach § 4 könnte noch 1986 erfolgen. Im Anschluß daran ist die Detailplanungsphase für den Zeitraum bis Ende 1987 vorgesehen. Eine mindestens fünfjährige Bauzeit muß angenommen werden. Der Vorabzug des generellen Projektes der Bundesstraßengesellschaft liegt der Magistratsabteilung 18 bereits vor, so daß die magistratsinterne Abklärung des Projektes in der nächsten Zeit beginnen kann.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Kremnitzer:** Herr Stadtrat! Das erste Teilstück dieser Stadtautobahn führt durch ein dichtverbautes Wohngebiet oder an einem dichtverbauten Wohngebiet vorbei und am Ende dieses Teilstückes sogar an einem Schulzentrum.

Können Sie mir sagen, welche Umweltschutzmaßnahmen hier geplant sind?

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat!

**Amtsführender Stadtrat Ing. Hofmann:** Herr Abgeordneter! Diese Tatsache war ja auch der Grund, daß wir uns mit einigen Projekten, besonders mit der Hochlage, nicht anfreunden konnten, weil eben aus dieser Situation ein wirksamer Schutz der Umwelt kaum oder sehr schwierig möglich gewesen wäre. Das hat ja auch zu der Umplanung und schließlich zu der Ausarbeitung des jetzt vorliegenden Projektes geführt.

Ich kann Ihnen erfreut mitteilen, daß in den letzten Jahren, gleichzeitig mit der Genehmigung des Straßenbauprojektes immer auch bauliche Umweltschutzmaßnahmen genehmigt wurden, so daß das in einem Zug stattfinden kann. Im einzelnen kann ich Ihnen das jetzt nicht aufzeigen, aber ich bin gerne bereit Ihnen das vorliegende Projekt zu zeigen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte sehr.

**Abg. Kremnitzer:** Über den Knotenpunkt Hirschstetten hinaus, soll doch diese Autobahn als Bundesstraße weitergeführt werden. Sie haben vorhin gemeint, daß das erste Teilstück schon mitten in der Planung ist. Ich frage Sie daher, wann ist damit zu rechnen, daß auch in diesem zweiten Bereich ein § 4-Verfahren durchgeführt wird.

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat.

**Amtsführender Stadtrat Ing. Hofmann:** Herr Abgeordneter! Unser Bestreben ist es, zum gleichen Zeitpunkt die Verlängerung der Bundesstraße durchzuführen. Die Bundesstraße selbst hat ja nicht so komplizierte Vorkehrungen wie das erste Teilstück, das eben durch das Gebiet von Stadlau geht, so daß zeitlich das durchaus möglich wäre.

Warum wir das gleichzeitig anstreben, ist, daß erst dann, zumindest für den Schwerverkehr, eine Umfahrung von sehr kritischen Gebieten im 22. Bezirk möglich ist, wenn eine Verlängerung dieser Autobahn als Bundesstraße in den örtlichen Bereichen durchgeführt werden kann.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Damit ist die 5. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur 6. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Alfred Hummel eingebracht und richtet sich ebenfalls an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung und betrifft Budgetmittel für den Einbau von Lärmschutzfenstern in den Bundesstraßen.

Ich bitte den Herrn Amtsführenden Stadtrat mit der Beantwortung zu beginnen.

**Amtsführender Stadtrat Ing. Hofmann:** Herr Abgeordneter! Die Subventionierung von Lärmschutzfenstern, auch bei Bundesstraßen, hat, was die prozentuelle Höhe dieser Subventionierung betrifft, ein sehr günstiges Ausmaß, daher hat sich bei den restriktiven Maßnahmen, die wir bei Lärmschutzfenstern im Gemeindestraßenbereich durchgeführt haben, die Branche hauptsächlich auf diese Bundesstraßenlärmschutzfenster gestützt, mit dem Ergebnis, daß das im Vorjahr mehr als das Budget des Vorjahres ausgemacht hat und wir mußten Genehmigungen oder Vorbereitungen zu Genehmigungen

erteilen.

Im Herbst des vergangenen Jahres war ein deutlicher Abfall der Einreichungen festzustellen. Ich bedaure das, denn es ergibt sich für mich damit die Tatsache, daß nicht die Wünsche der betroffenen Bevölkerung zur Einreichungen führen, sondern eher die entsprechenden Werber der Fensterfirmen diese Dinge hochspielen.

Es war dann so, daß wir für das nichtzuerfüllende Budgetausmaß des Vorjahres heuer die restlichen Genehmigungen durchführen konnten und es ist nur mehr ein ganz geringer Betrag des Budgets für heuer für Lärmschutzfenster übergeblieben.

Ich habe in Gesprächen mit Finanzreferenten Vizebürgermeister Mayr und mit dem Bautenminister nun folgenden Weg eingeschlagen und ich hoffe, daß das ein gangbarer sein wird.

Herr Vizebürgermeister Mayr ist bereit, daß, wenn aus Bundesstraßenbudgetmitteln ein zusätzlicher Betrag heuer nicht mehr aufgebracht werden kann, die Stadt Wien bereit ist, einen Betrag bis zu 100 Millionen Schilling vorzufinanzieren, um es dann im Budget des nächsten Jahres zu decken. Der Herr Bautenminister hat aufgrund dieser Tatsache nun genehmigt, daß wir in einer ersten Tranche 30 Millionen Schilling für Lärmschutzfenster freigegeben haben und er hat mir zugesichert, daß mit einer weiteren Freigabe im Sommer zu rechnen sei, so daß wir zumindest den dringenden Anfall an Lärmschutzfenster für Bundesstraßen heuer genehmigen können.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wünschen Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr.

**Abg. Hummel:** Herr Stadtrat! Wenn Sie sagen, es sind 30 Millionen Schilling genehmigt, wie soll das dann mit den 100 Millionen Schilling vor sich gehen, die die Stadt Wien vorfinanzieren würde, um den Druck, der zu erwarten ist, bei diesen Fenstern, abdecken zu können?

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat.

**Amtsführender Stadtrat Ing. Hofmann:** Sie wissen ja, daß wir im April des Jahres immer Budgetmittel für den Bundesstraßenbau zugeteilt bekommen. Nach Abzug der bereits vorgenehmigten Fenster des Vorjahres, sind nur mehr zirka 17 Millionen Schilling übergeblieben. Eine Ausweitung des Bundesstraßenbudgets war nicht zu erwarten und daher hat sich der Herr Finanzreferent bereiterklärt, in einer Vorfinanzierungsaktion die Möglichkeit zu öffnen, heuer mehr Mittel für diesen Zweck zu genehmigen. Es ist aber nicht nur mit der Bereitschaft der Vorfinanzierung getan, sondern das Bautenministerium muß ja auch die Budgetpost Lärmschutzfenster aufstocken und das ist im Ausmaß dieser 30 Millionen Schilling geschehen. Sollte sich bei der Abrechnung des Jahresbudgetanteiles der Bundesstraßen für Wien herausstellen, daß damit eine Überschreitung notwendig wäre, würde erst dann diese Vorfinanzierung zum Tragen kommen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wünschen Sie eine zweite Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

So kommen wir zur 7. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Wimmer eingebracht und richtet sich ebenfalls an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung und betrifft die Auswirkungen der Bundesstraßengesetznovelle.

Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat.

**Amtsführender Stadtrat Ing. Hofmann:** Herr Abgeordneter! Der Vorschlag des Landes Wien für die Bundesstraßengesetznovelle 1986, der sich auf die Ergebnisse der Verkehrskonzeption 1980 des Stadtentwicklungsplanes 1984 stützt, wurde bei der Neufassung des Bundesstraßengesetzes berücksichtigt.

Hinsichtlich der Netzgestaltung ist die Novelle 1986 von dem Gedanken ausgegangen, das Bundesstraßennetz zu straffen und insbesondere jene Trassen von Autobahnen und Schnellstraßen aus dem Gesetz zu streichen, die derzeit nicht unter Verkehr stehen beziehungsweise deren Funktion auch vorhandene oder noch zu errichtende Bundesstraßen B übernehmen können.

Im Bereich der Stadt Wien wurde unter diesem Gesichtspunkt insbesondere die bisherigen Parallelführungen von S-Straßen zu vorhandenen Bundesstraßen B im Zuge Gürtel, Süd- und Westeinfahrt gestrichen. Diese Bundesstraßen, das sind die B 1, B 17, B 221 und B 224, müssen nun die Funktion der ehemaligen S-Straßen übernehmen. Ebenso wurde die S 2 auf eine Bundesstraße, B 227, abgewertet.



Gemäß § 9 Abs. 1 ist jedoch in der Novelle nunmehr die Möglichkeit vorgesehen, Bundesstraßen B auch in unterschiedlicher Höhenlage und mit mehr als vier Fahrstreifen auszubauen. Gemäß § 7a der Novelle 1986 wird es nunmehr auch möglich sein, daß Maßnahmen in der Umgebung von Bundesstraßen getroffen werden können, sofern sie sich auf die Abwicklung des Verkehrs und seiner Auswirkung auf die Umwelt als zweckmäßiger und wirtschaftlicher erweisen, als die Baumaßnahmen an der Bundesstraße selbst. Den letzten Absatz, die letzten Sätze, möchte ich besonders in Hinblick auf die Gürtelkommission, auf die Planungsarbeiten im Bereich des Gürtels verstanden wissen, denn hier werden sicherlich begleitende Maßnahmen notwendig sein, die nicht nur reine Straßenbaumaßnahmen darstellen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur 8. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Mag. Herbert Zima eingebracht und richtet sich an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik, sie betrifft die Versteigerungsabgabe.

Ich bitte Herrn Amtsführenden Stadtrat mit der Beantwortung zu beginnen.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage hinsichtlich der Lizitationsabgabe darf ich folgendermaßen beantworten: Anstelle der Armenprozente, die aufgrund eines Hofdekretes aus dem Jahre 1750 nur bei freiwilliger Feilbietung unbeweglicher Sachen eingehoben wurde, ist ab 1984 die Versteigerungsabgabe getreten, die ab dem Jahr 1984 aufgrund eines Landesgesetzes, ab dem Jahr 1985 aufgrund eines inhaltlich gleichlautenden Beschlusses des Wiener Gemeinderates eingehoben wird.

Gegenüber den Armenprozente wurde der Besteuerungsgegenstand vor allem dadurch ausgeweitet, daß der Versteigerungsabgabe auch freiwillige öffentliche Versteigerungen beweglicher Sachen unterliegen. Durch diese Änderung konnte im wesentlichen eine Aufkommenssteigerung erzielt werden. Während die Armenprozente im Jahr 1983 lediglich einen Jahresertrag von 286 Schilling erbrachten, belief sich das Jahresaufkommen der Versteigerungsabgabe im Jahr 1984 auf 5,1 Millionen Schilling und wird im Jahr 1985 voraussichtlich auf 6,5 Millionen Schilling ansteigen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Mag. Zima:** Sehr geehrter Herr Stadtrat! Angesichts dieser erfreulichen Mehreinnahmen erhebt sich natürlich die Frage, ob die Einführung der Versteigerungsabgabe negative Auswirkungen auf das Wiener Dorotheum gehabt hat.

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Das war zugegebenermaßen eine der Befürchtungen, die von der Leitung des Dorotheums ausgesprochen worden ist. Hier wurde darauf aufmerksam gemacht, daß durch diese Ausweitung des Besteuerungsgegenstandes das Kunstauktionsgeschäft des Wiener Dorotheums in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

Tatsächlich ist vor wenigen Tagen der letzte Jahresbericht des Wiener Dorotheums erschienen, aus dem zu ersehen war, daß der Umsatz eine absolute Spitzenhöhe erreicht hat. Das Wiener Dorotheum ist als Auktionshaus von mitteleuropäischer Bedeutung. Ich bin sehr froh über diese Feststellung. Es hat also keine negative Auswirkung auf die Stellung des Wiener Dorotheums gegeben.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Mag. Zima:** Herr Stadtrat! Dem Vernehmen nach soll eine Überprüfung der gesetzlichen Grundlagen der Versteigerungsabgabe durch den Verfassungsgerichtshof initiiert worden sein.

Meine Frage geht nun dahin: Ist das tatsächlich richtig? Wer hat eine derartige Beschwerde eingebracht und wie wurde sie begründet?

**Präsident Sallaberger:** Danke. Herr Amtsführender Stadtrat.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Eine solche Klage auf Feststellung der Gesetzmäßigkeit und Zulässigkeit einer Versteigerungsabgabe wurde durch das Dorotheum beim Verfassungsgerichtshof eingebracht. Es wurde vor allem damit argumentiert, ob es den Möglichkeiten des Landesgesetzgebers entspricht. Wir haben noch keine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, es ist ja so, daß man



Gerichtsurteile nie voraussagen kann, aber vom Prinzip her und von der Rechtsmaterie her, sind wir der Auffassung, daß das Wiener Landesgesetz den Verfassungsnormen entspricht und daher auch halten müßte. Ich werde sicher Gelegenheit haben, dem Landtag zu berichten, wenn das Urteil des Verfassungsgerichtshofes vorliegt.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Damit ist die 8. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur 9. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Ing. Riedler eingebracht und richtet sich ebenfalls an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik und betrifft die Frage von gesetzlichen Regelungen zur Vermeidung von Doppel- und Mehrfachbesteuerungen bei der Anzeigenabgabe. Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Anzeigenabgabe ist einer landesgesetzlichen Regelung unterworfen und zwar in allen Bundesländern mit Ausnahme von Burgenland und Tirol. Die einzelnen Landesgesetze enthalten im wesentlichen die Vorschrift, daß in jedem einzelnen Bundesland die gesamte Anzeigenabgabe zu entrichten ist. Nach den dafür maßgeblichen Kriterien könnte daher eine Steuerpflicht für die Anzeigenabgabe in mehreren Gebietskörperschaften in Frage kommen. Jede von ihnen wäre zur Einhebung der gesamten Anzeigenabgabe nach den geltenden landesgesetzlichen Vorschriften dazu berechtigt. Das könnte natürlich eine erhebliche Mehrfachbesteuerung des Abgabepflichtigen führen, die nicht beabsichtigt ist. Nach Meinung der Wiener Finanzverwaltung könnte eine solche Mehrfachbesteuerung durch eine bundesgesetzliche Regelung ausgeschlossen werden, die aber bis jetzt nicht erfolgt ist.

Das Land Wien hat daher die Initiative übernommen und hat eine Vereinbarung zwischen den Bundesländern vorgeschlagen, die in der Zwischenzeit auch abgeschlossen wurde, wonach eine Vermeidung einer Mehrfachbesteuerung erfolgen soll. Es sind, mit Ausnahme des Landes Vorarlberg, alle Bundesländer, in denen eine solche Abgabe besteht, dieser Vereinbarung beigetreten. Das hat legislatisch die Folge gehabt, daß in den einzelnen Landesgesetzen eine gleichlautende Bestimmung dahingehend eingefügt wurde, daß die Abgabe, bei Nachweis einer Abgabepflicht gegenüber anderen inländischen Gebietskörperschaften, für die gleiche Anzeige innerhalb der Verjährungsfrist, nur mit dem der Anzahl der einhebungsberechtigten Gebietskörperschaften entsprechenden Bruchteil festzusetzen ist. Damit ist auf landesgesetzlicher Ebene eine Vermeidung einer Mehrfachbesteuerung der Anzeigenabgabe weitgehend durchgeführt worden.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Ing. Riedler:** Halten Sie diese freiwillige Vereinbarung der Bundesländer für ausreichend, oder wäre es sinnvoller doch noch eine Bundesregelung anzustreben?

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Die Anzeigenabgabe ist eine an sich sehr empfindliche Abgabe und wir stellen immer wieder fest, daß vom Standpunkt des Abgabepflichtigen aus natürlich mit vollem Recht der Versuch unternommen wird, dieser Anzeigenabgabe - die zwar weiter überwältzt wird, auf denjenigen, der die Anzeige abgibt, aber die natürlich für die Gesamtkosten der Anzeige und damit für die Höhe der Einnahmen des entsprechenden Verlages eine Rolle spielt - zu entgehen. Ich würde es daher als sinnvoll erachten, wenn auf bundesgesetzlicher Ebene eine für das gesamte Bundesgebiet geltende Regelung erfolgen würde. Damit würden alle sieben Bundesländer, die eine Anzeigenabgabe einheben, in eine bessere rechtliche Situation versetzt werden und es würde vor allem das Ausweichen aus einer solchen Landesabgabe entsprechend schwieriger werden und zu einer gleichartigen Steuerbelastung für ganz Österreich führen, was ja in jedem einzelnen Fall ein sehr wünschenswerter Zustand ist.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Herr Abgeordneter, wünschen Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr.

**Abg. Ing. Riedler:** Herr Stadtrat! Wurde diese Vereinbarung bisher lückenlos von den Bundesländern eingehalten oder hat es Schwierigkeiten gegeben?

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat!

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Es hat natürlich Schwierigkeiten gegeben, die nach ent-

sprechender Anlaufszeit und Vereinbarung zwischen den Verwaltungen, die aber meines Wissens nach in fast allen Fällen behoben werden konnten. Mir ist ein einziger Fall bekannt, bei dem eine Gemeinde für einen Zeitpunkt, in dem überhaupt noch keine landesgesetzliche Ermächtigung zur Einhebung einer Anzeigenabgabe gegeben war, eine Bestätigung ausgestellt hat, daß diese Abgabe entrichtet worden ist, was also sichtlich nicht den Tatsachen entsprechen konnte. Hier ist eine entsprechende rechtliche Auseinandersetzung im Gange, aber mit Ausnahme dieses einzigen Falles hat die bisherige Verwaltungsvereinbarung funktioniert.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Damit ist die 9. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur 10. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Peter Langhammer eingebracht und richtet sich an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik und es geht um eine Novelle zum Vergnügungssteuergesetz. Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Augenblick ist der Zustand der Gesetzwerdung dieser Novelle so weit, daß das externe Begutachtungsverfahren abgeschlossen ist und wir beabsichtigen dem Landtag im Juni diese Novelle zur Beschlußfassung vorzulegen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wünschen Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr.

**Abg. Langhammer:** In dem zur Begutachtung ausgesandten Entwurf dieser Novelle sind insbesondere auch zwei neue Besteuerungstatbestände gegeben. Da ist erstens der Verleih von Videofilmen, der neu besteuert werden soll und zweitens, die Besteuerung der Vorführung von Sexfilmen.

Nun hat die Kinobranche insbesondere für den zweiten Punkt einige Befürchtungen. Sie befürchtet einerseits, daß der Begriff "Sexfilm" juristisch nicht klar definiert werden kann, das heißt, daß dadurch eine gewisse Rechtsunsicherheit entsteht und andererseits, daß die bisher alteingesessenen Sexkinos in Wien, das sind zirka zehn an der Zahl, wahrscheinlich durch diese sehr hohe Besteuerung, das ist im Extremfall also bis zum Zehnfachen, je nachdem wie hoch die Einnahmen waren, eventuell schließen müssen, während auf der anderen Seite, diese neuen Sexklubs mit Videofilmen und dergleichen nicht erfaßt werden können.

Meine Frage lautet nun an Sie: Können Sie schon heute diese Befürchtungen entkräften?

**Präsident Sallaberger:** Danke. Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Die im Gesetz und nach dem Begutachtungsverfahren vorgesehene Regelung hat die Herren der Finanzverwaltung dazu bewogen, sich sehr ausführlich mit diesem Problem zu beschäftigen. Es wurde dabei festgestellt, daß natürlich in sehr vielen Filmen, die künstlerisch wertvoll sind und die mit Recht den Anspruch erheben können als Kunstwerk zu gelten, aber auch in sehr vielen - bitte das Wort jetzt nicht auf die Waagschale zu legen - normalen Spielfilmen, die ganz einfach aufgrund der heute geltenden Moralauffassung und aufgrund der heute geltenden Anschauungen, zu Unterhaltungszwecken dienen, durchaus auch Szenen vorkommen, die sich im sexuellen Bereich abspielen.

Es hat sich aber eines sehr deutlich gezeigt, und das ist etwas, was meßbar und vergleichbar ist, daß nämlich bei dem, was in den Sexkinos unter dem Titel "Sexfilme" läuft, die Dauer der entsprechenden Szenen weit über das hinausgeht, was bei anderen Filmen, seien es künstlerisch wertvolle oder reine Unterhaltungsspielfilme, an derartigen Szenen enthalten ist. Es bietet sich also an, die Dauer in der Szenen mit sexuellem Inhalt zur Vorführung kommen, als eine Begrenzung zu nehmen. Es wurden auch Filme, die in meiner Jugendzeit als sehr problematisch angeschaut worden sind, wie Bergmann-Filme, nach diesem Maßstab geprüft und es zeigt sich, daß es überhaupt kein Problem ist, da dort die Dauer der Szenen mit sexuellen Handlungen generell unter zehn Prozent der gesamten Spielzeit liegt. Nur in diesen reinen pornografischen Produkten liegt sie über zehn Prozent und erreicht also Werte von fünfzehn bis achtzehn Prozent.

Es wird daher in der Novelle vorgesehen sein, daß die Überschreitung dieser Zehnprozentgrenze das Kriterium darstellt und ich glaube, daß damit eine einwandfreie Abgrenzung möglich sein wird und eine Lösung darstellt, die bei einer Erscheinung, die ja nicht gerade wünschenswert ist, doch eine gewisse Begrenzung darstellt. Ganz verbieten, bin ich persönlich der Meinung, soll man es nicht, denn

irgendwo muß auch für jene unglücklichen Menschen, die keine andere Form ihres Auslebens finden, ein gewisses Ventil vorhanden sein.

Ich habe auch keine Bedenken, daß es Probleme gibt, hinsichtlich der Videoklubs. Durch die Besteuerung von Videofilmen wird man auch hier eine gewisse Begrenzung erreichen. Ich bin mir aber dessen bewußt, daß wir uns auf einem Gebiet bewegen, das sich einer ständigen Wandlung unterzieht und wir werden die weitere Entwicklung sehr genau beobachten.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte sehr.

**Abg. Langhammer:** Die zwei neuen Besteuerungstatbestände, die mit dieser Novelle eingeführt werden, werden sicher zu einem gewissen Mehraufkommen an Vergnügungssteuer führen. Meine Frage an Sie lautet nun: Sind Sie im Gegenzug dafür bereit, die noch immer gegebene Besteuerung von gewissen kulturellen Veranstaltungen und in diesem Zusammenhang insbesondere wieder die Konsumationssteuer bei kulturellen Veranstaltungen eventuell abzuschaffen, weil es ja nicht sinnvoll sein kann, daß die Stadt Wien über die Wiener Holding zum Beispiel ein Konzertschiff betreibt und nur weil fünf Musiker, anstatt vier spielen, oder weil der Raum zu groß ist, wieder Steuer bezahlt werden müssen und zwar nicht nur vom Eintritt, sondern auch von der Konsumation?

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** An sich gibt es äußerst wenige kulturelle Veranstaltungen, die der Vergnügungssteuer unterliegen. Wir haben ja in den bisherigen Jahren einen sehr konsequenten Weg verfolgt, Vergnügungen, die gewünscht oder in einem städtischen Bereich notwendig sind, von der Vergnügungssteuer zu befreien, vom Rudern angefangen bis zu Konzerten und Theaterveranstaltungen und hier bin ich also grundsätzlich bereit, diese Linie weiterzuverfolgen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Damit ist die 10. Anfrage erledigt.

Die 11. Anfrage gelangt nicht zur Behandlung, da Herr Abg. Honay heute für die Sitzung entschuldigt ist.

Es gelangt damit die 12. Anfrage zur Behandlung. Sie wurde von Herrn Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz eingebracht und richtet sich an die Frau Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz und betrifft die Novellierung der Bauordnung. Bitte, Frau Amtsführender Stadtrat.

**Amtsführender Stadtrat Friederike Seidl:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Wiener Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 2. Mai 1986 aufgrund der Ereignisse in der Sowjetunion unter anderem auch die neuerliche Frage aufgeworfen, Überlegungen anzustellen, in wieweit die Schutzraumpflicht in Wien gesetzlich verankert werden sollte. Ich habe daher angeordnet, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen so eine Verpflichtung bei der Errichtung von Neubauten oder der Adaptierung von Altbauten verwirklicht werden kann.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Es wurde eine Zusatzfrage gewünscht. - Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz:** Frau Stadtrat! In der Wiener Bauordnung, im § 109 sind ja Schutzräume bisher schon vorgesehen und auch relativ klar definiert, aber allerdings im wesentlichen auf kriegerische Auseinandersetzungen beschränkt, das heißt sie dienen dem Zweck Schutz vor Auswirkungen zu gewähren, die durch Kernwaffen, biologische und chemische Kampfstoffe sowie herkömmliche militärische Sprengstoffe entstehen. Nicht drinnen sind alle anderen Gefahrenquellen, die im Bereich ziviler Katastrophen entstehen können. Wie weit, Frau Stadtrat, werden Sie initiativ werden, um diesen Bereich der Wiener Bauordnung auch auf den Zivilbereich auszuweiten?

**Präsident Sallaberger:** Frau Amtsführender Stadtrat, bitte.

**Amtsführender Stadtrat Friederike Seidl:** Auch ich bin Ihrer Meinung, daß der jetzt vorliegende Wortlaut des § 109 der Bauordnung für Wien nur für kriegerische Zwecke dient und bin derselben Meinung wie Sie, daß man hier eine Novellierung vornehmen müßte, um auch Bauten für den Zivil- oder Katastrophenschutz hier zu inkludieren. Ich bin überzeugt davon, daß bald ein Schutzraumkonzept für Wien vorliegen wird, der Herr Bürgermeister hat sich diesbezüglich gestern gegenüber der Presse auch öffentlich geäußert und ich bin ganz seiner Meinung, daß im Zusammenhang mit allen anderen Fragen, die

sich aus dieser Katastrophe aus Rußland hier für Wien und für Europa ergeben, auch in der Bauordnung für Wien entsprechende gesetzliche Vorschriften enthalten sein sollen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Herr Abgeordneter, wünschen Sie eine Zusatzfrage?

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz:** Abgesehen von einem Schutzraumkonzept, das im wesentlichen ja die Keller oder Tiefgeschosse von Gebäuden erfassen wird, ergibt sich auch die Möglichkeit, die Bauordnung auf große Tiefbauvorhaben auszuweiten, also etwa den U-Bahn-Bau. Haben Sie in diese Richtung Überlegungen angestellt?

**Präsident Sallaberger:** Bitte, Frau Amtsführender Stadtrat.

**Amtsführender Stadtrat Friederike Seidl:** Ja, es gibt die Möglichkeit durch eine Novellierung der Bauordnung, zum Beispiel Tiefgaragen als Schutzräume zu adaptieren. Es ist im übrigen auch möglich, bestehende Flak- und Luftschutzbunker aus dem 2. Weltkrieg zu adaptieren, soweit hier zivilrechtliche Verfügungsmöglichkeiten da sind.

Ich möchte gleich sagen, daß das einen erheblichen Kostenaufwand verursachen würde. Der Ausbau der U-Bahn-Tunnel ist natürlich auch rechtlich möglich, nach meinen Informationen sogar durch eine Verfügung des Herrn Bürgermeister, allerdings gibt es hier keine vergleichbaren Beispiele aus dem U-Bahn-Bereich aus dem Ausland, aber der gesamte Komplex wird jetzt, und zwar ziemlich rasch, auf die technische Durchführbarkeit, auf die Zweckmäßigkeit, auf die Kostenfragen geprüft werden und der nächste Schritt ist dann, die gesetzlichen Bestimmungen zu schaffen.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Damit ist auch die 12. Anfrage erledigt. Die Fragestunde ist damit beendet.

Vor Beginn der Tagesordnung darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß sich der Herr Amtsführende Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst gemäß § 17 der Geschäftsordnung zu einer Mitteilung zu Wort gemeldet hat. Ich erteile ihm das Wort.

**Amtsführender Stadtrat Braun:** Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich danke sehr herzlich für die Möglichkeit zu dieser Mitteilung, die sich in Verbindung mit den Ereignissen in Tschernobyl von seiten der Stadt als zweckmäßig und notwendig erweist.

Es geht darum, daß wir in Form einer kurzen Darstellung der Chronologie des Unfalls beziehungsweise dessen Auswirkungen auf Wien und auf Österreich eine Chronologie der Maßnahmen städtischer Dienststellen gegenüberstellen.

Was nun die Chronologie des Unfalls betrifft, so darf ich in Erinnerung rufen, daß nach den ersten Meldungen und auch nach den bisher bestätigten Meldungen, die von den Einrichtungen in der Sowjetunion mitgeteilt wurden, der Reaktorunfall sich am 26. April etwa um 1 Uhr früh ereignet hat. Am 28. April hat es erste Informationen über den Unfall in der westlichen Welt gegeben, aber nicht durch die Sowjetunion, sondern durch Schweden und Finnland, wo erhöhte Strahlenwerte gemessen wurden. Am 29. April kam es dann zur Feststellung erhöhter Werte auch in Österreich, insbesondere in Kärnten, und mit dem abendlichen Regen wurde auch radioaktives Material bis zur Stufe 3 der 8-teiligen Warnskala gemessen. Am 1. Mai wurden in Wien das erste Mal Maximummeßwerte erreicht, die allerdings nach wie vor nur knapp über der Wertskala Nr. 2 gelegen waren, und zwar im Wiener Durchschnitt, und auch diese Wertskala nie überschritten haben, wenn man davon absieht, daß von den insgesamt sieben Meßstellen eine Meßstelle mehrmals über 30 Mikrorem angezeigt hat und somit erhöhte Werte der Wertskala 2 gemessen wurden. Wir haben dann im Laufe der weiteren Untersuchungen natürlich eine Reihe von Maßnahmen setzen müssen. Der radioaktive Staub wirkte sich auf die landwirtschaftlichen Produkte allerdings erst um den 5. und 6. Mai aus.

Nun, was die Chronologie der Maßnahmen betrifft, kann gesagt werden, daß bereits in den Abendstunden des 29. April alle zuständigen Abteilungen unseres Rathauses selbstverständlich jene Maßnahmen in Bewegung gesetzt haben, die aufgrund des Katastropheneinsatzplanes notwendig sind. Darüber hinaus haben sich die in den verschiedenen Bereichen zuständigen Stadträte mit ihren Fachleuten zusammengesetzt, es ist das für den rechtlichen Bereich Frau Stadtrat Seidl, für den medizinischen Bereich Prof. Dr. Stacher und für die Fragen Umweltschutz, Feuerwehr und Maßnahmen des Katastro-

pheneinsatzes meine Wenigkeit.

Wir haben bereits am 29. April die Wiener Trinkwasserleitungen beziehungsweise die Hochquellenwasserqualität und auch das Grundwasserwerk in verstärktem Ausmaß kontrolliert und wir konnten feststellen, daß es zwar zu ansteigenden Tendenzen kam, die jedoch niemals auch nur annähernd eine alarmierende und damit die Bevölkerung auch verunsichernde Wertgrößenordnung erreicht haben.

Am 30. April hat dann die Landeswarnzentrale von Wien, sie ist bei der Feuerwehr Am Hof, die Verbindungen auch zu den Landeswarnzentralen aller anderen Bundesländer hergestellt, wobei gesagt werden kann, daß Österreich mit 336 Meßstellen, sieben davon in Wien, eines der dichtesten Meßstellennetze von Westeuropa hat. Wir haben praktisch auf einer Größenordnung von 15 x 15 Kilometer immer eine Meßstelle in Österreich eingerichtet. Wir haben aufgrund der gegebenen Werte und der Tendenzen, die sich bis zum 30. April in den Abendstunden ergeben haben, für Kindergärten und Heime Beschränkungen verfügt, zum Beispiel, daß im Freien beziehungsweise in Sandkisten nicht gespielt werden soll und auch das Rasenmähen wurde untersagt.

Zum selben Zeitpunkt wurde von seiten der Magistratsabteilung 48 aber bereits begonnen, unsere Straßen, aber nicht nur die Straßen, sondern auch andere Bereiche, durch Spritzautos soweit zu reinigen, daß keine unmittelbare Gefährdung durch den Staub der liegengeblieben ist und durch die Radioaktivität, die mit dem Einschlag gekommen ist, entstehen kann.

Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß all diese Maßnahmen zusätzliche Vorsichtseinrichtungen waren, die weder von seiten der Behörden des Bundes vorgesehen waren oder vorgeschrieben wurden, noch hätte von seiten der Meßwerte eine unbedingte Notwendigkeit dazu bestanden. Wir haben aus eigenem Antrieb und wohl überlegt diese Maßnahmen ergriffen.

Es hat auch am 30. April eine Sitzung des Präsidiums des Zivilschutzverbandes stattgefunden. Es wurden dort alle Informationen über die angelaufenen Maßnahmen weitergegeben. Am 2. Mai, zur Eröffnung der Bäder, wurde selbstverständlich eine verstärkte Kontrolle auch der Bäder, aber auch der Alten und Neuen Donau durchgeführt. Es wurden zwar erhöhte Werte festgestellt, aber es waren Werte, die absolut im unteren Bereich der Toleranzgrenze lagen. Wir haben aber trotzdem Kinder und schwangere Frauen besonders aufmerksam gemacht und das auch in Form von Plakaten in den Bädern kundgetan, daß man entweder das Wasser meiden soll beziehungsweise wenn man es nicht meiden will, unbedingt nach dem Baden mit Trinkwasser duschen sollte. Wir können ruhig sagen, daß in der Zwischenzeit auch die damals gegebenen Meßwerte stark abgeklungen sind.

Am 2. Mai hat es auch eine Sondersitzung der Wiener Landesregierung gegeben, die sich mit der Thematik der Auswirkungen der Ereignisse von Tschernobyl beschäftigt hat. Es wurden dort in mehreren Berichten und dann in ausführlicher Diskussion die Maßnahmen, die gesetzt worden sind, den Mitgliedern der Wiener Landesregierung bekanntgegeben.

Der Präsident des Stadtschulrates empfahl bei Wandertagen und Schullandwochen die Einschränkungen, die aufgrund des Erlasses des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst hinsichtlich des Aufenthaltes im Freien gegeben wurden, auch strikte einzuhalten. Das Ministerium empfahl in der Folge, Wandertage überhaupt einzuschränken. Das händische und maschinelle Straßenkehren wurde zur Herabsetzung der Staubentwicklung eingestellt, es kam zum vollen Einsatz der Straßenwaschmaschinen.

Wir haben die Messungen natürlich auch im Kanalnetz durchgeführt und bis zum gestrigen Tag konnten wir feststellen, daß es zu keiner wirklich gravierenden Aufwärtsentwicklung der Meßwerte gekommen ist. Lediglich gestern hatten wir das erste Mal im Klärschlamm Werte erreicht, die uns ein vorübergehendes Einstellen der Klärschlammverbrennung als ratsam erschienen ließen.

Wir haben von seiten des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz diesbezüglich, trotz unserer Mitteilungen, keine direkte Aufforderung bekommen, sondern haben es ebenfalls aus eigenem Ermessen heraus so gehandhabt und wir haben daher jetzt die Möglichkeit, in einem 24-Stunden-Rhythmus den Abbau der Meßwerte (Abg. Dr. Marilies Flemming: Könnte man nicht einmal genaue Meßwerte nennen?) zu kontrollieren und aufgrund dieser Entwicklung weitere Entscheidungen zu treffen. Ich habe gestern alles mitgeteilt, aber bitte, ich kann Ihnen nur eines sagen, wenn Sie, Frau Dr. Flemming,

sich ansehen, welche verschiedenen Formen von Meßwerten es gibt (Abg. Dr. Marilies Flemming: Ja, Meßwerte!) und wie schwierig es sogar für Fachleute ist, wirklich diese Verbindung zwischen den einzelnen Formen der Meßstellen herzustellen (Abg. Dr. Marilies Flemming: Richtig!), ist es wirklich nicht ratsam, wenn man die wirkliche Verantwortung wahrnimmt. Etwas anderes wäre es, wenn Gefahr bestünde und unter Umständen der Eindruck entstünde, daß man etwas verheimlicht oder verniedlicht. Alle Fachleute verfügen über alle Meßergebnisse und aufgrund dieser Meßergebnisse bekommen wir die Unterlagen, um letztlich Maßnahmen zu setzen. Ich glaube, daß man daraus erkennen kann, daß das die beste Form ist, um ohne Verunsicherung der Bevölkerung weitere Maßnahmen, auch in der Eigenverantwortlichkeit der Stadt, setzen zu können.

Die Feuerwehr hat eine Reihe zusätzlicher Aufgaben bekommen, da sie über Strahlenmeßgeräte in entsprechendem Umfang verfügt. Sie wurde im Wiener Hafen, bei der Post und bei der Bahn eingesetzt und nicht zuletzt wurde eine Reihe von Untersuchungen auch von der Feuerwehr durchgeführt, in bezug auf Luftfilterwechsel und Personenschutz.

Am 4. Mai, also am Sonntag, hat eine zweieinhalbstündige Aussprache zwischen den drei schon genannten Stadträten mit den Vertretern der Landwirtschaftskammer stattgefunden. Wir haben dort bei dieser Zusammenkunft die Grundlagen der Verordnungen für eine Importsperrung ausländischer Produkte aus den Oststaaten vorbereitet und sie dann auch dem Herrn Landeshauptmann zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus aber wurde auch aufgrund der Meßdaten der Glashausprodukte der Wiener Erwerbsgärtner eine Möglichkeit gefunden, daß diese Produkte als unbedenklich auf den Markt gebracht werden konnten. Hätten wir diese Einigung am 4. Mai nicht erzielt, dann wäre schon zu diesem Zeitpunkt eine schwierige Situation für die Erwerbsgärtner entstanden. Wir haben somit, nachdem wir gewußt haben, daß diese Werte in Ordnung sind, durch die Veröffentlichung einer entsprechenden Stellungnahme sicher den Wiener Erwerbsgärtnern geholfen, damit sie nicht in diese allgemeine Verunsicherung hineinfallen und sie haben ja auch die Glashausware zu diesem Zeitpunkt wirklich noch auf dem gesamten Markt unterbringen können.

Ich darf in dem Zusammenhang daran erinnern, daß bei uns die Einfuhrbeschränkungen für Auslandsgemüse und Obst aus den Ostblockländern am 4. Mai durch eine Verordnung des Herrn Landeshauptmannes verfügt wurden, daß aber die EWG erst am Montag, den 12. Mai solche Beschlüsse gefaßt hat und ich möchte das deswegen sagen, damit man auch erkennen kann, mit welcher Schnelligkeit das Land Wien beziehungsweise auch Österreich vorgegangen ist.

Wir haben dann am 5. Mai durch ein Flugblatt, das über den Bürgerdienst in ganz Wien ausgegeben wurde, alle Hinweise gegeben, wie man sich gegen die Bestrahlung schützen kann und wir haben zu diesem Zeitpunkt auch ein Strahlentelefon mit zwei Strahlenschutzexperten besetzt und diese Strahlenschutzexperten haben innerhalb kürzester Zeit mehr als 5.100 Anrufe gehabt und auch Auskunft geben können. Es kam aber auch zu vielen persönlichen Vorsprachen.

Am 6. Mai wurde von der Magistratsabteilung 51 empfohlen, daß die Sportverbände Freiluftveranstaltungen nicht durchführen sollen, ähnlich wie bei den Knaben- und Schülerfußballspielen.

Verkehrsbeschränkung für Lebensmittel sind am 6. Mai auch auf anderen Gebieten in Kraft getreten, wobei gesagt werden kann, daß von seiten der Frau Stadtrat Seidl, soweit es sich um Fragen der Konsumenten gehandelt hat, und in allen Gesundheitsfragen von Prof. Dr. Stacher alles veranlaßt wurde, um überall entsprechende Kontrollen zu haben und die Ergebnisse wurden gesammelt, ausgewertet und dann als Grundlage für die weiteren Schritte verwendet.

Für die Dienststellen wurde dann am 7. Mai das Untersagen des Rasenmähens verfügt. Es kam zu Maßnahmen zur Herabsetzung der Staubberegnung auf Baustellen und zum Entleeren der Sandkisten in den Parkanlagen, wobei ich aber noch einmal betonen muß, daß es sich dabei um eine zusätzliche Vorsichtsmaßnahme handelt, die in keinem anderen Bundesland durchgeführt wurde.

Da wir zu diesem Zeitpunkt den Austausch des Sandes jährlich durchführen, haben wir diesmal die Gelegenheit wahrgenommen, den gesamten Sand aus den Sandkisten herauszuholen, das heißt, dieser Sand ist nicht vergiftet, ist nicht verstrahlt und man kann ihn zum Beispiel zur Auflockerung von Erde

verwenden. Natürlich nicht dort, wo dann erneut Kinder spielen würden, aber er ist nicht giftig und man kann ihn daher wirklich weiterverwenden.

Ich möchte aber noch hinzufügen, daß selbstverständlich die Eltern die Verantwortung für ihre Kinder haben. Alles kann nicht reglementiert werden, so daß wir schon sagen müssen, daß wir auch deswegen zu dieser Maßnahme in bezug auf die Sandkisten gegriffen haben, weil wir feststellen mußten, daß es gar nicht wenige Eltern gegeben hat, die ihre Kinder weiter spielen ließen (Abg. Dr. Marilies Flemming: Richtig! Das ist es ja!) und aus diesem Grunde haben wir dann punkto Sandkisten zu dieser zusätzlichen Maßnahme gegriffen. (Abg. Dr. Marilies Flemming: Wie stark war die Verstrahlung des Sandes? Echte Zahlen, bitte!)

Die Messungen ergaben, daß das Hantieren mit Blumenerde als harmlos bezeichnet werden kann. Alle Untersuchungen diesbezüglich wurden durchgeführt und die Ergebnisse auch herausgebracht.

Dann haben wir das Verbot des Wechsels von Luftfiltern in jenen Fällen verfügt, in denen nicht eine unmittelbare Überdosis an Strahlenbelastung in den Filtern existiert (Abg. Dr. Marilies Flemming: Was ist eine Überdosis?), daß aber die Filter selbstverständlich zu jenem Zeitpunkt auszuwechseln sind, zu dem durch das Abklingen der Strahlenbelastung die Möglichkeit besteht, diese Filter durch neue zu ersetzen. (Abg. Dr. Marilies Flemming: Was ist eine Überdosis?) Die städtischen Dienststellen...

Präsident Sallaberger (unterbrechend): Frau Abgeordnete Flemming, Sie haben in der Debatte sicherlich die Chance, all die Fragen zu stellen, die Sie jetzt permanent stellen. - Bitte, Herr Amtsführender Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Braun (fortsetzend): Wir haben dann in weiterer Folge im Einvernehmen mit der Personalvertretung Anweisungen über den Schutz von Bediensteten bei Arbeiten im Freien durchgeführt. Und wir haben in weiterer Folge und als erste Maßnahme in bezug auf die Schutzraumentwicklung (StR. Neusser: Wer weiß, vielleicht kommt keine Debatte! Das weiß man ja vorher nicht!) einen Kataster angelegt und damit begonnen zu erfassen, welche Kellerräumlichkeiten sich als Schutzräume eignen würden. Wir haben uns gefragt: Welche Kellerräume sind vorhanden und können als Schutzräume adaptiert werden? Und wie ist überhaupt das Gesamtangebot an Strahlenschutzräumen?

Ich glaube, ich muß darauf hinweisen, daß der Unterschied zwischen Strahlenschutzräumen, wie wir sie anstreben, und atombombensicheren Bunkern natürlich eklatant ist. Atombombensichere Bunker sind darunter nicht zu verstehen. Was wir wollen, sind Strahlenschutzräume, in denen die Bevölkerung in der Lage ist, sich etwa eine Woche bis zum Höchstausmaß von wahrscheinlich zwei Wochen dort aufhalten zu können. Die Voraussetzungen für das Funktionieren solcher Schutzräume sind aber vielfältig. Nicht zuletzt ist auch Vorsorge in bezug auf Lebensmittel und sonstiger Materialien zu treffen. Wir haben daher in einer sehr groß angelegten Aktion mit diesem Kataster begonnen.

Ich habe mich erkundigt, wie hoch in anderen Städten Europas das Angebot an solchen Strahlenschutzräumen ist. Aufgrund unserer öffentlichen Gebäude in Wien kann davon ausgegangen werden, daß wir zur Zeit etwa für sechs und sieben Prozent der Bevölkerung Schutzräume haben. Ich habe gestern mit dem Oberbürgermeister von München gesprochen. Er selbst hat auch aufgrund von Erhebungen, die nun auch in München durchgeführt werden, zum Beispiel von etwa zwei Prozent Angebot an Schutzräumen gesprochen, die dort vorhanden sind.

In der Schweiz haben wir mit dem Generalkonsul Verbindung aufgenommen und dort wurde uns gesagt, daß es zwar allgemein ein Angebot geben soll zwischen 90 und 95 Prozent, daß das aber zum größten Teil auf rein private Einrichtungen zurückzuführen ist. Zürich selbst hat nur zwei Schutzraummöglichkeiten größeren Ausmaßes. Dort gibt es aber nicht einmal die Überlegung, die wir ebenfalls jetzt anstellen und von der sowohl der Herr Bürgermeister als auch Frau Stadtrat Seidl gesprochen haben, ob nicht bei der neuen U-Bahn eventuell strahlensichere Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen werden könnten. Wir haben also diesbezüglich alle Maßnahmen in die Wege geleitet.

Ich habe ja schon gesagt, daß wir über die zweite Skala, die eine Belastung von 30 Mikroröntgen pro Stunde vorsieht, nicht hinausgekommen sind. Bis auf eine der sieben Meßstellen in Wien haben wir im Schnitt Belastungen deutlich unter 30 Mikroröntgen pro Stunde gemessen, so daß wir also die Stufe



2 nicht überschritten haben.

Wir hatten heute früh, um 5 Uhr 51, Meßwerte, die uns zeigten, daß wir uns praktisch den durchschnittlichen Meßwerten, die wir bis zum Zeitpunkt des 24. April gemessen haben, nähern. Also die Strahlenbelastung ist stark zurückgegangen und wir liegen nur etwas über dem Durchschnitt von früher. Ich muß hinzufügen, daß natürlich gesagt werden muß, daß die Radioaktivität in Österreich sehr stark schwankt. Wir haben Gebiete in denen zirka 30 und bis 200 Millirem Jahresstrahlung gemessen werden. Ein Millirem sind tausend Mikrorem pro Jahr. In Wien ist die Strahlung etwa 80 bis 120 Millirem pro Jahr. Man kann daraus also erkennen, daß das doch etwas sehr Wichtiges ist, und daß diese Unterscheidungen eine ständige Belastung der Bevölkerung darstellen und keineswegs nur im Zusammenhang mit Tschernobyl gesehen werden können. Es kommt auch darauf an, inwieweit solche Bestrahlungen kurzfristig, längerfristig oder dauernd zu verzeichnen sind.

Ich darf noch sagen, daß wir folgende Verordnungen in der Zwischenzeit erlassen haben. Die Verordnung betreffend das Verbot der Einfuhr von Milch, Milchprodukten, Obst und Gemüse. Dann auch gleichzeitig das Verbot des Verkaufs von bestimmten im Inland auf Freilandkulturen gezogenen Frischwaren, also auch Gemüse. Dann die Verordnung des Verbotes des Verkaufes von Schaf- und Ziegenmilch, von Schaf- und Ziegenkäse und Schaf- und Ziegenmischkäse. Das Verbot betreffend das Weideverbotes von Milchkühen wurde bereits aufgehoben. Die Erlassung einer Verordnung betreffend das Verbot von Ab-Hofverkauf von Milch und eine Meldepflicht bei Grünfütterung. Und dann eine Erlassung von Bescheiden über die Höchstgrenze der Strahlenbelastungen bei Milch.

Es gibt eine Reihe von Sondermaßnahmen, die durchgeführt wurden, ganz besonders auf dem Sektor des Gesundheitswesens durch das Gesundheitsamt und wir haben auch dort durch Aussendungen beziehungsweise durch Mitteilungen über die Medien Personen, die sich selbst verstrahlt gefühlt haben, zur Dekontaminierung eingeladen und haben diese Maßnahmen auch gesetzt. Wir haben darüber hinaus in den Grünanlagen, neben der Reinigung der Sandkisten, gleichzeitig begonnen, die verschiedensten Bereiche mit Trinkwasser zu besprühen. Wir haben zum Beispiel auch die Grünanlagen entlang der Neuen Donau besprüht und wir haben auch über die Magistratsabteilung 42 und die Magistratsabteilung 49, soweit das auf der Donauinsel möglich ist, ebenfalls durch erhöhtes Besprühen versucht, mit beizutragen, daß es zu einem schnelleren Abbau der Belastungen kommt.

Weiters möchte ich noch mitteilen, daß die Ärztekammer wohl eine der treffendsten Aussagen in Verbindung mit der Entwicklung gemacht hat, in Form eines Briefes an alle Ärzte, in der sie feststellt, daß die natürliche Strahlenbelastung normalerweise in Österreich zwischen 0,08 Hundertstel bis 0,24 Hundertstel Rem pro Jahr beträgt, und daß wir eine relativ geringe Strahlenstärke gehabt haben durch dieses Ereignis in Tschernobyl. Daß es durch dieses Ereignis aber zu einer Steigerung gekommen ist, das kann nicht bestritten werden. Das sagt also auch die Ärztekammer, wobei aber vor allem die radioaktiven Jodisotope 131 mit einer Halbwertszeit von etwa 8 Tagen doch auch gleichzeitig eine Gewähr dafür waren, daß es zu einem schnellen Abbau kommen konnte.

Durch Cäsium- und Tellurisotopen wurden in Österreich keine zusätzlichen wesentlichen Belastungen gemessen, das stellte selbst die Ärztekammer fest. In der Ärztekammeraussendung wurde festgestellt, daß es natürlich nicht schaden kann, wenn zum Beispiel der Verkauf von freilandgezogenem Blattgemüse und so weiter eingeschränkt wird. Sie vertritt aber auch die Meinung, daß es sich beim Verbot, Kinder im Sand spielen zu lassen, nur um eine zusätzliche Maßnahme handelt und keineswegs um eine Maßnahme, die aufgrund der Verstrahlung notwendig wäre. Man endet also mit dem Hinweis, daß die Belastungen, die wir in Österreich gemessen haben, unter 0,5 Rem pro Jahr liegen, wir liegen derzeit weit unter diesem Bereich und es ist statistisch kein Risiko erhebbbar. Es besteht also keinerlei Grund zur Panik beziehungsweise zur Einnahme von Jodtabletten.

Meine Damen und Herren, das war der Grund warum wir versucht haben, uns darauf zu beschränken, alles zu tun, die Bevölkerung global zu informieren und von den verantwortlichen Stellen alles zu organisieren und so zu machen, damit keinerlei Risiko für die Bevölkerung eingegangen wird.

So haben wir bereits am 30. April in einer umfangreichen Aussendung der Rathaus-Korrespondenz



auf all jene Dinge hingewiesen, und ich möchte Sie also bitten, daß Sie diese Mitteilung zur Kenntnis nehmen, weil ich glaube, daß es eine Mitteilung ist, die beweist, daß die Stadt Wien, und insbesondere alle verantwortlichen Stellen, wirklich alles unternommen haben, um keinerlei Gefährdung gegenüber der Wiener Bevölkerung zu akzeptieren. Wir haben aber auch alles unternommen, um jede Art von Panik - die sicherlich eine große Gefahr gewesen wäre, und wie man sieht, ja nicht vollkommen ausgeschlossen werden konnte, denken Sie nur an das Geschäftemachen mit Strahlenmessgeräten und so weiter, die völlig wertlos sind - zu verhindern. Es war der richtige Weg, der einzig mögliche Weg, aber ich glaube auch, der richtige Weg im Interesse der Wiener Bevölkerung. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Sallaberger:** Ich danke dem Herrn Amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst für diesen Bericht.

Die Abg. Ing. Riedler und Dr. Häupl haben die Besprechung dieser Mitteilung beantragt. Die Begründung dieses Antrages und die Abstimmung darüber wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung stattfinden. Ich darf aber annehmen, daß die Mehrheitsfraktion dem zustimmen wird und wahrscheinlich auch die ÖVP, da es offensichtlich viele offene Fragen gibt.

Bevor wir nun zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß an schriftlichen Anfragen von den Abgeordneten der Freiheitlichen Partei eine vorliegt.

Die Abg. Ing. Günther Engelmayer und Dr. Marilies Flemming haben einen Antrag, betreffend Strahlenkatastrophe - umfassendes Zivilschutzkonzept für Wien, eingebracht und gemäß § 44 Abs. 1 der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung dieses Antrages verlangt.

Weiters wurde von der im § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten die Verlesung des Antrages verlangt. Die Verlesung des Antrages wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung erfolgen, ebenso die Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung und die Abstimmung.

Wir kommen nun zur eigentlichen Behandlung der Tagesordnung. Postnummer 1 betrifft das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien, um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Rudolf Edlinger wegen Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede gemäß § 111 Strafgesetzbuch.

Berichterstatte r hiezu ist Herr Abg. Dinhof. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

**Berichterstatte r Abg. Dinhof:** Sehr geehrte Damen und Herren! Das Landesgericht Wien hat an das Immunitätskollegium beziehungsweise an den Landtag das Ansuchen gerichtet, Herrn Landtagsabgeordneten Rudolf Edlinger wegen Verdachts des Vergehens der üblen Nachrede, gemäß § 111 Abs. 1 und 2 des Strafgesetzbuches auszuliefern. Diesem Auslieferungsbegehren hat das Immunitätskollegium einstimmig nicht stattgegeben.

**Präsident Sallaberger:** Danke. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, komme ich gleich zur Abstimmung. Ich nehme an, daß der Herr Berichterstatte r namens des Kollegiums den Antrag gestellt hat, sich dem Antrag des Immunitätskollegiums anzuschließen. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Landtages, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Zur Postnummer 2 der Tagesordnung darf ich Sie informieren, daß dieser Antrag beziehungsweise dieser Akt dem Immunitätskollegium nicht vorgelegen ist, und daß dieser Tagesordnungspunkt daher zurückgezogen wird.

Ich darf den Hohen Landtag davon informieren, daß es in diesem Zusammenhang schon seit geraumer Zeit eine sehr, ich würde sagen, eigenwillige Interpretation von Auslieferungsbegehren von seiten des Landesgerichtes für Strafsachen gibt und auch beim Antrag bezüglich des Abg. Worm ist es wieder so, daß die Anfrage gerichtet wird, was wir zu tun gedenken. Da wir aber keine Auskunft über unsere Abgeordneten sind habe ich verfügt, daß das Landesgericht für Strafsachen davon informiert wird, den Antrag zu stellen beziehungsweise anderwertig vorzugehen. Das zur Information.

Wir kommen damit zu Punkt 3 der Tagesordnung. Er betrifft die erste Lesung der Vorlage des Geset-

zes, mit dem das Gebrauchsabgabengesetz geändert wird. Berichterstatter hiezu ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter. Mayr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gebrauchsabgabengesetz sieht vor, daß für Zeitungskioske eine eigene Tarifpost besteht, die mit vier Prozent der Einnahmen die Gebrauchsabgabe bemißt. Aufgrund des Auslaufens des Vertrages mit dem Kriegsopferverband ist eine Neuordnung über die Einrichtung der Zeitungskioske notwendig geworden.

Es wird daher der Antrag gestellt, daß für Zeitungsverkaufseinrichtungen, ausgenommen Zeitungskioske (Post 4), nach wie vor vier Prozent der Einnahmen verbleiben, daß aber für ausschließliche Zeitungskioske, für nicht ortsfeste Verkaufsstände, ein Prozent eingehoben wird. Die Unterlagen liegen Ihnen vor. Ich bitte daher, dem Antrag des Magistrats zuzustimmen, der lautet:

Der Entwurf des Gesetzes betreffende die Änderung des Gebrauchsabgabengesetzes 1966, LGBl. Nr. 22, in der Fassung der Landesgesetze für Wien 25/1967, 25/1968, 12/1973, 12/1976, 32/1980 und 13/1982, wird zum Beschluß erhoben. Ich bitte dieser Änderung zuzustimmen.

Präsident Sallaberger: Ich danke dem Berichterstatter.

Mir liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor. Ich komme daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist einstimmig.

Wenn kein Widerspruch erfolgt werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Das ist nicht der Fall. Wir kommen damit zur Abstimmung in zweiter Lesung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung angenommen.

Wir sind damit am Ende der eigentlichen Tagesordnung und kommen nunmehr zum Antrag der Abg. Dr. Häupl und Ing. Riedler. Sie haben, wie schon eingangs erwähnt, die Besprechung der Mitteilung des Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst beantragt.

Zur Begründung des Antrages auf Besprechung dieser Mitteilung erteile ich Herrn Abg. Ing. Riedler das Wort. Ich mache ihn gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die Redezeit gemäß § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung mit fünf Minuten begrenzt ist.

Abg. Ing. Riedler: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Obwohl vom ersten Augenblick an, als erhöhte Strahlungswerte in Wien gemessen wurden, alle zuständigen Stellen des Amtes der Landesregierung sowohl die Beamten als auch die Politiker alle Vorkehrungen, die notwendig waren, getroffen haben und auch in der Öffentlichkeit eindeutige Aussagen gemacht haben, kam es unter der Wiener Bevölkerung zu einer gewissen Verwirrung und Verunsicherung. Dies nicht zuletzt dadurch, da Politiker der Oppositionsparteien in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die dazu beitrugen, jene klaren Aussagen, die von den zuständigen Stellen veröffentlicht wurden, zu unterlaufen. (Abg. Arthold: Gott sei Dank, daß wir wieder dort sind!) Meine Damen und Herren! (Abg. Arthold: Sie lernen nie etwas dazu!) Darf ich bitte wenigstens, die Begründung in Ruhe und möglichst ohne polemische Zwischenrufe (Heiterkeit bei Abg. Arthold.) zu Ende führen. Ich habe nur fünf Minuten Zeit.

Meine Damen und Herren! Da es sich hier um ein ernstes Thema handelt, schien es uns notwendig, daß die Mitteilung des Herrn Stadtrates für Umwelt und Bürgerdienst im Anschluß daran auch diskutiert wird, um ein für alle Male klar festzustellen, daß nicht, wie es in der Öffentlichkeit dargelegt wurde, ein Verwirrspiel herrschte, sondern daß klare Aussagen getroffen und eine klare Handlungsweise durchgeführt wurde. Ich danke schön. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Arthold: Ein starker Auftritt!)

Präsident Sallaberger: Ich danke für die Begründung. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Durchführung der Besprechung dieser Mitteilung. Ich bitte jene Damen und Herren, die für die Besprechung sind, die Hand zu erheben. - Danke. Das ist somit einstimmig geschehen.

Ich darf aufmerksam machen, daß die Geschäftsordnung bestimmt, daß bei der kommenden Besprechung kein Redner öfter als zweimal und mehr als insgesamt zwanzig Minuten sprechen darf. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind der Herr Landeshauptmann und die zuständigen Amtsfüh-

renden Stadträte.

Zur Besprechung der Mitteilung erteile ich Herrn Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Ich habe heute mit großem Interesse die Ausführungen des Herrn Stadtrates verfolgt, gestehe aber ganz offen, daß es nicht so ist (Abg. Arthold: Vom Sessel gerissen haben!) daß mir diese Ausführungen das absolute Gefühl der Sicherheit vermittelt hätten, aber auf das kommt es ja wahrscheinlich auch gar nicht an.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich stehe hier nicht an zu sagen, daß eine Fülle unterschiedlicher Einzelmaßnahmen von den Verantwortlichen der Wiener Landesregierung unternommen wurden, um eine Schädigung der Wiener Bevölkerung durch die radioaktive Strahlung, die durch die Kernkraftwerkskatastrophe von Tschernobyl freigesetzt wurde, möglichst gering zu halten.

Wenn ich gesagt habe, daß es mir nicht das absolute Gefühl der Sicherheit vermittelt, so natürlich deshalb, weil es im Laufe der Tage nach der Katastrophe eine ganze Reihe von Informationen gegeben hat, beginnend mit dem 1. Mai, 2. Mai, bei denen durchaus unterschiedliche Aussagen getroffen wurden, was die Gefahr oder die Gefährdung durch diese Strahlung bewirkt. Dennoch darf bezweifelt werden, meine Damen und Herren, daß hier gezielt geplant und sehr gefaßt vorgegangen wurde, sondern selbstverständlich war man von den Ereignissen getrieben, die hier gegeben waren, und die Wiener Landesregierung unterschied sich dabei kaum von den anderen Landesregierungen. Mit doch vielleicht einem Unterschied, denn es ist nun einmal Tatsache, daß der Zivilschutz in Wien in den letzten Jahren eher stiefmütterlich behandelt wurde und eigentlich nicht besteht. Es haben ja auch die Ausführungen des Herrn Stadtrates heute deutlich gemacht, daß jahrelang eigentlich ungeheuerlich leichtfertig mit der Sicherheit der Wiener umgegangen wurde und warnende Stimmen, die es im Bereich des Zivilschutzes immer wieder gegeben hat, einfach überhört wurden.

Wenn ich mir nun die Äußerungen der Wiener Landesregierung und die des Herrn Stadtrates zu Tschernobyl und den Folgen vergegenwärtige, so ist doch wohl zu bemerken, daß sich nunmehr alle der langjährigen Meinung von uns Freiheitlichen hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie angeschlossen haben, nämlich der Überlegung, daß Kernkraft natürlich problematisch ist. Ein Blick in die Zeitungsarchive zeigt ja sehr deutlich, welche Manöver es hier in den letzten Jahren gegeben hat, mit dem Versuch verbunden, das Kernkraftwerk Zwentendorf in Betrieb zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Ich brauche hier nicht zu erinnern, daß wir Freiheitlichen in den letzten Jahren immer sehr deutlich erklärt haben, daß Zwentendorf, jedenfalls bei Mitwirkung der Freiheitlichen in einer Bundesregierung, nicht in Betrieb gehen wird. Und ich brauche auch nicht daran erinnern, welchem ungeheuren Druck die Freiheitliche Partei von den verschiedensten Seiten in dieser Frage immer wieder ausgesetzt war. Ein Druck, der natürlich ganz gezielt auf die FPÖ und auch auf den Energieminister ausgeübt wurde.

Ich erinnere etwa an Schlagzeilen im Kurier vom 17. März 1985: "Volksparteichef Mock nennt den Preis für Zwentendorf - Steger soll abtreten" oder die gleiche Aussage im Kurier vom 19. Juni 1985 von Generalsekretär Graff. (Abg. Ing. Worm: Keine Haider-Zitate bringen!) Dann sagt Graff in dieser Frage am 10. Juli 85: "Keine Schraube wird an Zwentendorf gelockert". Ich erinnere an den Klubobmann der Volkspartei, der sagt: "Wenn NR. Manndorff sagt, Österreich braucht nicht nur das Kernkraftwerk Zwentendorf sondern mehrere, dann sagt er nichts Neues, er sagt die Wahrheit und verfolgt eine konsequente Linie, die schon in den sechziger Jahren für die Energieumweltpolitik der ÖVP Alleinregierung unter Bundeskanzler Klaus bestimmend war." Und dann die Aussage, die im August 1984 getroffen wurde: "Österreich braucht mindestens drei Atomkraftwerke". Aber das gab es nicht nur von der einen Richtung hier im Hause, sondern ich erinnere auch, daß der frühere Bautenminister, natürlich auch ein Verfechter der Atomkraft, gemeint hat: "Wenn die Freiheitlichen hier nicht zustimmen, dann können sie ja gehen."

Meine Damen und Herren! Wieso ich das heute in Erinnerung rufe hat einen sehr einfachen Grund, da erstens ein Umdenkprozeß eingesetzt hat und weil man natürlich gesehen hat, daß zumindest zwei Dinge immer zusammenkommen können. Das eine ist, wie schaut es mit der Sicherheit von technischen

Gebilden aus und man ist hier der Auffassung, daß es die absolute Sicherheit kaum geben kann und zum zweiten, daß natürlich, selbst wenn es diese fast absolute technische Sicherheit gäbe, menschliches Versagen ja kaum aus diesen Bereichen auszuschließen ist.

Nun, Sie wissen alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie heute unter dem Eindruck der Katastrophe von Tschernobyl legitimierte AKW-Gegner geworden sind, daß Zwentendorf längst in Betrieb gegangen wäre, ohne dem Nein der Freiheitlichen in der Bundesregierung.

Aber, meine Damen und Herren, neben diesem einen gravierenden Punkt darf ich auf ein zweites Problem hinweisen. Auf ein zweites Problem, das wir auch in den letzten Jahren hier immer wieder angerissen haben. Mag sein, daß beim Problemkreis des Zivilschutzes, und auf diesen möchte ich jetzt noch näher eingehen, die Katastrophe ein wirksames Überdenken der bisherigen Zustände herbeigeführt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bisher wurde ja die Diskussion immer in den Bereich kriegerischer Auseinandersetzungen abgeschoben. Immer wenn die Frage der Strahlenbelastung gestellt wurde, hat man gleichzeitig argumentiert, daß man die Bevölkerung nicht verunsichern möchte und gleichzeitig die Frage eines Atomkrieges an die Wand gemalt. Es ist aber keine Frage der atomaren Auseinandersetzung, obwohl wir wissen, daß es Atomarsenale gibt, die schon längst die denkbaren Dimensionen überschritten haben und wir alle miteinander haben die Verpflichtung zu einer weltweiten Abrüstung zu finden.

Nun haben wir Freiheitlichen uns immer dagegen gewehrt, die atomare Bedrohung als rein kriegerische zu sehen, um damit von der Notwendigkeit des Zivilschutzes abzulenken. Am 30. Jänner 1985 fand in der Wiener Hofburg die zweite große Zivilschutzenquete statt. Dort wurden die neuen Perspektiven des Zivilschutzes beleuchtet, die eine Abkehr von Kriegserfahrungen vergangener Jahre erforderten. An ihrer Statt traten nämlich, so wie wir das immer skizziert haben, die zeitgemäßen Aspekte und Akzente einer verstärkten Katastrophenschutz-Vorsorge gegen Atomunfälle, Strahlenschutz und ein vermehrter Bau von Schutzräumen durch die private wie öffentliche Hand sowie ein verstärktes Einschalten freiwilliger Ersatz- und Einsatzorganisationen, die neben Feuerwehr und Rettungsdiensten und dem offiziellen Sanitätswesen zum Einsatz gelangen sollten. Unerläßlich ist natürlich hier die Zusammenfassung aller bestehenden Vorschriften in einem Maßnahmenkatalog des Iststandes, eine generelle Anhebung der Bewußtseinsbildung zu mehr Selbstschutz, eigener Initiative und eigener Einsatzbereitschaft. Aber auch diese Aussage war zum damaligen Zeitpunkt nichts Neues.

Eine Untersuchung der Wiener Architektin Dietlind Erschen über die Tauglichkeit von Kellerräumen für den nachträglichen Einbau von Schutzeinrichtungen enthielt ja die wichtige Aussage bereits damals, daß bei einer Katastrophe man gar nicht an den Kriegsfall zu denken habe, das heißt, sie hat damals schon sehr deutlich skizziert gehabt - für den Bund und für uns, für das Land Wien -, daß ein Unfall in einem Kernkraftwerk, etwa an der tschechischen Grenze, nur eineinhalb Stunden später seine Auswirkungen unmittelbar auf Wien haben würde. Nun ist die Katastrophe eingetreten und da nützen dann tatsächlich nicht die Maßnahmen, die hier kurzfristig propagiert wurden, wie etwa die feuchten Fetzen oder die dichten Fenster. Schon gar nicht, wenn eine Katastrophe dieses Ausmaßes etwa im grenznahen Bereich eintritt. Das heißt, es muß vorher alarmiert werden, es muß die Bevölkerung die Gefahr erkennen können, die auf sie zukommt und vor allem muß die Bevölkerung wissen, denn dann gibt es diese Unruhe nicht, daß vorhandene Zivilschutzeinrichtungen da sind und daß im Katastrophenfall nach einem genauen Plan vorgegangen wird, und dann wird auch völlig klar sein, daß, meine Damen und Herren, es nicht zu einer panikartigen Reaktion kommen wird. Sicherlich ist es bequemer die Gefahr nicht zu sehen, sie verdrängen zu wollen, aber die Gefahr besteht ganz real, sie bestand nicht nur, sondern sie besteht heute, jeden Tag, in jeder Stunde, auch jetzt.

Nun, meine Damen und Herren, wenden wir uns den Überlegungen der Zukunft zu. Stadtrat Hatzl hat hinsichtlich U-Bahn und Zivilschutz eher abgewunken. Man müßte ja auch hier die Fehler vergangener Zeiten eingestehen und doch hat Innenminister Blecha nunmehr seine Forderungen erhoben und ganz interessant ist, daß die zuständige Stadträtin, Frau Stadtrat Seidl, in der heutigen Fragestunde erklärt hat, daß es im U-Bahn-Bau kaum internationale Vergleiche in dieser Frage gibt. (Amtsf. StR. Frie-

derike Seidl: Im U-Bahn-Bau!) Das ist ein Irrtum! Tatsächlich ist es so, daß es beim U-Bahn-Bau nicht nur in Stockholm, wo zugegebenermaßen die bauliche Situation eine bessere ist, sondern auch durchaus in anderen Großstädten Europas diese Überlegungen gegeben hat und auch Vorkehrungen getroffen worden sind.

Ich darf auch erinnern, daß etwa München solche Vorkehrungen getroffen hat, daß in Paris bei manchen Abschnitten darauf eingegangen wurde und es wäre wahrscheinlich ganz interessant hier eine vergleichende Studie anzustellen oder vorzulegen, denn ich glaube, das kommt.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Stadtrat, haben Sie diese Möglichkeit auch angedeutet, weil man wahrscheinlich aus diesem internationalen Vergleich, den es da gibt, durchaus noch etwas lernen wird können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf noch kurz auf die politischen Dimensionen eingehen. Gerade die Katastrophe von Tschernobyl muß zur Feststellung führen, daß Zivilschutz eben nicht nur ein Instrument ist, dem irgendwelche Militaristen anhängen, sondern natürlich ein Instrument zur Krisenvorsorge darstellt und daher unter dem Aspekt des Menschenschutzes zu sehen ist. Wenn in der politischen Diskussion von Umkehr gesprochen wird, so muß doch klar festgehalten werden, daß gerade seitens der Freiheitlichen Partei auf dem Gebiete des Zivilschutzes immer wieder Initiativen gesetzt wurden. Die ersten Erfolge dürfen aber darüber nicht hinwegtäuschen, daß Österreich auf dem Gebiet des Zivilschutzes natürlich ein außerordentliches Manko besitzt. Jetzt muß man darangehen den Selbstschutz der Menschen verstärkt zu propagieren und forcierte Maßnahmen zu setzen, und die erst jüngst veröffentlichte Umfrage beweist ja meines Erachtens nach deutlich, daß die betroffenen Bürger unserer Heimat sehr wohl bereit sind auch finanziell einen adäquaten Beitrag zu leisten.

Wir fordern daher, erstens die rasche Fertigstellung des landesweiten Warn- und Alarmsystem - was heißt Fertigstellung -, die Inangriffnahme eines solchen Systems. Zweitens eine weitgehende, möglichst bundeseinheitliche Förderung der Errichtung von Grundschutzräumen, zum Beispiel durch das Wohnhaussanierungs- und Wohnungsverbesserungsgesetz, und die gesetzliche Regelung der Errichtung von Grundschutzräumen im Zuge größerer Tiefbauarbeiten in Ballungszentren wie Wien, also U-Bahn- und Straßentunnels.

Hier glaube ich, gibt es eine lohnende Aufgabe auch für den zuständigen Stadtrat beziehungsweise Stadträtin. Weiters eine Studie zur Möglichkeit der Reaktivierung beziehungsweise Adaptierung der Zivilschutzanlagen, die es in Wien noch gibt, unter Einbeziehung der vom Österreichischen Bundesheer zur Zeit nicht gebrauchten militärischen Schutzanlagen aus diesen oder früheren Zeiten. Weitere Forderungen sind die Schulung der ordnungsgemäß niedergelassenen Ärzte und die Erfassung dieser in einem Katastrophenregister, die Erlassung gesetzlicher Vorschriften zur Durchführung eines wirksamen Schutzraumbaues durch den Landtag, die Durchführung der Selbstschutzunterweisung der Bevölkerung, das Katastrophenhilfsdienstgesetz, die Fertigstellung und Evidenzhaltung von Katastrophenschutzplänen auf Landes- und Bezirksebene, wo sie zum Teil bereits in Angriff genommen wurden, und die Einrichtung einer Notbevorratung in Form einer Haushalts-, Medikamenten- und Verbandsstoffsammlung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Alle Bürger unserer Stadt haben in den letzten Tagen die Dringlichkeit der Problematik erkannt. Die Landesregierung steht unter dem Eindruck der Ereignisse. Zwentendorf wird nicht mehr in Betrieb genommen werden, wird abgewrackt werden. Hier stehen wir Freiheitlichen nicht mehr alleine, sondern es wird kaum mehr eine andere Stimme hier im Landtag geben, und die Anliegen des Zivilschutzes werden ernst genommen.

Unseren Forderungskatalog haben wir zur Kenntnis gebracht. Ich habe ihn hier vorgetragen und ich erhoffe mir, daß diese Forderungen in ein künftiges Zivilschutzkonzept einfließen werden, an dem wir alle gemeinsam arbeiten sollten.

Wir haben heute keinen dringlichen Antrag oder dringliche Anfrage eingebracht, weil die Angelegenheit heute hier und mit der Mitteilung des Herrn Stadtrates dringlich behandelt wurde. Ich bitte Sie nur, unsere Vorschläge, die ich heute skizziert habe, in alle weiteren Überlegungen miteinfließen zu las-

sen, damit wir in Zukunft zu einem gemeinsamen umfassenden Konzept für alle Wienerinnen und Wiener kommen.

Präsident Hahn: Als nächster Redner ist Herr Abg. Ing. Engelmayer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Engelmayer: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Herr Abg. Kollege Riedler hat in der Antragsbegründung nichts anderes gesagt, als erstens, die SPÖ hat immer Recht und zweitens, wenn die Bevölkerung verunsichert ist, dann ist das die Schuld der Opposition. Das ist ein Totalitätsanspruch und eine Überheblichkeit der SPÖ, für die die Wähler Ihnen hoffentlich beim nächsten Wahlgang wieder einen Denktzettel verpassen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ein Alptraum ist fast Wirklichkeit geworden. "Wenn man die stündlichen Nachrichten im Radio mit den Verhaltensmaßregeln hört und die Horrormeldungen in den Zeitungen liest, dann möchte man gerne aufwachen, als wäre das ein böser Traum", das hat mir eine junge Mutter vor zwei Tagen gesagt, als sie ihren Gefühlszustand, ihr Empfinden in diesen Tagen geschildert hat. Und so wie ihr geht es vielen Bürgern unserer Stadt und unseres Landes. Angst ist ein Gefühlszustand aus einer unbestimmten Lebensbedrohung, aus einer Unsicherheit der Lebensbedingungen heraus, Angst ist daher eine Folge aus Unwissenheit und Ungewißheit. Außerordentliche Betroffenheit und auch Angst der Menschen in Zusammenhang mit den Folgen der Umweltkatastrophe von Tschernobyl auf der einen Seite, aber auch völlige Sorglosigkeit und Unvorsichtigkeit auf der anderen Seite, waren das Resultat einer Verkettung einer ganzen Reihe von Informationsmängel. Informationsmängel aus der Uninformiertheit über das wahre Ausmaß der Folgen des Reaktorunfalls durch die verantwortungslose Informationspolitik der sowjetischen Behörden, aber auch aus der zunächst mangelnden und dann teilweise widersprüchlichen und unkoordinierten Information der Bevölkerung durch die Bundes- und Landesbehörden. Und drittens Informationsdefizit natürlich auch aus dem allgemein zu geringen Kenntnisstand der Bevölkerung über technische, physikalische, medizinische Zusammenhänge der Wirkungen radioaktiver Strahlungen, die ja mit den Sinnen nicht wahrzunehmen sind, was den psychischen Streß des beunruhigten Teiles der Bevölkerung zweifellos noch verstärkt und die Sorglosen noch sorgloser gemacht hat.

Die Information und Aufklärung der Bevölkerung ist gerade in einer Situation, mit der wir in diesen zwei Wochen konfrontiert waren, das erste und das wichtigste Element der Krisenbewältigung, ganz gleich, ob es sich jetzt um eine tatsächliche oder nur um eine potentielle Krise handelt.

Der hauptsächlich in Positivmeldungen geübte Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien konnte natürlich auch nur das weitergeben, was ihm von den politischen Instanzen und von den einzelnen Abteilungen zugekommen war. Es ist aber völlig unverständlich, daß der von der Wiener ÖVP geforderte und dann letztlich auch vom Herrn Umweltstadtrat zugesagte und angekündigte Sonderpostwurf an alle Haushalte mit Informationen über Verhaltensmaßregeln mehr als zwei Wochen nach Bekanntwerden der erhöhten Strahlenbelastung die meisten Wiener Haushalte noch immer nicht erreicht hat. Der Aktualitätswert dieser wichtigen Informationen hat ja eine sehr kurze Halbwertszeit. Mit anderen Worten, wir geben uns ja der Lächerlichkeit preis, wenn wir jetzt in der Stunde der Entwarnung zwei Wochen verspätet jene Informationen hinausgeben, wie sich die Menschen verhalten sollen oder verhalten hätten sollen, zum Zeitpunkt der größten Verunsicherung beziehungsweise der größten Strahlenbelastung.

Wir bedauern und wir kritisieren vor allem, daß der Grund für diese Verzögerung mit dem Termin der Bundespräsidentenwahl ganz offensichtlich im Zusammenhang steht, weil nämlich dieser amtliche Postwurf, in einigen wenigen Teilen ist er ja schon herausgekommen, bereits die Ankündigung für das Datum der Stichwahl der Bundespräsidentenwahl am 8. Juni enthält und damit die Entscheidung der Hauptwahlbehörde vorwegnimmt, die noch gar nicht zusammengetreten ist. Das ist der wahre Grund, warum man diese, ohnehin schon verspätete Information über den Strahlenschutz noch weitere Tage zurückhält, woraus ja die Bürger messerscharf schließen können, wo die wahren Prioritäten der Wiener Rathausmehrheit liegen.

Was soll es für einen Sinn haben, nach der Entwarnung die Haushalte zu informieren, wie sie sich

zum Zeitpunkt der höchsten Strahlenbelastung hätten verhalten sollen. Ich glaube eine solche Informationspolitik, Herr Stadtrat, mit Verlaub gesagt, gehört nach Schilda, aber nicht ins Wiener Rathaus. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die in den letzten Tagen laufend publizierten Meßwerte, noch dazu in verschiedenen Maßeinheiten, der Herr Stadtrat hat heute darauf hingewiesen, haben sicherlich die Verwirrung eher vergrößert als vermindert. Die "Internationale Meterkonvention", der auch Österreich angehört, hat schon in den siebziger Jahren die neuen Strahlenmaßeinheiten, wie Becquerel, Gray und Sievert festgelegt, bei uns verwendet man aber amtlich immer noch die Einheiten Curie, Rem und so weiter, während die Literatur und die Wissenschaftler auch schon mit den neuen Einheiten operieren, und eine bereits von Experten ausgearbeitete Novelle zum Maß- und Eichgesetz, die also diese neuen Einheiten festlegen sollte, liegt seit sehr langer Zeit bei Bautenminister Übleis auf Eis.

Aber nicht nur der Wirrwarr der verschiedenen überholten, gesetzlichen und noch gebräuchlichen amtlichen Maßeinheiten ist verwirrend. Was mich vor allem verblüfft hat, als gelernter Meß- und Regeltechniker und als langjähriger ehemaliger Eichbeamter, ist die Tatsache, daß kein einziges Meßgerät der 336 Meßstellen in Österreich und kein einziges mobiles Meßgerät, das von den Marktämtern, von den Gesundheitsbehörden und so weiter eingesetzt wird, geeicht ist. Ich habe daher persönlich hinsichtlich der Genauigkeit der gemessenen und publizierten Werte gewisse Vorbehalte. Tagelang ließ man die Bürger mit Meßwertmeldungen und ihrem Mißtrauen gegenüber der behaupteten Ungefährlichkeit allein.

Wenn die gemessenen Strahlenwerte in der Luft, am Boden, in den Lebensmitteln wirklich so ungefährlich waren, wie man stereotyp über Rundfunk und Fernsehen und in den Medien verlauten ließ, warum gab es dann pausenlos Vorsichtswarnungen? Viele Menschen haben sich diese Frage ungläubig gestellt.

Wie sollen die Menschen Vertrauen in die staatlichen Institutionen und in die internationale Zusammenarbeit haben, wenn an einem Tag der Verkauf von Freilandgemüse verboten wird und gleichzeitig die Weltgesundheitsorganisation, die WHO, in Genf eine Entwarnung gibt? Und wer weiß schon, daß an diesem Beschluß des Exekutivausschusses der WHO der Vertreter der Sowjetunion natürlich nicht uneteiligt gewesen ist? Wer garantiert den Bürgern, daß die Maßnahmen und Entscheidungen österreichischer Politiker und Behörden nicht auch von politischen Interessen beeinflusst sind? Diese Frage trägt ebenso zur Verunsicherung bei, wie so manche vordergründig vorgetragenen Beschwichtigungsversuche, so zum Beispiel des Gesundheitsministers mit seiner "Rabattmarkentheorie", die meines Erachtens noch mehr zur Verängstigung als zur Aufklärung der Bevölkerung beigetragen hat. Denn die scheinbare Veranschaulichung des Problems und der Expositionsdauer und der kumulativen Wirkung der ionisierenden Strahlen auf den Menschen hat ja einen enormen Schönheitsfehler. Die durch dieses Beispiel der "Rabattmarkentheorie" angeregte Vorstellungskraft und die Klärungserwartung der Menschen wird durch den Umstand sofort enttäuscht, daß niemand auch nur mit annähernder Sicherheit sagen kann, wie viele "Rabattmarkenfelder" er bis zum Eintritt in ein individuell kritisches Stadium eigentlich noch frei hätte und das führt dann eher zu einer weiteren Verunsicherung als zu einer Klärung.

Noch ein Wort zur Grenzwertproblematik: Es muß uns ja allen klar sein, daß die festgelegten höchstzulässigen Grenzwerte, ob das die Mac- oder Mic-Werte sind, politische, das heißt, ausgehandelte Grenzwerte sind, bei deren internationaler Festlegung nicht ausschließlich die Mediziner das Wort haben, sondern auch wirtschaftliche, politische und technische Interessen mitkalkuliert werden.

Was wir mit einiger Überzeugung sagen können, das ist bloß, daß eine Strahlenexposition unterhalb dieser Grenzwerte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, bei einem gesunden Durchschnittsmenschen keine akute Gefährdung hervorruft und das ist auch einigermaßen empirisch erwiesen. Worüber wir aber zu wenige empirische abgesicherte Erfahrungswerte über Generationen haben, das sind eben die Langzeit- und Spätfolgen bestimmter Dosen biologisch wirksamer Strahlungen.

Wissenschaftler und Politiker, die jetzt völlig unbewiesene Wahrscheinlichkeitsberechnungen oder Schätzungen, ich würde sogar sagen Spekulationen, über einen möglichen Anstieg der Krebsrate oder über populationsgenetische Veränderungen anstellen, die den einzelnen vielleicht - weil es ihn persönlich nicht trifft, oder er hofft, daß es ihn nicht trifft - beruhigen sollen, muten doch schon sehr zynisch an. Ich



bin daher davon überzeugt, daß die empfohlenen Vorsichtsmaßnahmen richtig und notwendig waren, bedaure aber zugleich, daß es lange Zeit gedauert hat bis die Botschaft an die Bürger herangebracht und verständlich gemacht worden war. Im kritischen Ernstfall wäre damit wertvollste Zeit verloren gewesen.

Ich möchte nicht behaupten, daß nichts geklappt hat und nichts geschehen ist. Da ist sehr vieles unternommen worden, wir haben es heute gehört. Nur so, Herr Stadtrat, ist es auch nicht, daß überhaupt keine Fehler passiert sind, daß alles vollkommen einwandfrei geklappt hat. Ich glaube, wir müssen daher aus den Mängeln des Krisenfalles die notwendigen Lehren ziehen. Es geht jetzt nicht darum, im nachhinein gescheitert zu sein, sondern die gewonnenen Mängelerkenntnisse, beim nächsten - hoffentlich nicht eintretenden - Ernstfall schon vorweg zu berücksichtigen und diese Fehler möglichst nicht zu wiederholen. Verstehen Sie bitte diese Schlußfolgerung als ausschließliches Motiv konstruktiv oppositioneller Kritik an den zutage getretenen Fehlern und Versäumnissen der bisherigen Zivilschutzpolitik, an deren Bedeutung und Notwendigkeit ja viel zu wenig bisher geglaubt wurde.

Es ist sicher bereits erwiesen, daß so manche Ängste vor akuten Gefahren übertrieben waren. Nicht erwiesen ist, ob alles nötige rechtzeitig hätte unternommen werden können, wenn die Strahlenbelastung in unserem Gebiet noch ungünstiger, aufgrund ungünstigerer meteorologischer Verhältnisse oder aufgrund länger andauernder intensiver Strahlung aus dem Unglücksreaktor höher ausgefallen wäre, was ja zunächst gar nicht ausgeschlossen werden konnte.

Meine Damen und Herren! Herr Umweltstadtrat! Sie haben vorige Woche Herrn Vizebürgermeister Dr. Busek in einer Aussendung der Sozialistischen Korrespondenz miese parteitaktische Spiele vorgeworfen, nur weil sich Herr Dr. Busek erlaubt hat, Vorschläge für eine bessere Information zu machen und auch konkrete Präventivmaßnahmen für den Zivilschutz gefordert hat. Abgesehen von der sehr unqualifizierten Wortwahl dieser Aussendung möchte ich hoffen, sehr geehrter Herr Stadtrat, daß es sich bei dem offensichtlich verständlichen Streß der vergangenen Woche hier nur um ein gründliches Mißverständnis gehandelt hat, denn ansonsten müßte man Ihnen empfehlen, einmal Ihr Demokratieverständnis zu überprüfen.

Ich gebe zu, die Beunruhigung und die Betroffenheit der Bürger angesichts des Nukleardesasters zum Geschäft mit der Angst zu machen, sei es aus persönlichen, aus politischen oder aus wirtschaftlichen Gründen, das wäre zweifellos verwerflich und unmoralisch. Es ist aber genauso verwerflich, jenen ein Geschäft mit der Angst vorzuwerfen, die in der Verantwortung ihrer Aufgabe und ihres Auftrages als gewählte Volksvertreter tätig werden und im Interesse der Gesundheit und der Sicherheit der Bevölkerung bestehende Mängel aufzeigen und Verbesserungsvorschläge machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! In einer kritischen Situation in der die Bürger von den Politikern ja nichts anderes erwarten, als daß sie alles unternehmen, was für die Sicherheit unternommen werden kann und was für die Zukunft unternommen werden muß, in dieser Situation hat ja niemand Verständnis für Parteengezänk und parteipolitischen Schlagabtausch. Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß die Verunsicherung und Angst der Bevölkerung keine Parteigrenzen kennt und jedem Bürger bewußt ist, daß ihn weder sein Parteibuch, noch seine Wählerstimme vor radioaktiver Strahlung schützen kann.

Eine politische Profilierung kann in diesen Tagen kein Politiker und keine Partei erben. Wer nicht schon bisher glaubwürdig die Interessen des Umweltschutzes und der Sicherheit vertreten hat, wie die Wiener ÖVP, sondern erst jetzt in der politischen Gunst der Stunde diese entdeckt und die Emotionalisierung der Menschen sich nutzbar machen möchte, der ist rasch durchschaut.

Meine Damen und Herren! Das strategische Problem aller Verantwortlichen lag und liegt darin, bei allen Informationen und Maßnahmen das richtige Maß zwischen Verharmlosung und Panikmache zu finden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Politiker und Behörden dieser Aufgabenstellung und diesem Optimierungsproblem in dieser Situation nicht gewachsen waren.

Ich möchte hier behaupten der Strahlenunfall von Tschernobyl hat nicht nur unsere Bevölkerung, sondern leider auch die für die Krisenbewältigung und die Katastrophenabwehr zuständigen Verantwortlichen weitgehend unvorbereitet getroffen.



Ausgereifte Katastrophenschutzpläne fehlen, entgegen den Behauptungen des Herrn Stadtrates Braun, ansatzweise Konzepte dazu haben nur Alibicharakter, sie sind für den Ernstfall nur bedingt brauchbar, Zuständigkeiten und Ressortkompetenzen sind unklar. Das ist ganz deutlich in diesen Tagen zutage getreten. Amtlich zulässige Grenzwerte für Lebensmittel gibt es nach mehr als zwei Wochen noch immer nicht. Die Gemüseversorgung ist in Wien am Montag zusammengebrochen. Die Lager der Tiefkühlgemüseerzeuger sind leer. Das Atominstitut stellt Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Gemüse aus und der Gesundheitsminister macht dabei einen eher hilflosen Eindruck. Mit der berühmten österreichischen und der speziellen Wiener Improvisationskunst können und konnten wir im Krisenfall wenig anfangen. Ja ich würde sogar sagen, sie war und ist kontraproduktiv.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Rathausmehrheit! Nehmen Sie die Kritik an den Fehlern und Versäumnissen ernst. Und zwar so ernst, wie Ihre Partei auch die Kritik und den Protest der Wähler gegen die Politik der SPÖ bei den Bundespräsidentenwahlen jetzt angeblich ernst zu nehmen bereit ist. Übrigens sollten Ihnen auch die massiven Stimmenverluste, die 8 Prozent, bei den Personalvertretungswahlen in diesem Zusammenhang zu denken geben. Machen wir eine gemeinsame, eine andere, eine bessere Zivilschutzpolitik. Verdrängen wir nicht länger die Wachsamkeit. Die Philosophie nach dem Prinzip: "Es wird schon nichts geschehen", ist eindeutig widerlegt. Nehmen wir den Reaktorunfall von Tschernobyl und seine Folgen als vielleicht letzte ernste Mahnung vor einem nicht auszuschließenden Ernstfall. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Hahn: Der Herr Landeshauptmann hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (Abg. Dr. Goller: Das gibt es nicht, er kann jederzeit das Wort ergreifen! - Lhptm Dr. Zilk: Ja, tue ich ja!)

Landeshauptmann Dr. Zilk: Meine Damen und Herren! Weil wir Kritik ernst nehmen und weil es mir darum geht, daß wir immer nach bestem Wissen und Gewissen die Wahrheit sagen und weil wir alles klarstellen wollen, möchte ich Ihnen beweisen, wie gründlich wir das tun. Wir haben eine Anfrage des Herrn Abg. Dr. Petrik bezüglich der Maßnahme des Stadtschulrates gehabt. In diesem Zusammenhang hat Herr Abg. Dr. Petrik meine Feststellung, daß wir am 2. Mai als die ersten, Maßnahmen auf dem Schulsektor ergriffen haben, nicht nur in Frage gestellt, sondern hat sie als falsch klassifiziert und hat darauf hingewiesen, daß die Niederösterreicher früher und strengere Maßnahmen getroffen haben. Da ich das ernst nehme, da ich nicht hier stehen möchte als jemand, der Falsches sagt, habe ich mir das ausheben lassen und ich kann Ihnen mitteilen, daß der erste Rundspruch des Niederösterreichischen Landesschulrates... (Abg. Dr. Goller: Bitte, das hat mit der Mitteilung wirklich nichts zu tun!) Oh ja, es hat mit der Mitteilung... (Abg. Dr. Goller: Das war eine Anfrage an StR. Braun, das hat damit nichts zu tun!) Ich verstehe schon, daß es Ihnen unangenehm ist, was ich jetzt sage. (Abg. Dr. Goller: Gar nicht!) Na, dann lassen Sie mich doch ausreden, das geht doch viel schneller. Es hat insoferne damit zu tun, als alle Fragen, die mit den Ereignissen von Tschernobyl zu tun haben und die uns betroffen haben, derzeit zur Diskussion stehen, also auch die Schule, denn in diesem Sinn ist die Anfrage gestellt worden. Es sei denn, es wäre jetzt neu, daß die Fragen der Schule und der Kinder damit nichts zu tun hätten. Das wäre ein neuer Gesichtspunkt, den haben Sie bisher nicht mitgeteilt.

Ich wiederhole also: Der erste Rundspruch des Niederösterreichischen Landesschulrates ist am 5. Mai erfolgt, meine Damen und Herren, unter der Ziffer 651-35/86, also genau drei Tage nach dem von mir zitierten Rundspruch des Stadtschulrates für Wien und er hat die Maßnahmen aufgrund radioaktiver Strahlung des Strahlungsereignisses betroffen. Es war dies eine Empfehlung, bis auf Widerruf alle sportlichen Aktivitäten im Freien zu unterlassen. Er hat sich nämlich auf den Rundspruch des Stadtschulrates für Wien gestützt, denn der Niederösterreichische Landesschulrat hat sich diesen in kollegialer Weise, wie auch wir das umgekehrt tun, behoben und ihn auch benützt. Es ist an sich nicht wesentlich, ich wollte nur sagen: Wesentlich ist, daß wir auch solche Dinge im Detail klarstellen. Es zeigt nur, daß natürlich auch die Kollegen in den anderen Bundesländern vor dieselben Fragen gestellt, mit den selben Problemen konfrontiert werden und sich auch redlich bemüht haben, das Beste zu tun. Nur, das haben wir ja auch für uns in Anspruch genommen und das wollte ich damit auch hier klarstellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Hahn: Als nächste Rednerin ist Frau Stadtrat Dolores Bauer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. (Zwischenruf von Landtagsmitgliedern der SPÖ: Zunächst gelangt Abg. Dr. Häupl zu Wort!) Entschuldigen Sie, ich muß mich korrigieren. Herr Landtagsabgeordneter Dr. Häupl.

Abg. Dr. Häupl: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst in keiner Weise verhehlen, daß dieser Reaktorunfall in der Ukraine nicht nur bei mir persönlich große Betroffenheit und Entsetzen ausgelöst hat, sondern daß darüber hinaus auch die vergangenen zwei Wochen, als eine sowohl wissenschaftlich als auch politisch sicherlich sehr schwierige Situation einzuschätzen sind. Denn es hat schon etwas für sich, wenn man den Vergleich heranzieht, den, glaube ich, Dr. Peter Weiß - ich weiß nicht genau, ob er es tatsächlich war - gebracht hat, nämlich daß man sich vorstellt, wie wenn ein Amokschütze in eine vieltausendköpfige Schar auf einem Platz hineinschießt und acht Menschen getroffen werden und sterben. Ich möchte zu dem Vergleich auch noch hinzufügen, daß natürlich bei der Panik, die in einer solchen Situation entstehen würde, wahrscheinlich noch wesentlich mehr Menschen an den Panikreaktionen sterben würden. Und das schließt an etwas an, was Herr Ing. Engelmayer angesprochen hat. Auch ich bin der Auffassung, daß es wahrlich nicht leicht ist, in dieser Situation den Weg der Vernunft zwischen Verniedlichung und Panikmache zu finden. Und ich glaube, wir sollten uns nun mit einer gewissen Distanz bemühen, diesen Weg auch tatsächlich zu finden. Denn was ist denn passiert?

Zunächst hat man nicht von der Sowjetunion, nicht von irgendeiner internationalen Atomenergiebehörde, sondern von schwedischen Wissenschaftern und schwedischen Politikern in der Folge auch aus Norwegen und Finnland, von erhöhten Radioaktivitätswerten erfahren. Wobei hinzuzufügen ist, daß offensichtlich diese erhöhten Radioaktivitätswerte auch schon früher gemessen wurden, denn die schwedischen Wissenschaftler sind ja zunächst davon ausgegangen, daß es ihre eigenen Kernkraftwerke waren oder zumindest eines ihrer Kernkraftwerke ist, das diese erhöhte Radioaktivität emittiert. Erst in der Folge mußte man nach einigen Untersuchungen zur Kenntnis nehmen, daß es sich hier offensichtlich um einen Import von Radioaktivität handelt. Und ich bin an sich fassungslos über die Verantwortungslosigkeit seitens der Sowjetunion, hier nicht sofort ihre sozialistischen Nachbarländer, wie sie selbst sagen, also ihre kommunistischen Bruderländer, zu informieren, sondern selbstverständlich auch zumindest alle westeuropäischen Staaten. Ich bin genauso fassungslos über diese Vorgangsweise seitens der Sowjetunion, wie ich fassungslos war über die Vorgangsweise der USA im Zusammenhang mit dem Kernreaktorunfall von Three Miles Island und wie ich fassungslos war über die Verantwortungslosigkeit der Regierung von Großbritannien anläßlich des Reaktorunfalls von Windscale. Erst nach und nach kristallisierten sich Informationen heraus, was denn nun tatsächlich in Tschernobyl passiert ist. Und nach all diesen Informationen, die man darüber bekommen hat, glaube ich mich nicht zu irren, wenn ich hier davor warne, den vielfach von den Medien gebrauchten Begriff des Super-GAU im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall von Tschernobyl zu verwenden, denn das hat für mich bereits das Element der Verniedlichung. Denn es bietet all jenen die Möglichkeit zu sagen: Na bitte, wenn das der Super-GAU ist, also der allergrößte anzunehmende Unfall - und es hat bislang, wenn die Zahlen stimmen, drei Tote und mehrere Verletzte gegeben - na dann ist vermutlich sogar die Frage des Autos etwa neu zu diskutieren, vor dem Hintergrund der Toten, die es jedes Wochenende zu meinem tiefen Bedauern auf Österreichs Straßen gibt.

So wie sich die Informationslage heute für mich darstellt, handelt es sich bei dem Reaktorunfall in Tschernobyl nicht um den Super-GAU, sondern sicherlich um einen der schwersten Reaktorunfälle in der Geschichte der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie. Aber ich bin vollkommen überzeugt davon, daß nicht nur Minsk und Kiew, nicht nur weite Teile der Ukraine, sondern auch weite Teile Europas und auch Westeuropas, wesentlich schwerer und wesentlich entscheidender in Mitleidenschaft gezogen worden wären, wenn es sich in der Tat um ein vollkommenes Durchschmelzen gehandelt hätte, womit ja die Begrifflichkeit des Super-GAU verbunden ist.

Meine Damen und Herren! Wir sind auch wissenschaftlich vor einer sehr schwierigen Situation gestanden, denn ich habe zwar Vertrauen zu den Meßwerten, die eingelangt sind, da ich mich ebenfalls darüber informiert habe, ob dieses Vertrauen in diese Meßwerte gerechtfertigt ist, und mir wurde versi-

chert, daß es sich ja hier, nachdem ich kein Meß- und Regeltechniker bin, selbstverständlich nicht um eine Einmaleichung oder eine Einmal-im-Jahr-Eichung handeln kann, sondern hier muß vor allem bei den mobilen Meßstationen, vor jeder einzelnen Meßung, auch eine Eichung durchgeführt werden und diese Eichung wurde auch durchgeführt. (Abg. Ing. Engelmayer: Es gibt keine Eichung!)

Das sind meine Informationen dazu und ich glaube davon ausgehen zu können, daß die entsprechenden Meßwerte tatsächlich richtig sind.

Aber es ist mir vollkommen klar, daß natürlich hier eine Problematik aufgetreten ist, die wir schon aus der Diskussion vor 1978 und im Grunde genommen auch in der Folge kennen, daß sich nämlich Wissenschaftler durchaus auch widersprochen haben. Ich bin mir dessen bewußt, daß auf der einen Seite eine Fülle von Ärzten Jodtabletten verschrieben hat, daß eine Fülle von Ärzten davon ausgegangen ist, daß die Maßnahmen die getroffen wurden, keineswegs hinreichend sind, sondern daß hier im Prinzip wesentlich mehr zu tun gewesen wäre.

Ich habe aber auf der anderen Seite auch den, vom Herrn Stadtrat bereits zitierten Brief, das Rundschreiben der Ärztekammer für Wien gelesen, das nun im wesentlichen besagt, daß es sich bei dem Einfluß der Radioktivität in Österreich, nicht um die Frage der Gesundheitsgefährdung handle, sondern es handelt sich um die Vermeidung von unnötiger Strahlenbelastung und daher aus diesem Grund auch die Befürwortung der bereits getroffenen Maßnahmen.

Ich weiß aber, daß dies nicht nur eine Erscheinung ist, die wir in Österreich festzustellen haben.

Wenn ich mir den "Spiegel" vom Montag hernehme und ich die Berichte durchlese, was Experten und Wissenschaftler sowie Nuklearmediziner zur Kenntnis gebracht haben, so verdeutlicht sich das noch entscheidend mehr.

Prof. Hundeshagen zum Beispiel, ein Nuklearmediziner an der Medizinischen Hochschule Hannover, sagt: "Man kann wirklich sagen: Gefahr Null. Auch keine Langzeitgefahr". Ich werte es persönlich: ich bin nicht dieser Auffassung.

Prof. Beowulf Glöbel, Leiter der Abteilung Strahlenschutz an der Univ.-Klinik Homburg an der Saar, sagt: "Gesundheitsschädigungen können nicht ausgeschlossen werden und eine Zusicherung nicht getroffen werden."

Prof. Feinendegen, Direktor des Instituts für Medizin der Kernforschungsanlage Jülich, sagt: "Im kleinen Dosisbereich stelle ich anheim zu bezweifeln, daß Späteffekte auftreten können." Hingegen sagt Prof. Lengfelder aus München, daß mit etlichen tausend zusätzlichen Krebsfällen zu rechnen sein wird.

Meine Damen und Herren! Es ist doch nun wahrlich nicht einfach, bei diesen Informationen, die seitens der Wissenschaft, seitens der Nuklearmediziner an Politiker herangetragen werden, hier in der Tat auch politische Entscheidungen zu treffen. Und jeder, der sich über diese Situation durch forschende Meldungen hinwegschwindelt, der täuscht sich selbst und wahrscheinlich auch noch andere damit, denn es ist sinnlos, sich über eine schwierige Situation, wie sie hier vorhanden ist, hinweg zu schwindeln. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube daher, daß man sehr wohl festzustellen hat, daß die Grenzwertdiskussion in einem Entwicklungsstadium steht, ich würde sie nicht lediglich als politische Entscheidung bezeichnen, wiewohl ich der Auffassung bin, daß selbstverständlich nicht nur rein wissenschaftliche Ergebnisse, sondern selbstverständlich auch andere Überlegungen einfließen sollten. Aber man muß doch gleichzeitig auch zur Kenntnis nehmen, daß natürlich bei der Diskussion um die Grenzwerte es immer wieder zu Neufestlegungen kommt, wenn ich etwa an die Herabsetzung der Grenzwerte für Radioaktivität in Großbritannien denke, so wie das auch für andere Grenzwerte in anderen Umweltbereichen genauso gilt. Es handelt sich hier um eine Entwicklung, in die selbstverständlich neue Erkenntnisse aus der Wissenschaft eingebracht werden müssen. Und wir wissen auch sehr genau, daß es bestimmte Defizite in den Untersuchungen über die Fragen der Langzeitwirkung gibt. Wiewohl man auch hier viel weitergekommen ist, nicht nur aus den Untersuchungen, die sich aus den Folgewirkungen der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki ergeben haben, sondern etwa auch aus den Langzeituntersuchungen im Zusammenhang mit der Wiederaufbereitungsanlage in Frankreich in La Hague. Und wer

heute sagt, daß man über die Auswirkungen von Wackersdorf nicht Bescheid wisse, wer sagt, Wackersdorf stelle keine Gefährdung für die Öffentlichkeit dar, der fällt auf den Schmäh - ich sage das ganz offen, unabhängig von welchem Couleur die Regierung war - der französischen Verantwortlichen herein, denn es gibt sehr wohl wissenschaftliche Langzeituntersuchungen, etwa über die Auswirkungen dieser Wiederaufbereitungsanlage von La Hague, und es ist dort deutlich signifikant und statistisch feststellbar, daß die Krebsrate entsprechend gestiegen ist.

Ich bin wirklich sehr froh darüber, daß man sich heute dafür entschieden hat, von österreichischer Seite her, diese Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf in Zweifel zu stellen und die Möglichkeiten, die einem neutralen Nachbarland im gegenständlichen Falle zur Verfügung stehen, auch zu ergreifen, um die Inbetriebnahme, ja schon den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zu verhindern.

Meine Damen und Herren, ich brauche die getroffenen Maßnahmen nicht wieder aufzuzählen, ich glaube, sie waren in hohem Ausmaß berechtigt. Sie waren fachlich gerechtfertigt aus den Untersuchungen die uns vorliegen, sie waren politisch gerechtfertigt vor dem Hintergrund dessen, daß man alle Maßnahmen trifft, um auch nur überhöhte Strahlungen tunlichst und so weit nur irgend möglich und denkbar zu vermeiden.

Ich will aber gar nicht verhehlen, daß es in sehr hohem Ausmaß auch darum geht, die Erfahrungen aus diesen Ereignissen, aber auch aus den Maßnahmen, die hier vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, aber auch vor allem in Wien vom zuständigen Stadtrat, im Zusammenwirken mit mehreren Stadträten getroffen wurden, auszuwerten.

Ich bin durchaus der Auffassung, daß sich verschiedene Dinge auch für die Zukunft entsprechend verbessern lassen, wie zum Beispiel der Kommunikationsbereich zwischen dem Bund und den Bundesländern. Da sind wir sicher in Wien noch etwas besser daran gewesen, als das über weite Strecken in den Bundesländern der Fall war.

Aber man muß sicherlich auch die Frage stellen: Wenn in gemeinsamen Sitzungen ein Einvernehmen über das Treffen bestimmter Maßnahmen hergestellt wurde, so etwa das Weideverbot, das Einfuhrverbot oder das Verkaufsverbot von Frischgemüse, ist es hier zulässig, daß ein Landeshauptmann, bei aller Reputation, die er durch Wahlen in seinem Bundesland erzielte, in der Tat die Möglichkeit hat, hier auszuscheren und es nicht einmal der Mühe wert findet, dafür zu sorgen, daß ein Vertreter seines Bundeslandes zu diesen Besprechungen auf Bundesebene kommt?

Selbstverständlich glaube ich, daß auch hier Überlegungen anzustellen sind, die in den Bereich des Schutzes gehen. Ich glaube vornehmlich aber auch, daß die Überlegungen in den Bereich der Prophylaxe zu gehen haben, das heißt, daß auch die Fragen im Hinblick auf Kernreaktoren, die rund um Österreich stehen, aber auch im Hinblick auf Projekte, die etwa in der benachbarten Bundesrepublik geplant sind, behandelt werden. Jawohl, ich bin der Auffassung: Besser als jedes noch so trügerische Element eines Sicherheitsplanes, der die Auffassung vermittelt, man kann im Ernstfall noch retten, was zu retten ist, ist eine vorbeugende Politik, die in die Richtung zielt, daß die Gefährdung für die Menschen tunlichst ausgeschaltet wird.

Meine Damen und Herren! Ich bin mir dessen vollkommen bewußt, daß hier auch die Frage der Glaubwürdigkeit eine enorme Rolle spielt und die Frau Abg. Dr. Flemming hat das hier auch schon angesprochen. Und ich habe es ja in den letzten zwei Wochen häufig erlebt, wenn man mit den Menschen über diese Fragen, die an einen herangetragen worden sind, diskutiert hat. Ich habe aber auch den Eindruck, daß es in Österreich, jedenfalls von den Sachinformationen her, ein wesentlich höheres Ausmaß an Transparenz und an Möglichkeiten gegeben hat, als in einem konservativ regierten Bundesland in der Bundesrepublik, in dem die Werte unter Verschuß zu halten waren und zur Geheimsache erklärt wurden. Das hat es jedenfalls in Österreich nirgends gegeben, im Gegensatz zu einem konservativ regierten Bundesland in der BRD. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß dies auch auf vielfältige Ursachen zurückzuführen ist, die wir in der Umweltpolitik allgemein immer wieder feststellen. Bei Radioaktivität wird es besonders deutlich. Es ist den Menschen a priori nicht einsichtig, warum sie nun nicht ihre Kinder in den Wiesen

spielen lassen sollen, warum sie ihnen nicht Spinat, Salat, alles was so gesund ist, zum Essen geben dürfen, es ist nicht greifbar, es ist nicht zum Sehen, es ist nicht fühlbar, es ist also nicht sinnlich erfahrbare für die Menschen, was diese Radioaktivität bedeutet.

Das haben wir in der Umweltpolitik immer wieder, daß wir zwar auf der intellektuellen Ebene, auf der Verstandesebene hier erfassen können, wo die Problematik liegt, aber nachdem der unmittelbare sinnliche Erfahrungsbereich ausgeblendet wird, kommt es natürlich immer wieder zu Widersprüchen auch zwischen dem, was man eigentlich von der Vernunft her meint und dem, wie man emotionell handelt. Ich glaube, daß viel von dem, was man auf der Donauinsel auch gesehen hat, daß nämlich die Menschen mit einer großen Selbstverständlichkeit ihrer Erholung nachgekommen sind, auch in diesen Widerspruchsbereich einzuordnen ist.

Nichts desto trotz besteht ein entsprechendes Gefühl der Ablehnung, der Angst, der Sorge in diesem Bereich. Aber das ist auch nichts Neues, denn wir wissen, daß dieses Gefühl natürlich in hohem Ausmaß auch für die Entscheidung der Österreicherinnen und Österreicher am 5. November 1978 gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes in Zwentendorf verantwortlich gewesen ist.

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß darf ich mir doch erlauben noch zwei Gedanken anzuhängen. Ich habe als einer, der seit mehr als fünfzehn Jahren seine Haltung zur sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht verschwiegen und nicht geändert hat, sehr bewußt vermieden, hier in Besserwisserei oder in Vereinnahmung zu folgen und ich verstehe politisch die Argumentation der FPÖ, hier nun darauf hinzuweisen, daß sie schon immer gegen Kernenergie gewesen sei und ich will auch gar nicht untersuchen, ob das nun stimmt oder nicht. Ich glaube, es stimmt über weite Strecken, wenn es selbstverständlich auch Kernenergiebefürworter innerhalb der FPÖ gegeben hat. Ich verstehe es politisch, ich glaube aber, daß es der Sache nicht dient. Besserwisserei dient der Entwicklung einer Sachpolitik generell nie.

Ich bedaure es zwar, daß es des Reaktorunfalls von Tschernobyl bedurft hat, um hier doch über weite Strecken Bewußtseinsveränderungen zu erzielen, ich nehme aber zur Kenntnis, daß die politische Auffassung zur Kernenergie heute nicht mehr so quer durch die Parteien geht, wie das vor geraumer Zeit noch der Fall gewesen ist, sondern daß nunmehr eine sehr große Einhelligkeit, eine große nationale Auffassungseinhelligkeit, ein großer Grundkonsens in dieser Frage vorhanden ist.

Herr Abg. Engelmayer hat den Satz hier geprägt, daß sich dieser Reaktorunfall von Tschernobyl am allerwenigsten dazu eignet, Parteipolitik auf dieser Ebene zu machen. Ich glaube, daß man sehr wohl auch zu differenzieren hat, nachdem ich mir über die Rolle der Opposition völlig im klaren bin, zwischen sachlicher Kritik, die hier getroffen wird und die ich selbstverständlich nicht nur für zulässig, sondern auch für demokratisch halte, und einer tatsächlichen parteipolitischen Vereinnahmung eines politischen Geschäftes mit der Angst, sowie als Pendant dazu, ein wirtschaftliches Geschäft mit dieser Angst, wenn ich mir nur vergegenwärtige, daß Meßgerät ausverkauft sind, die überhaupt nicht in der Lage sind, die in Österreich vorhandene Strahlung zu messen. Ich möchte das nicht anzünden, auch für diese kommende Debatte, die jetzt stattfinden wird.

Ich habe hier die gesammelten Presseaussendungen aus dem ÖVP-Pressedienst, insbesondere auch von Bundespolitikern der ÖVP und der Beweis, der hier drinnen ist, daß hier versucht wird, ein politisches Geschäft mit der Angst zu machen, den können Sie, sehr geehrter Herr Ing. Engelmayer, auch durch Ihre Wortmeldung heute nicht wegdiskutieren. Das Befürchten teile ich mit Ihnen, der Vorwurf fällt auf Sie, durch diese gesammelten Publikationen hier, zurück. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Hahn: Als nächste Rednerin ist nun Frau Stadtrat Dolores Bauer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Stadtrat Dolores Bauer: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich habe sehr interessiert zugehört, dem, was vor allen Dingen Herr Abg. Häupl jetzt hier gesagt hat. Ich kann das nur unterschreiben und ich weiß, daß er einer ist, der schon lange in diese Richtung argumentiert und nicht erst seit heute. Die Frage, die ich mir nur hier stelle ist, ob er das, was er heute hier gesagt hat und was heute politisch opportun ist, auch vor Tschernobyl in diesem Raum hätte sagen dürfen. (Abg. Edlinger:

Hätte er!)

Am vergangenen Donnerstag gab es aus Anlaß seines 62. Geburtstages im Kaffee Sperl eine Lesung aus den Werken von Jörg Mauthe, jenes Mannes, an dessen Stelle ich heute zum ersten Mal hier in diesem Hohen Haus vor Ihnen stehe. Und viele der Worte, der Sätze, der Gedanken, die da vorgetragen wurden haben heute, beinahe drei Wochen nach Tschernobyl einen anderen, einen dramatischeren Klang als vorher, als noch zu Zeiten seines Todes und ich weiß nicht, ob ich nicht sagen soll, wahrscheinlich ist es gut, daß er nicht mehr erleben mußte, daß er in so vielem recht behalten hat, denn in diesen Tagen, in diesen Wochen, ist es gar nicht gut und schon gar nicht erfreulich, recht behalten zu haben. Aus seinem Werk "Die Vielgeliebte" stammt ein Satz der immer noch nachklingt. "In diesem System der Interdependenz in dem wir heute leben, funktioniert alles nur so lange, so lange wirklich alles funktioniert. Eine einzige lockere Schraube kann alles zum Einsturz bringen." Zitat Ende.

In dieser Welt und in dieser Zeit gibt es nun viele heikle Punkte und Nahtstellen, an denen die Schrauben einer besonderen Belastung ausgesetzt sind und einer dieser sensiblen Punkte ist ganz ohne Zweifel die Kernenergie, das ist immer mehr Menschen klar geworden und wird vermutlich immer mehr Menschen noch klar werden. Denn wie groß die Gefahr ist, daß hier nicht nur eine Schraube locker wird, sondern daß sich eine Schleuse öffnen könnte, die unser ganzes gesellschaftliches System, aber auch unser ökologisches System sprengen und zum Zusammenbruch führen könnte, müßten wir spätestens jetzt begreifen, damit wir nicht durch einen leichtfertigen Umgang mit Kräften, die der Mensch einfach nicht beherrschen kann, diese Gefahr noch erhöhen. Uns Zeit- und Weltgenossen, meine Damen und Herren, werden künftige Generationen, werden schon unsere Kinder und Enkel jene Fragen stellen, die wir unseren Eltern, unseren Großeltern gestellt haben: Warum habt Ihr die Zeichen nicht erkannt? Warum habt Ihr nichts dagegen unternommen? Warum habt Ihr euch nicht gewehrt? Spätestens nach Tschernobyl hättet Ihr erkennen müssen, daß das in die Katastrophe führt.

Das Wissen um die Kernenergie, und das haben auch die Debattenbeiträge von heute gezeigt, und das Wissen um die Spätfolgen der Kernenergie ist ungesichert. Die Beteuerung einer beinahe absoluten Sicherheit ist in meinen Augen ein Schwindel und ebenso die Geheimhaltungspolitik rund um Atommei-  
ler, zu welcher Nutzung auch immer, denn friedlich ist im Zusammenhang mit der Kernenergie ein beinahe zynisches Epitheton und diese Geheimhaltungspolitik führt zum Verschweigen von Tatsachen, zur Verschleierung von möglichen Gefahren, bis hin zur offenen Lüge und damit zur Desorientierung der Menschen, zu Angst und Schrecken mit allen direkten und indirekten Folgen, wovon auch heute bereits die Rede war. Für die Menschen in der Ukraine und wer weiß, wo sonst noch, bedeutete das Tod, Verseuchung, ein langsames Dahinsiechen. Und die Zahl der tatsächlichen Opfer werden wir vermutlich nie erfahren.

Aber auch für die Menschen in Österreich, und auch hier in Wien, war und ist eine Bedrohung, eine Gefährdung gegeben. In einem geringen Maß, zugegeben, aber doch. Und wir wissen ja wirklich nichts Genaues. Wir wissen nicht was in den ersten Stunden, was in den ersten Tagen wirklich geschehen ist, als die Atomwolke sich nicht den Weisungen des Bundeskanzlers beugte und unserem Staatsgebiet nicht ferngeblieben ist. Und mich und viele andere beruhigt es keineswegs, wenn Bundesminister Kreuzer und andere im Fernsehen von der zu erwartenden Erhöhung der Krebsrate in den nächsten zwanzig Jahren, als von einem Fall für die Statistik gesprochen haben.

Meine Damen und Herren! Krebs ist keine Statistik. Krebs ist ein äußerst dramatisches und durchaus personales Ereignis.

Ich hätte mir als Bürgerin dieser Stadt erwartet, daß ich schon nach den ersten Meldungen aus Schweden, ganz egal, ob sich der Wind nun drehen würde oder nicht, klarestmögliche Informationen und genaue Anweisungen bekomme, was ich zu tun und was ich zu lassen habe. Ganz egal, ob die anzunehmende Bedrohung tatsächlich zur konkreten Gefahr wird. (Beifall bei der ÖVP.) Denn zum Unterschied von anderen Gefährdungen ist bei Radioaktivität, glaube ich, nicht zuzuwarten bis der gesamte Umfang des Unfalles bekannt wird, denn das ist möglicherweise zu spät.

Als Bürgerin dieser Stadt und nur als solche spreche ich hier, denn ich bin wirklich zu kurz in diesem

Haus, um wissen zu können, welche Vorarbeit auf welchem Gebiet in den vergangenen Jahren geleistet worden ist, als Bürgerin dieser Stadt glaubte ich mir erwarten zu dürfen, daß konkrete Pläne und Maßnahmenkataloge für einen atomaren Zwischenfall nicht nur in den Aktenschränken liegen, sondern wirklich durchgespielt sind. Schließlich wissen wir lange genug, daß in etwa 80 Kilometer Entfernung Kernkraftwerke in Betrieb sind und schließlich hat man ja hier lang genug mit Zwentendorf gespielt. Und da müßten, so denkt sich zumindest der Laie, doch wohl auch vorsorglich Pläne ausgearbeitet sein, bevor man an eine Inbetriebnahme denkt. Jetzt denkt ja Gott sei Dank offensichtlich keiner mehr daran. Ich muß gestehen, ich war überrascht, um nicht zu sagen bestürzt, über das, was da alles nicht vorhanden war. Was da alles nicht gewußt, nicht geplant und nicht vorgesorgt war, was da zu spät, zu ungenau und eher zur Verwirrung als zur Ruhe Anlaß gebend an Informationen weitergegeben wurde.

Aus der Argumentation während der Sondersitzung der Landesregierung wurde deutlich, daß die Angst vor der Panik größer gewesen ist, als die Sorge um eventuelle Folgeschäden der radioaktiven Belastung. Ich glaube, daß durch diese mehr als zurückhaltende Information - sie mag anderswo noch zurückhaltender gewesen sein - die Angst der Bevölkerung eher größer als kleiner geworden ist. Zeuge dafür sind mir die vielen, vor allem jungen Mütter, die in den letzten Tagen auf mich zugekommen sind, ängstlich, verwirrt, besorgt, nicht so sehr um sich selbst, als um ihre Kinder. Und ich muß sagen, ich fühle mich hier auch ganz persönlich betroffen, denn meine älteste Tochter erwartet in diesen Tagen ihr drittes Kind und auch sie ist besorgt. Und wer, meine Damen und Herren, könnte diese jungen Frauen nicht verstehen. Denn wie sollen sie verstehen, daß sie plötzlich ihre Kinder nicht mehr in die überstrapazierten Sandkisten lassen dürfen, sonst aber durch stauberfüllte Straßen zu gehen haben, und daß sie noch am 1. Mai lustig in den Wiesen herumtollen konnten, denn an diesem Tag war ja, um der politischen Wahlschlußveranstaltungen willen, die Welt offiziell noch beinahe in Ordnung. Aber dann, plötzlich am 2. Mai, Vorsicht mit der Milch, Tage später Vorsicht beim Genuß von frischen Eiern und die Gemüseverbote, wer sollte da nicht verunsichert werden, der Verantwortung trägt für Kinder.

Irgendwie ist trotz allem dies verständlich, weil wir eben alle zusammen die weltweite Bedrohung durch Kernenergie, diesen Sündenfall des zwanzigsten Jahrhunderts, wie Karl Friedrich von Weizsäcker formuliert, nicht ernst genug genommen haben. Es ist verständlich, weil das Wissen eben nicht gesichert ist, weil wir alle zuwenig wissen und weil das alles zu kompliziert ist und weil wir es zu weit weggeschoben haben. Verständlich ist es, aber ob es verantwortlich ist, bleibe dahingestellt.

Denn die Verantwortung für das, was jetzt geschehen ist und was künftig möglicherweise geschehen wird, reicht in die Vergangenheit und wenn heute gesagt wird, daß ein durchgreifender Schutzraumbau mindestens zwanzig Jahre erfordern würde, dann frage ich Sie, meine Damen und Herren, warum nicht vor zwanzig Jahren damit begonnen worden ist, die Atomenergie ist alt genug? Es wäre wichtig gewesen, bereits vorher die vorhandene Schutzraumkapazität zu nützen und zu erforschen und nicht erst jetzt damit zu beginnen.

Denn das Argument, das bisher gegolten hat, daß, wenn man nicht hundert Prozent der Bevölkerung schützen kann, man alle preisgibt, will ich für einen solchen oder einen größeren Fall, sicherlich nicht für den atomaren Holocaust, denn da ist ohnedies alles zu spät, aber für ein zweites Tschernobyl, für irgendein Ereignis dieser Art, nicht qualifizieren, das qualifiziert sich meines Erachtens selbst. Ich möchte dazu aus der schweizerischen "Weltwoche" vom 18. Jänner dieses Jahres, also lang vor Tschernobyl, einen Satz zitieren:

"Fielen morgen zwischen Rorschach und Genf tatsächlich Bomben", an andere Möglichkeiten denken unsere kernkraftfreudigen Nachbarn natürlich nicht, Zitat weiter "fielen also morgen Bomben, fänden 80 von 100 Schweizern einen unterirdischen Überlebensplatz. In Schweden könnten sich derzeit 72 Prozent der Bevölkerung einkellern. Hingegen wäre es nur jedem dreiunddreißigsten Deutschen möglich in die Vertikale zu flüchten. Beim alpenrepublikanischen Nachbarn", damit sind wir gemeint, "herrscht noch weitgehend Notstand. Weil man erst beim Bau der öffentlichen Hand und mit Ausnahme von einigen Gemeinden, zaghaft mit der Erstellung von Schutzräumen beginnt. Im privaten Bereich, Vorarlberg ausgenommen, gilt das Prinzip der Freiwilligkeit, was faktisch dem Nichtstun gleichkommt." Zitat



Ende.

Das müssen wir uns sagen lassen und müssen dazu auch noch zustimmend nicken. Aber das ist nur ein Bereich. In den anderen ist es nicht wesentlich besser, denn einen wirklich fundierten und durchgespielten Maßnahmenkatalog in Sachen Zivil- und Katastrophenschutz gibt es noch immer nicht. Als ich mich hier im Rathaus auf die Suche nach den immer wieder zitierten und als Zivilschutzkonzept bezeichneten acht Ordnern machte, erfuhr ich von den zuständigen Beamten, daß diese acht Ordner sich nicht im Rathaus, sondern bei der Wiener Feuerwehr befänden und offensichtlich Einsatzpläne für die Feuerwehr enthalten. Aber ich glaube mit der Feuerwehr allein, meine Damen und Herren, bei allen ihren Verdiensten und Möglichkeiten, können wir das Kapitel Zivil- und Katastrophenschutz nicht abdecken. Hingegen habe ich zwei Ordner gefunden, in denen der aufgrund des Katastrophenhilfegesetzes aus dem Jahre 1978 erstellte Katastrophenschutzplan ist. Eine vielleicht makabre Pikanterie am Rande, dieses, am 21. November 1978 erstellte Gesetz ist ausgerechnet am 1. Mai 1981 durch den damaligen Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann, Leopold Gratz, in Kraft gesetzt worden. Man fragt sich, ob das damals ein Geschenk an die Bevölkerung Wiens zum 1. Mai war, nach der Sturmkatastrophe dieses Jahres, während man am 1. Mai dieses Jahres die Menschen, die Kinder dieser Stadt, der radioaktiven Belastung ausgesetzt hat, aber das nur nebenbei.

In diesen beiden Ordnern findet sich eine Auflistung möglicher Katastrophenfälle, eine Übersicht über die geografischen und geologischen Gegebenheiten, eine Liste dauernd oder zeitweise zur Verfügung stehender Hilfskräfte und Einrichtungen. Die Beschreibung wie man sich die Zusammenarbeit im Einsatzfall vorstellt, die Geschäftsordnung des Krisenstabes und wie die Alarmierung der Teilnehmer funktionieren soll sowie die Auflistung der Kommunikationsmittel, wie Landes- und Staatsgrundnetz et cetera.

Auf meine Frage, was denn diese papierenen Aufstellungen bewirken sollen, wurden mir von den äußerst freundlichen Beamten die bisher erstellten Einsatzpläne gezeigt. In dünne Mäppchen geheftet. Sie seien, so wurde mir gesagt, allerdings nur als Handlungsanleitungen zu verstehen. Solches gibt es für den Fall eines abstürzenden technischen Himmelskörpers, für Erdbeben, Hochwasser, die Unterbringung von Obdachlosen und den sogenannten Schadstoffeinsatzplan. Den hätte ich gerne gehabt. Einfach um den beunruhigt Fragenden sagen zu können: Freunde sorgt euch nicht, wenn es einmal wirklich ernst wird, ist alles da. Nun, soweit sei es noch nicht, wurde mir gesagt. Da müsse man erst die neuen Erfahrungen einarbeiten, denn Einsatzpläne, so sagte man mir, seien etwas Lebendiges, müssen mitwachsen. Richtig. Dagegen ist nun nichts zu sagen, aber die Frage ist nur, wann diese und andere Einsatzpläne endlich dem Steckkissen entwachsen sein werden. In Ausarbeitung, also in einem vorgeburtlichen Stadium, befinden sich die Pläne für medizinische Katastrophen, für Straßenverkehrsunfälle, wobei die rollenden Bomben ja schon lange unterwegs sind, für die Notwasserversorgung und dann arbeitet man noch an einem Plan für den Einsturz von Bauwerken. In Planung, also noch vor der Zeugung sozusagen, sind dann noch Pläne für Nahrungsmittelversorgung, ein Evakuierungsplan für lokale Ereignisse und ein Brückeneinsturzplan, da muß man sich allerdings vielleicht fragen und sich daran erinnern, wann denn der späteste Anlaßfall für den Brückeneinsturzplan gewesen ist. Das ist eine Weile her.

Und dann war noch davon die Rede, daß jetzt eigentlich die große Hoffnung in den Bezirken läge, die eben dazu angehalten worden seien, die Vorarbeiten für bezirksspezifische Einsatzpläne durchzuführen. Die Arbeit sei allerdings, so sagte man mir, erst angelaufen und Rückmeldungen, geschweige denn Unterlagen, nicht vorhanden. Das ist wohl auch kaum möglich, denn der entsprechende Brief von Stadtrat Braun wurde ja erst am 3. März dieses Jahres geschrieben und die beigeschlossene grundsätzliche Arbeitsunterlage für die Erstellung von Katastrophenschutzplänen auf Bezirksebene, so heißt das, umfaßt einen zehnsseitigen Fragenkatalog. Fragen, die jedenfalls von den Bezirksstellen nur mit etlicher Mühe und erheblichem Zeitaufwand zu beantworten sind, wie mir gesagt wurde, während der Magistrat diese Daten in kürzester Zeit, ja sozusagen auf Knopfdruck, haben müßte.

In der sogenannten Checkliste sollen die Bezirke angeben, wie es um die öffentliche Feuerwehr, die Rettung, die technischen Hilfsdienste der Gas- und Elektrizitätsbetriebe, die Brunnen, die Großkü-



chen bestellt sei und ähnliches mehr. Ich glaube, das müßten doch die zuständigen Magistratsstellen eher wissen und zumindest schneller in ihren Unterlagen und aus den Computern abrufen können als Bezirksvertretungen. Wäre es nicht wirklich sinnvoller und vor allen Dingen zeitsparender gewesen, den Bezirken den Grundkataster der entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung zu stellen und die Bezirksstellen anzuweisen, regionale Ergänzung, etwa im Bereich der möglicherweise einzubeziehenden Handwerksbetriebe und anderer privater Einrichtungen durchzuführen. Man darf also gespannt sein, wie lange dieser neue Prozeß wieder dauert. Und das alles fünf Jahre nach Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes.

Aber mindestens ebenso wichtig wie eine solche Auflistung wären die Menschen, die nicht nur im Ernstfall, sondern immer zur Verfügung stehen, um das mit der Bevölkerung in den Bezirken, in den Grotzn, in den Wohnanlagen einzuüben, was dann notwendig sein wird. Denn nur regelmäßige Information, Aufklärung und Übung in kleinen überschaubaren Einheiten, in denen jeder jeden kennt, in denen jeder weiß, was er wann, wo und vor allem warum er es zu tun hat. Nur diese Einübung einer Art Notgemeinschaft garantiert in einem Krisenfall den maximalen Schutz der Menschen, die sich ja, und das ist völlig klar in welchem Fall auch immer, zuerst einmal werden selber helfen müssen.

Ich glaube eine erste Selbstschutzübung, wie sie für den 15. Juni im 10. Bezirk geplant ist, kann zwar ein Zeichen sein, aber nichts Wirkliches bewirken. Dazu braucht es Kontinuität und eine gewachsene Solidarität der Bürger. Erste Zellen gut ausgebildeter und nicht in Schnellsiedekursen verunsicherter Menschen für diese so wichtige Bildungsarbeit könnten dann unschwer gewonnen werden, wenn man sich die Devise "Zivildienst für Zivilschutz" zu eigen machte und entsprechende Vorschläge an die zuständigen Bundesstellen einbringen würde. Gäbe es im Zivilschutz ausgebildete junge Leute, weniger unter dem Slogan "soziale Verteidigung", sondern "soziale Überlebensstrategie im Katastrophenfall" oder ähnliches, die Formulierung ist nicht so wichtig, dann würden diese genauso weiterhin und jederzeit greifbar sein, wie die Wehrmänner. Dann könnte man langsam ein ganzes Netz solcher Überlebenszellen aufbauen und damit einer verängstigten und verunsicherten Bevölkerung das Gefühl geben, es geschieht etwas.

Ich könnte mir sogar vorstellen, daß man in eine solche Ausbildung auch die Mädchen einbeziehen könnte, da sich Frauen für solch kommunikative Aufbauarbeit sicherlich mindestens ebensogut, wenn nicht besser, eignen. Ich weiß nicht, ob Bemühungen in dieser Richtung nicht auch andere, mindestens ebenso brennende Probleme positiv beeinflussen könnten. Dezentralisierung, Delegierung von ersten Maßnahmen an die Bezirke. Ja, natürlich. Aber nicht nur Listen erstellen lassen, mit Informationen, die im wesentlichen in der Zentrale jederzeit abrufbar sein müßten.

Ich habe vorhin gesagt, daß ich das, was jetzt gelaufen ist und auch das, was eben nicht oder nur unzulänglich gelaufen ist, in Frage stellen möchte, aber hätte wirklich alles so vorzüglich und klaglos funktioniert, wie es Stadtrat Braun in seinem Brief vom 12. Mai und auch heute wieder behauptet hat, dann wäre es wohl nicht zu einer derartigen Verunsicherung der Bevölkerung gekommen. Aber, wie immer, das was war, kann ich verstehen, weil wir alle zu lax mit der ganzen Problematik umgegangen sind, weil wir alle dem alten Wiener Grundsatz: "Es wird schon nichts geschehen", gehuldigt haben. Aber damit, meine Damen und Herren, muß es vorbeisein. Wir müssen anfangen wirklich etwas zu tun und zwar gemeinsam. Die angebotene Zusammenarbeit ist in Ordnung, aber sie muß auf eine grundsätzlich neue Basis gestellt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Hahn: Als nächster Redner ist Abg. Ing. Riedler gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Riedler: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Eigentlich habe ich geglaubt, so etwa bis zur Halbzeit der Rede von Frau Stadtrat Bauer, daß ich darauf nicht replizieren müsse, weil sie sich in Darstellungen ausgedrückt hat, die eigentlich im wesentlichen auch von uns akzeptiert werden können. Nur dann, als sie auf den 1. Mai zu sprechen kam und meinte, da wären noch Maiaufmärsche durchgeführt worden mit den Kindern an der Hand, da habe ich mich daran erinnert, was am 3. Mai vor sich gegangen ist. Mitten in der Innenstadt ein Stadtfest auf engstem Raum mit viel Staub. (Abg. Hufnagl: Und Tausende von Flugblättern!)

Meine Damen und Herren! Wenn man Politik so von zwei Seiten betrachtet, wie das hier von Frau Stadtrat Bauer geschehen ist, dann hat sie wohl nicht die Berechtigung uns Vorwürfe zu machen bei der Umwelt- und Informationspolitik in dieser Situation der erhöhten Strahlenwerte, wie wir sie getan haben.

Meine Damen und Herren! Frau Stadtrat Bauer hat gesagt... (Abg. Ing. Worm: Das ist doch ein Unterschied! Da wußten es die Leute schon! Am 1. Mai sind die Informationen verschwiegen worden!) Also, Herr Ing. Worm, das ist wohl das Tollste, was ich je gehört habe. Eben weil man es am 3. Mai schon gewußt hat, deshalb ist das Stadtfest gemacht worden! Weil man es schon gewußt hat, deshalb ist es gemacht worden! (Zwischenruf des Abg. Ing. Worm.)

Meine Damen und Herren! Also ich glaube, das legt einmal mehr Zeugnis über die Ernsthaftigkeit ab, mit der manche Herren von der ÖVP hier die Debatte im Wiener Landtag oder Gemeinderat führen. (Abg. Ing. Worm: Herr Riedler, sind Sie vielleicht ernst zu nehmen?)

Meine Damen und Herren! Frau Stadtrat Bauer hat gemeint, es wäre sehr positiv, daß nun damit begonnen würde über den Schutzraumbau in Wien und in ganz Österreich nachzudenken, man aber damit vor 20 Jahren hätte beginnen sollen.

Wir schreiben das Jahr 1986. Im Jahr 1966, also vor zwei (Abg. Lustig: Vor zwanzig!) vor zwanzig Jahren. Entschuldigung, hat eine ÖVP-Alleinregierung die Macht in Österreich übernommen. Warum haben Dr. Klaus und seine Minister nicht mit dem Schutzraumbau begonnen? Warum nicht? Warum machen Sie uns heute Vorwürfe? (Abg. Ing. Worm: Sie haben 16 Jahre Zeit gehabt!) "Damals wäre es Zeit gewesen", sagt die Frau Stadtrat Bauer. Aber meine Damen und Herren! (Abg. Ing. Worm: So etwas Konservatives wie die SPÖ derzeit gibt es nicht mehr!)

Präsident Hahn (unterbrechend): Ich ersuche, die Zwischenrufe einzustellen und den Redner fortfahren zu lassen.

Abg. Ing. Riedler (fortsetzend): Herr Ing. Worm! Sie sollten einmal die Wiener ÖVP durchleuchten, Ihnen würde das Schauern kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Warum konnte die Regierung Klaus nicht daran denken, Schutzräume zu konzipieren und mit dem Bau zu beginnen? Sie war nämlich damit beschäftigt, Zwentendorf zu bauen! Na ist es nicht so, daß unter dieser Regierung beschlossen wurde, das Kernkraftwerk zu errichten? (Abg. Ing. Worm: Wer hat es gebaut? Wer hat immer nein gesagt? Die Wiener ÖVP, vom ersten Tag an!)

Herr Ing. Worm! Ich kann Ihnen nur empfehlen, lesen Sie die Geschichte der Wiener ÖVP. Hier an diesem Pult sind ÖVP-Abgeordnete und Gemeinderäte gestanden und haben der SPÖ-Fraktion schwerste Vorwürfe gemacht, weil sich die Stadt Wien nicht am Bau von Zwentendorf beteiligt hat. (Beifall bei der SPÖ.) Weil meine Fraktion damals gesagt hat, wir brauchen den Strom aus Zwentendorf nicht. Natürlich, als es dann zur Fertigstellung von Zwentendorf kam, da war die ÖVP plötzlich dagegen, weil sie gespürt hat, daß in der Bevölkerung eine gewisse Kritik vorhanden ist. Aus opportunistischen Gründen war sie gegen Zwentendorf!

Okay! Man kann dazulernen, aber so meinte - und das ist ja wahrlich eine Unterstellung - Herr Dr. Busek heute in einer Pressemitteilung gegenüber der Zeitung "Die Presse", daß Bundeskanzler Dr. Kreisky die Volksabstimmung nicht gemacht hätte, damit Zwentendorf verhindert wird, sondern damit Zwentendorf in Betrieb genommen wird.

Meine Damen und Herren! Ich schaue mir an, oder hätte mir gerne angesehen, was gechehen wäre, hätte es zu diesem Zeitpunkt, 1978, eine ÖVP-Alleinregierung gegeben. Zwentendorf wäre in Betrieb gegangen mit Gewalt und aller Macht! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage Ihnen auch ganz einfach warum. Bitte schauen Sie zu Ihrem Parteifreund Dr. Johann Strauß in Bayern (Abg. Ing. Svoboda: Franz Josef!), Franz Josef Strauß in Bayern, pardon. Schauen Sie dort hin, dort wird mit aller Macht Wackersdorf gebaut, mit aller Kraft, mit Einsatz militärischer Kräfte und Sicherheitskräfte. (Abg. Ing. Worm: Das stimmt doch gar nicht!) Dort wird Wackersdorf gebaut. Da gibt es keine Volksbefragung, meine Damen und Herren! Hier sehen Sie den wesentlichen Unterschied zwischen sozialdemokratischer und konservativer Politik, von der Sie, Herr Ing. Worm, so gerne sprechen und meinen, die SPÖ wäre eine konservative Partei. (Abg. Ing. Worm: Bei uns prügelt die Polizei

in Hainburg!) Herr Ing. Worm, es hilft Ihnen gar nichts, und wenn Sie noch so brüllen. Es hilft Ihnen nichts, Sie können das, daß Wackersdorf von einem konservativen Politiker, dem Sie sehr nahestehen, gebaut wird, nicht ableugnen.

Meine Damen und Herren! (Abg. Prochaska: Der arme Häupl hat so gescheit geredet! Sie verderben alles!) Schauen Sie, Sie können ja qualifizieren, an Ihnen liegt es und Ihre Mentalität ist es, diese Qualifikationen hinauszuschreiben. Ich halte mich vornehm zurück, aber Sie können annehmen, daß ich mir auch einiges über Sie denke.

Meine Damen und Herren! Es ist immer wieder der Vorwurf erhoben worden, alles ist zu spät gesagt worden, keine Meßdaten wurden veröffentlicht, es wurde zu spät gehandelt et cetera.

Meine Damen und Herren! Tatsache ist, daß am 30. April über die Rathaus-Korrespondenz Herr Stadtrat Braun eine Mitteilung über die Situation gemacht hat, daß es nach der Sondersitzung der Landesregierung am 2. Mai ebenfalls eine sehr ausführliche Darstellung in der Rathaus-Korrespondenz gegeben hat, in der eindeutig - und das habe ich gemeint, als ich in der Begründung von Verwirrungen durch die Oppositionspartei gesprochen habe -, klar und offen auf den Tisch gelegt wurde, wie die Situation ist.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Sie wollten es nur nicht zur Kenntnis nehmen, und Herr Abg. Häupl hat in seiner wirklich vornehmen Weise dieses Paket an Presseauschnitten und Presseaussendungen nicht geöffnet, ich habe ein gleiches Paket, ich werde dann ein bißchen hineinschauen. Ich fange vielleicht gleich mit Frau Dr. Hubinek an, die also gemeint hat, sie müsse von Minister Kreuzer verlangen, die Bevölkerung mit genauen, für Laien verständlich aufbereiteten Zahlen über die Radioaktivität in der Luft und auf dem Boden zu informieren, da Hinweise wie Obst gründlich waschen oder kein Regenwasser trinken, die Bevölkerung für dumm verkaufe.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute vom Herrn Dr. Häupl gehört und auch vom Herrn Stadtrat Braun, wie kompliziert die Meßverfahren sind, wie kompliziert Vergleiche sind, wie kompliziert die Umlegung auf eine mögliche Gefährdung ist. Und da verlangt Frau Dr. Hubinek einfache Darstellungen für die Bevölkerung, damit die Bevölkerung weiß, was sich hier abspielt? (Abg. Dkfm. Hotter: Verstehen Sie das nicht?)

Meine Damen und Herren! Das wäre in dieser Situation Verantwortungslosigkeit gewesen. Da hätte ja noch mehr Verwirrung herrschen müssen, weil es ganz einfach ein Wahnsinn wäre, jemanden, der nichts von Curie, Rem und anderen Einheiten versteht, damit zu konfrontieren. Niemand hätte das verstanden. Und da ist es meiner Meinung nach doch viel gescheiter und klüger gewesen zu sagen: "Bitte, es ist keine unmittelbare Gefahr, aber wenn Ihr Obst eßt, dann wascht es gründlich vorher und wenn Ihr Salat essen wollt, dann wascht den Salat." Das ist doch, glaube ich, die ehrlichere und bessere Information für die Bevölkerung, als wenn ich Meßdaten aufschreibe, die von niemandem verstanden werden.

Und nun, ich kann nicht umhin, zur Frau Stadtrat Bauer. Sie hat einen Tonbanddienst für Mütter mit Kindern eingerichtet und angekündigt - Überschrift des Wiener Pressedienstes der ÖVP: "Stoppt Spiel mit der Angst!" Ich frage daher: Wer hat in Wirklichkeit mit der Angst gespielt? Jene, die gesagt haben was ist und Verhaltensmaßregeln empfohlen haben, oder jene, die immer gesagt haben, man weiß ja nicht, ob es nicht mehr ist, es gibt keine genauen Meßdaten, man muß endlich aufklären, das ganze ist eine Katastrophe, es gibt keine Koordination und ähnliches mehr.

Frau Stadtrat Bauer kritisiert hier, daß zum Beispiel angeregt wurde, sich nach dem Besuch öffentlicher Bäder mit Trinkwasser zu waschen, gleichzeitig werden aber keine Maßnahmen gesetzt. Meine Damen und Herren! Die Empfehlung hat gelautet, möglichst nicht in einem öffentlichen Freibad zu baden, aber wenn man baden will, soll man sich nachher unter einer Trinkwasserdusche duschen, damit etwaige radioaktive Stäube von der Haut abgewaschen werden. Eine ganz natürliche und verständliche Empfehlung. Ich weiß nicht, was es daran auszusetzen gibt. "Aber dann kommt das Herumgerede", so sagt Frau Stadtrat Bauer, "das Herumgerede des Gesundheitsministers über die Gefährlichkeit der Milch. Und die Ungefährlichkeit des daraus fabrizierten Käses, sei ein klassisches Beispiel der Ahnungslosigkeit eines Politikers. Der Minister sollte sich lieber aufklären lassen, bevor er derartige Käsemeldun-

gen öffentlich bekanntgibt."

Meine Damen und Herren! Ich habe einige Fachleute, die davon etwas verstehen, gefragt, und alle haben mir bestätigt - natürlich, wenn Milch mit Jod 131 angereichert ist, über das zulässige Maß von 10 Nanocurie hinaus und... (Abg. Dr. Marilies Flemming: Bleiben Sie konsequent!) Entschuldigen Sie bitte, ich werde mich bemühen, keine Daten mehr zu nennen, aber das ist eine... (Zwischenruf von Abg. Dr. Marilies Flemming.) Aber ich glaube, wenn man in der Öffentlichkeit gesagt hätte: "Liebe Österreicher und Österreicherinnen trinkt keine Milch mit 10 Nanocurie", dann hätte sich jeder gefragt: Was ist das? (Abg. Dr. Marilies Flemming: Man muß ihnen das erklären!) Dann würden sie es auch nicht verstehen und würden es auch nicht messen können. Da muß dann eben von der Gemeinschaft, vom Staat, die Vorsorge getroffen werden, daß diese Milch nicht auf den Markt kommt. Aber es hat gar keinen Sinn zu sagen, das sind so und so viele Curie.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, darüber könnten wir noch lange streiten, die ÖVP hat sich darauf festgelegt, Meßdaten zu verlangen. Sie hat sie heute ja bereits bekommen und ich bin nur gespannt, was also dann das nächste sein wird, was sie verlangt. (Abg. Edlinger: Die ÖVP braucht das für die Diskussion mit Wallnöfer!)

Darf ich nur sagen: Ich habe mit vielen Fachleuten darüber gesprochen und gefragt: "Kann man kontaminierte Milch, das ist ein falscher Ausdruck, kann man Milch mit einem höheren Wert an Jod 131 zu Käse verarbeiten?" Alle haben gesagt: "Ja! Nach einigen Wochen ist die Strahlung weg, dann ist es ganz normaler Käse." Allerdings Frau Stadtrat Bauer hat Herrn Bundesminister Kreuzer empfohlen, er solle sich aufklären lassen. Liebe Frau Stadtrat, ich habe jetzt das Blatt gewendet, ich hoffe Sie haben sich durch mich und dem Wissen, das ich von Fachleuten habe, aufklären lassen, so wie Sie es dem Herrn Stadtrat, dem Herrn Minister empfohlen haben.

Meine Damen und Herren! (StR. Dolores Bauer: Was ist mit Cäsium und Strontium?) Erlauben Sie mir noch den etwas scherzhaft gemeinten Hinweis, daß die Österreichische Volkspartei einen Tonbanddienst für Mütter mit Kindern eingerichtet hat. So als ob es nicht die Stadtinformation ohnehin gäbe, an die sich viele, viele Menschen gewandt haben. (Abg. Glück: Die ist an einem Tag zusammengebrochen!) Es sind aber sofort zwei neue Leitungen dazugekommen und sofort konnte man sich wieder informieren. Hier konnte man sich sicher besser informieren als in der ÖVP-Zentrale, ich nehme an, das ist in der Falkestraße, denn hier im Rathaus sind wirklich zwei Strahlenexperten an den Telefonen gewesen und haben den Leuten Auskunft gegeben.

Aber was mich ein bißchen - und das meine ich jetzt mit dem scherzhaften Hinweis -, was mich ein bißchen frappiert, ist, ich bin Vater eines Kindes, noch nicht sehr lange, aber ich hätte nicht anrufen dürfen, weil es ja nur für Mütter mit Kindern gedacht war. (StR. Maria Hampel-Fuchs: Sie hätten die Stadtinformation angerufen!) Da haben Sie recht, Frau Stadtrat Hampel-Fuchs, ich hätte sowieso die Stadtinformation angerufen, weil ich mir immer sage: Geh zum Schmied und nicht zum Schmiedel. Also ich hätte sicher die Stadtinformation angerufen.

Aber meine Damen und Herren! Wenn in der gleichen Aussendung, in der also dieser Tonbanddienst für Mütter und Kinder angekündigt wird, davon die Rede ist, daß man aus Milch die einen höheren Strahlungswert hat, nicht Käse fabrizieren kann und das also noch als Ahnungslosigkeit eines Politikers hinstellt, da muß man sich fragen, welche Auskünfte wurden bei dieser Telefonnummer der Österreichischen Volkspartei tatsächlich gegeben. (StR. Maria Hampel-Fuchs: Lassen Sie Ihre Frau anrufen!) Meine Frau lasse ich da lieber nicht anrufen, die ist aggressiver als ich, bitte, wenn es um solche Fragen geht, sonst ist sie sehr lieb. Entschuldigen Sie bitte. (StR. Maria Hampel-Fuchs: Das ist ganz selbstverständlich!)

Meine Damen und Herren! (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich glaube, daß das Kapitel, das hier von der Österreichischen Volkspartei immer wieder angeschnitten wurde, daß es zuwenig Information, zu späte Information, widersprüchliche Information gegeben hätte wirklich nicht der Wahrheit entsprechen kann. Das ist von mehreren Rednern und auch schon in der Einleitung der Mitteilung des Herrn Stadtrates eindeutig festgestellt worden.

Nun vielleicht nur kurz zu der Frage, warum wurden also, obwohl der Presse- und Informationsdienst immer sehr rasch arbeitet, keine Inserate aufgeben? Ich glaube, daß alles, was in den ersten Stunden nach dem Erkennen erhöhter Strahlung gemacht worden wäre, obwohl keine unmittelbare Gefährdung bestanden hat, nur zu einer wirklichen Chaosbildung und Panikmache in der Bevölkerung geführt hätte, weil jeder sich gedacht hätte, daß jetzt wirklich etwas los sei, denn wenn jemand so schnell reagiert, dann muß ja etwas dahinter sein. (Abg. Ing. Worm: Es war ja etwas dahinter! Sie werden es nicht glauben!) Ja, Herr Ing. Worm, Sie wissen es schon wieder besser, als alle 20.000 Fachleute, die es in Wien zu dieser Frage gibt. (Zwischenruf des Abg. Ing. Worm.) Das weiß er schon wieder besser. Lassen wir ihm diese Freude, er soll es eben für sich besser wissen, er soll sich daran ergötzen.

Meine Damen und Herren! Es hat übrigens, das wurde vielleicht noch nicht gesagt, eine Reihe von Permanenztelefonen gegeben, die angerufen werden konnten, die sowohl Unternehmern und Ärzten als auch allgemein Interessierten Auskunft gegeben haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte, nachdem das Glockenzeichen ertönt (Abg. Ing. Worm: Alarmglocken!), damit schließen, daß ich sage, daß man sicher aus diesem Vorfall lernen muß, daß man sicher die vorhandenen Einsatzpläne verbessern kann, daß aber sicher nicht das zutrifft, was hier - und zwar glaube ich von Herrn Ing. Engelmayr doch aus einem gewissen Versuch heraus, mit der Politik Geschäfte zu machen - getan wurde, obwohl alles eigentlich glimpflich verlaufen ist. Nämlich die Bevölkerung im nachhinein in Panik zu versetzen (Beifall bei der SPÖ).

Präsident Hahn: Als nächster Redner ist Herr Abg. Dr. Neubert zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Neubert: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Versäumnisse des Bürgermeisters und des zuständigen Stadtrates im Bereich des Zivilschutzes bis zum heutigen Tag sind nicht wegzuleugnen. Sie sind typisch für beide, und die Aussagen der letzten Zeit strafen Sie Lüge, die letzten Presseaussagen beweisen dies.

Unser Mißtrauen gegen diese Art von Politik ist gerechtfertigt. Die ÖVP hat seit Jahren ihre Forderungen eingebracht. Aus den Ergebnissen der Zivilschutzenquete vom 30. Jänner 1985 und aus der Begründung unseres dringlichen Antrages geht eindeutig die Notwendigkeit vordringlicher Maßnahmen für den Zivilschutz der Bevölkerung hervor, die Sie bis zum heutigen Tag abgeleugnet haben. Daß es in manchen Bereichen Auffassungsunterschiede und eine Diskussion gibt, ist sicherlich ein positiver Aspekt der Demokratie. Das Negative an der Situation an sich ist, daß es trotz jahrelanger Diskussion und eindeutiger Expertenaussagen bis zum heutigen Tag im Land Wien keine zukunftsorientierten Maßnahmen gibt.

Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Das Beispiel was geschieht, wenn nahe unserer Grenze zum Beispiel in der Tschechoslowakei, ein ähnliches Unglück wie in Tschernobyl passiert, da wir häufig Ostwind haben, ist schon erwähnt worden. Die ahnungslose und sorglose Stadtverwaltung und Bundesregierung mußte sich jetzt notgedrungen mit der Problematik, bedingt durch Tschernobyl, auseinandersetzen. Keiner von uns will Panikmache. Aber was kann die Stadtverwaltung im Annahmefall einer stärkeren, durchaus möglichen Verstrahlung anbieten? Es gibt nichts, außer die verspätete Beilage der Zilk-Zeitung "Unser Wien" und einige Ratschläge des alten Schieder-Falters, ein Öfchen als Vorsorge.

Ein Teil der Problematik wurde von meinen Vorrednern schon aufgelistet, aber auf die zentrale Frage der Vorwarnung und möglicher, wirklich schutzbietender Räumlichkeiten wurde bis jetzt noch nicht konkret eingegangen und Sie blieben bis jetzt jegliche Antwort schuldig.

Ja, Sie haben sogar trotz langjähriger Aufforderung von uns und von der Presse den Zivilschutz ignoriert und nur mit leeren Worten bedacht. Das Medienecho auf die Zivilschutzenquete des Vorjahres zeigt dies mit Leitartikeln wie: "Im Ernstfall sind wir verloren", ganz drastisch auf. Für Wien gibt es kein kurz-, kein mittel- und auch kein langfristiges Zivilschutzprogramm. Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern, gibt es im größten Ballungsraum der Menschen in Österreich, dem Land Wien, nicht einmal ein effizientes Warnsystem, zu dem, so wie es in allen anderen Bundesländern schon unabhängig durchgeführt wurde, funkgesteuerte Sirenen gehören.

Ich verstehe schon, daß es natürlich keinerlei Anweisungen geben kann an die Bevölkerung, so

wie sie es im Ausland gibt, wo auf den letzten Seiten des Telefonbuches alles über Schutzmaßnahmen und Alarmpläne steht. Weil Sie und wir im Land Wien ja nichts an Alarmplänen und Schutzeinrichtungen anzubieten haben.

Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Das führt zur Panikstimmung, zur Unsicherheit, zu Hamsterkäufen und zum Mißtrauen in der Bevölkerung. Wie wollen Sie es vor der Bevölkerung noch vertreten, daß für den Zivilschutz im Budget jährlich nur eine lächerliche Summe von - es klingt fast wie ein Hohn - 200.000 Schilling vorgesehen ist, das sind in etwa 70 Groschen pro Person, der Preis einer Zigarette. Und nicht einmal diese 200.000 Schilling sind bis heute fast überhaupt noch nie in Anspruch genommen worden. Daß unter solchen Aspekten in der ausländischen Presse Artikel wie in der Weltwoche über den österreichischen Zivilschutz stehen, wörtlich: "Verkauft's mei Gwand, i foar in Himmel, prost!", ist nicht verwunderlich und ich glaube auch, für Sie, meine Damen und Herren, nicht schmeichelnd.

Verwunderlich ist, daß seitens des Landeshauptmannes und des Stadtrates Braun, der lange Zeit seine Zuständigkeit für dieses Ressort gar nicht wahrhaben wollte, noch immer kein Frühwarnsystem, etwa nach dem Schweizer Muster oder dem System irgend eines anderen Landes geschaffen wurde, und daß Braun bis heute noch immer, laut Kronen-Zeitung vom 10. Mai, gegen jeglichen Schutz ist und er dies alles mit fadenscheinigen Argumenten abtat. Zitat Stadtrat Braun: "Ich bin dagegen, für zehn Prozent der Bevölkerung einen Bunker zu bauen, weil für ein flächendeckendes Angebot würden wir 20 Jahre brauchen!" Hätten Sie doch schon vor 20 Jahren damit begonnen, kann ich Ihnen nur sagen! (Abg. Maria Kuhn: ÖVP-Regierung!)

Eines ist klar, für einen Bonzenbunker hat die Bevölkerung kein Verständnis. Sie hätte aber sehr wohl Verständnis dafür, wenn sie sich selbst ausreichend geschützt fühlte. Und dann wäre es auch selbstverständlich, daß ihre Regierung genau so geschützt ist. Uns ist außerdem unverständlich, warum Stadtrat Braun immer das häßliche Wort Bunker anstatt Schutzraum in den Mund genommen hat. Anstatt dessen sollten er lieber Antworten auf die Fragen wissen, wie etwa: Was geschieht bei einer Katastrophe in den nur schwach gesicherten tschechoslowakischen Kraftwerken wie Bohunice und Dukowany knapp an der österreichischen Grenze?

Wenn Sie sich nicht, oder irgendein Bürger, zufällig gerade in einem neuen Bundesgebäude mit einem Schutzraum aufhalten würde oder Sie vielleicht nicht gerade die herausgegebene Zeitschrift der "Schutzraumratgeber" zur Hand hätten, wären Sie chancenlos wie alle anderen Menschen, die Kinder, Ihre Eltern und Ihre Verwandten.

Mit Recht meint die Wiener Presse, daß die Ratschläge des bemühten Büchleins des Innenministeriums allerdings für die Wiener nichts als graue Theorie seien.

Der Leiter der Zivilschutzabteilung im Innenministerium sagt zu diesem Thema: "Nach dem Gesetz ist die generelle Pflicht aufgetragen, die Anlage von Schutzräumen durchzuführen." Alle Bundesländer, mit Ausnahme von Wien, sehr geehrte Damen und Herren, sind diesem Gesetz in weiten Bereichen schon nachgekommen. Wien ist hier das Schlußlicht, da hier noch sämtliche Durchführungsbestimmungen fehlen, siehe auch Bauordnung.

Noch kein Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, der Bundeshauptstadt war bereit, die Anlage von Schutzbauten in seine kommunalen Bauprogramme aufzunehmen. Dabei wäre der Weg zur Pflichterfüllung offen. Allein aus der Wohnbauförderung heraus stünde für den Schutzbau eine Milliarde Schilling zur Verfügung, das heißt, fünf Prozent Förderung der Neubausumme für Schutzbauten.

Auch im Rahmen der Stadterneuerung hat und hätte das Land Wien die Möglichkeit von Förderungen, wobei dem Land Wien noch die Möglichkeit spezieller Förderungen offen steht, nachzulesen im Wohnhaussanierungsgesetz.

Die Reihe der Versäumnisse der Stadt- und Landesverwaltung sind beliebig fortzuführen. Ministerialrat Dr. Dworak vom Zivilschutzverband sagt betreffend den U-Bahn-Bau, daß das Wiener U-Bahn-Netz nicht auch gleichzeitig als Schutzraumsystem für Notsituationen ausgebaut wurde, bereite ihm noch heute Kopfschmerzen.

Es gibt hier, und das wurde leider nicht gesagt oder scheinbar weiß man darüber nicht Bescheid - ich kann mir das gar nicht vorstellen -, doch, entgegen der Aussage von Stadtrat Braun, beispielgebende Länder und Städte. Ich darf hier zum Beispiel Stockholm anführen, das schon erwähnt wurde, und ich darf hier Städte wie London und auch sogar Moskau anführen, oder eine Stadt wie Rotterdam, die nach dem Krieg sofort ihr ganzes U-Bahn-System für den Zivilschutz hergerichtet und ausgebaut hat, strahlensicher und auch drucksicher. (Abg. Maria Kuhn: Was machen Sie bei der Hochbahn?)

Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Im gesamten Wiener Garagensystem ist keine einzige Garage als schutzraummäßig oder hauptschutzraummäßig adaptiert worden. Und auch die Nutzbarmachung von Einrichtungen aus der Zeit vor und während des Zweiten Weltkrieges ist bis jetzt nicht geschehen. Jeder der alten Flaktürme könnte bei entsprechender Adaptierung bis zu 10.000 Personen Schutz bieten. Erst heute ist es Stadtrat Braun eingefallen, alle kleinen Luftschutzanlagen zu prüfen und einen Plan zu erstellen, über alle in Privathand befindlichen Häuser, die Schutzräume aus dieser Zeit haben.

Es wäre zu prüfen, inwieweit sich schon die in Betrieb befindlichen U-Bahn-Anlagen entsprechend adaptieren ließen und wie bei den noch in Planung befindlichen U-Bahn-Anlagen Zivilschutzanlagen installierbar wären.

Das Land Wien könnten Vorbildwirkung haben für die Bevölkerung! Leider ist dem nicht so. Als einer der größten Hausherrn der Welt, mit 200.000 Gemeindewohnungen, könnte die Gemeinde ohne Probleme Sofortmaßnahmen setzen und so durch die Vorbildwirkung die Privatinitiative anregen. Stadtrat Brauns Haltung ist unverständlich, obwohl er doch die Maßnahmen anderer Länder kennt und sicher auch die Studie von Wolfgang Schwarz "Zivilschutz im Ausland" kennen muß. Er hat sich selbst Zivilschutzanlagen bei Ausschlußreisen in skandinavische Länder angeschaut. Hat dort gesehen, daß sie als Hobbyräume, Mehrzweckräume und Freizeiträume mehrfach und auch sinnvoll verwendet werden. Ihm muß bekannt sein, daß Länder wie Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark fast durchgehend bis zu 70 Prozent ihren Bürgern einen absoluten Grundschutz bieten und daß in der Schweiz 80 Prozent der Bevölkerung einen Schutzraum haben.

Österreich bietet für maximal sieben Prozent der Bevölkerung Schutzraumplätze, und nach unserer Information, liegt Wien noch weit darunter.

Aber wie bei der Adaptierung von U-Bahn-Anlagen, von U-Bahn-Bauten, zählen scheinbar internationale Beispiele nicht. Bei uns blockt Stadtrat Braun ab. Blecha gibt sich bemüht und alle Umweltminister sind traditionell in der Versenkung.

Es gibt Untersuchungen namhafter Wissenschaftler und Architekten, die nicht aufgegriffen werden. Ich verweise hier auf die Arbeit der Architektin Dietlinde Erschen, nach der die Kelleranlagen des gesamten ersten Wiener Gemeindebezirkes sofort und problemlos zu Schutzräumen umgestaltet werden und der gesamten Bevölkerung, inklusive der dort Arbeitenden, Schutz bieten könnten. Ich verweise auf verschiedenste Untersuchungen in den Bundesländern, die durchgeführt werden und wurden. Ich verweise auf verschiedenste Papiere, wie die des Architekten Dipl.-Ing. Hildebrand und Univ.-Prof. Sorantin, um einen namhaften Wissenschaftler zu zitieren.

Dr. Klaus Duftschmid vom Institut für Strahlenschutz, der an der Schutzraumerhebung mitarbeitet, sagt, daß die Hälfte aller Hauskeller gar nicht so schlecht als Schutzräume gegen Verstrahlung oder gegen den Fallout geeignet sind.

Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Nun zum meistgebrauchten Argument, den Kosten. Laut Experten und anderer namhafter Wissenschaftler betragen die Kosten; Zitat Duftschmid: "Pro Person kostet ein Schutzraumplatz, egal ob in einem öffentlichen oder privaten Gebäude inklusive Beleuchtung, Luftfilter-ABC's, wie Strahlenschutz, rund 10.000 Schilling." Jetzt wird die Haltung und die Verantwortung von Stadtrat Braun noch unverständlicher, noch unverantwortlicher. Laut einer Untersuchung der ARGE Fessel und IFES waren im Jahr 1981 drei Viertel der Befragten bereit bis zu 50 Schilling monatlich für die Realisierung eines Schutzbauprogrammes aufzubringen. Laut der neuesten IFES-Umfrage ist das tiefe Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber der öffentlichen Sorglosigkeit ausgedrückt und die ausdrückliche Bereitschaft und der Wille für den Strahlenschutzbau auch finanziell beizutragen doku-



mentiert.

Wir verlangen daher:

Erstens: Es ist ein genereller Frühwarn- und Alarmplan mittels unabhängiger, über Funk auslösbarer Warneinrichtungen, zum Beispiel Sirenen, zu errichten.

Zweitens: Ein Plan zur Schulung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu erstellen.

Drittens: Zur Ergänzung des Katastrophenschutz- und Zivilschutzplanes für Wien sind sämtliche, im Verfügungsbereich der öffentlichen und privaten Hand befindlichen Schutzräume und solche Räume, die als Schutzräume adaptierbar sind, dokumentarisch raschest zu erfassen, deren Lage, Qualität, Ausstattung, Fassungsraum, Mängel et cetera.

Viertens: Es ist ein kurzfristiges Konzept zur Sanierung dieser Räume auszuarbeiten, um sie als Zivilschutzräume für die Wiener Bevölkerung wieder benützbar zu machen.

Fünftens: Es ist ein Konzept zur Errichtung und zur Förderung der Errichtung von Schutzräumen im Zusammenhang mit Gebäuden und Bauprojekten der öffentlichen Hand und privater Gebäude auszuarbeiten.

Sechstens: Dem Wiener Landtag ist zumindest jährlich über die genannten Arbeiten ein ausführlicher Bericht vorzulegen.

Das Bedürfnis, sehr geehrte Damen und Herren, und der Wunsch der Bevölkerung nach Sicherheit ist in größtem Ausmaß vorhanden. Geleugnet, verdrängt und zerredet ist genug geworden. Herr Landeshauptmann Ziik und Herr Umweltstadtrat Braun, handeln Sie endlich im Interesse der Wiener Bevölkerung! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Hahn: Als nächste Rednerin ist Frau Abg. Dr. Marilies Flemming gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Marilies Flemming: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Die apokalyptischen Reiter haben sich über Österreich nur gezeigt, aber die Katastrophe von Tschernobyl war eine Warnung. Sie war eine Warnung für all jene, die in der Vergangenheit geglaubt haben, das Leben und die Gesundheit von Millionen Menschen gefährden zu dürfen. Wofür zu gefährden? Nicht vielleicht für eine Idee, einen Glauben oder eine Religion, sondern für die Produktion eines Teiles der von der Bevölkerung benötigten elektrischen Energie.

Tschernobyl war für mich eine Warnung für jene, deren Arroganz und Ignoranz, deren Überheblichkeit und Gemeingefährlichkeit viele von uns auch als solche erkannt haben. Trotzdem kommt bei uns kein Funke von Triumph auf, aber sehr wohl Mitleid mit denen, die gestorben sind, die noch sterben werden, die noch lange leiden werden, die in einigen Jahren an den Folgen der Bestrahlungen, die sie in den letzten Wochen erhalten haben, sterben werden. Mitleid auch mit denen, die in Angst davor werden leben müssen. Und ich möchte heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, jenen danke sagen, die es besser gewußt haben und die auch den Mut hatten es zu bekennen. Ich möchte heute dem Vizebürgermeister dieser Stadt, Dr. Erhard Busek, sehr, sehr herzlich für seine Politik in der Vergangenheit danken. (Beifall bei der ÖVP.) Er war dieser Stadt immer Vordenker und auch Vorreiter. Er hat immer so gehandelt, wie er gesprochen hat und er hat es nicht immer leicht gehabt verstanden zu werden.

Die Tragödie von Tschernobyl ist für mich kein politisches Ereignis, auch wenn viele schon jetzt herumlaufen und unterwegs sind, ein solches daraus zu machen. Die Vorstellung, daß es Menschen gibt, die aus dem Unglück und dem zu erwartenden Elend von, ja von wieviel Menschen eigentlich, politischen Nutzen ziehen wollen, ist unangenehm. Ob Opposition oder Regierung aber, sehr geehrter Herr Stadtrat, wir alle haben in der Sache selbst zu agieren, das aber mit aller Deutlichkeit und mit aller Offenheit.

Herr Stadtrat! Sie haben der Wiener Volkspartei auch über die Medien Angebote zur Zusammenarbeit gemacht. Wir nehmen sie alle ernst, auch jene, die Sie zuerst über die Medien gerichtet haben und ich bin überzeugt davon, ja ich glaube, daß wir gar keine andere Chance haben, als daß wir heute einen gemeinsamen Weg für unsere gemeinsame Zukunft in unserer gemeinsamen Stadt werden finden müssen.

Zur Zeit, meine Damen und Herren, und wir sollten das in aller Offenheit hier auch sagen, sind wir



ja alle im Ernstfall einer möglichen Katastrophe schutzlos ausgeliefert. Auf Bundesebene funktionierte weder das Krisenmanagement noch die Krisenvorsorge. Der ehemalige Gesundheitsminister Steyrer hat für den Katastrophenfall keinerlei Maßnahmenkatalog ausgearbeitet. Auch Minister Kreuzer hat für den kritischen Zeitraum der ersten Tage verlässliche Informationen über Strahlenwerte und Strahlengefährdung vermissen lassen. Jede Landesregierung ist in Österreich mit anderen Meßwerten konfrontiert. Jede Koordination von Sofortmaßnahmen, welche von seiten der Bundesländer sehr wohl angestrebt wurde, scheiterte in den kritischen Tagen an den Krisenmanagementschwächen im Ministerium.

Herr Landeshauptmann Haslauer hat mir persönlich erzählt, wie er einen Tag lang versucht hat, den Herrn Gesundheitsminister zu erreichen. Es war einfach unmöglich auch nur telefonisch zu ihm vorzudringen. (Zwischenruf des Abg. Ing. Riedler.) Die Telefone waren einfach blockiert, es war nicht einmal möglich mit dem Herrn Minister zu sprechen.

Es ist für mich auch keine politische Frage, sondern ausschließlich eine Frage der Sicherheit meiner Familie, meiner Mitbürger, meiner Heimat, wenn ich nach der Effizienz unseres Umweltamtes frage. Ich höre hier von mangelnder Zusammenarbeit mit anderen Institutionen. Es fehlt an einer zentralen EDV-Anlage, und Sie kennen ja sicher die Dotierung des Umweltamtes, es wird auch nicht so bald eine EDV-Anlage geben.

Handelsminister Steger hat es bis heute nicht einmal der Mühe wert gefunden, Befürchtungen der Bevölkerung über Versorgungsengpässe zu zerstreuen. Innenminister Blecha schweigt ganz einfach über den zivilen Schutz der Bevölkerung, der Landwirtschaftsminister ist in der Versenkung verschwunden und der Umwelt- und Gesundheitsminister Kreuzer tut sich halt nun einmal schwer, da er weder auf einen Alarmplan noch auf einen Krisenplan zurückgreifen kann.

Die diversen Meßdaten, die in den vergangenen Tagen der Bevölkerung über die Radioaktivität der letzten zwei Wochen mitgeteilt wurden, waren, und da gebe ich Ihnen recht, verwirrend und unklar. Aber ich frage mich, sehr geehrter Herr Stadtrat, und ich bitte Sie hier um Auskunft: Hat man es wirklich bewußt vermieden Bezugsgrößen herzustellen, die Aufschluß über Umfang und Gefährlichkeit der Strahlungen gegeben hätten? Ich habe heute schon in der Fragestunde den Herrn Landeshauptmann gebeten, uns ganz klar das Ansteigen und auch wieder Abschwächen der radioaktiven Bestrahlung doch zu sagen, damit die Bevölkerung weiß, an welchen Tagen man einer gewissen Belastung ausgesetzt war. Er hat gemeint, Sie würden das tun. Sie haben es nicht getan. Ich bitte Sie noch einmal sehr herzlich, tun Sie es.

Sie haben die Einheit Rem verwendet und es ist richtig, daß damit auch in den letzten Tagen sehr viel gearbeitet wurde. Ich glaube, die Bezugs- oder Meßeinheit Rem ist auch für die Bevölkerung verständlich.

Tausend Rem, sehr geehrter Herr Stadtrat, und das werden Sie wissen, ist die absolut tödliche Einmaldosis, wie sie mit Sicherheit in der Nähe eines durchgegangenen Reaktors auftritt. Und jetzt muß man ein Bezugssystem herstellen, man muß es der Bevölkerung einfach klarmachen, wie denn nun die einzelnen Werte zu verstehen sind. Die normale radioaktive Belastung liegt bei 80 bis 100 Millirem pro Person und pro Jahr, so hat man mich informiert. Die maximale Belastung von Arbeitern in Kernkraftwerken beträgt hingegen ohne Gesundheitsschäden 100 Millirem pro Woche. Mit 100 Millirem wird ein Patient, so sagte man mir, bei einer Thoraxröntgenuntersuchung belastet. Noch einmal meine Bitte, an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, sagen Sie uns in Rem, wir verstehen das jetzt schon ein bißchen, sagen Sie uns bitte, wie sich in Wien die Strahlenbelastung in den letzten zwei Wochen entwickelt hat. Denn erst wenn ich ein Bezugssystem aufgebaut habe, kann ich für den Laien eine verständliche Information geben und ich glaube, die Bevölkerung hat ganz einfach ein Recht auf Information.

Daß sich unter der Bevölkerung hartnäckig das Gerücht hält, man hätte das wahre Ausmaß der radioaktiven Strahlung bewußt verschwiegen, nur deswegen, weil man sich gesagt hat, wir können ja sowieso nicht helfen und Panik unter der Bevölkerung befürchtet hat, das glaube ich, ist aufgrund des Agierens der Verantwortlichen in den letzten Wochen verständlich. Ich kann mir nämlich sehr gut vorstellen, daß in der Schweiz zum Beispiel, auch bei entsprechender Information keinerlei Panik entstehen würde, denn 80 Prozent der Bevölkerung der Schweiz wissen eben wo sie ihren Schutz finden, wo ihr

Schutzraum ist und wie man sich im Ernstfall verhält. (Abg. Ing. Riedler: Und die anderen?)

Meine Schwester lebt in Zürich, sie hat mir gezeigt, wo sich ihr Schutzraum befindet, das ist im Rieter Park, das ist eine ganz riesige Anlage und dort kommt eine große Zahl der Züricher Bevölkerung unter.

Ich kann nur hoffen, daß es tatsächlich nur Verwirrung, Kopflosigkeit und Hilflosigkeit war und nicht bewußtes Kalkül. Denn das Verschweigen einer so schwerwiegenden und gefährlichen Situation ist in einer Demokratie einfach nicht zulässig. Immerhin haben Grüppierungen in München ernsthaft überlegt, von der Stadt die Evakuierung aller Kleinkinder mit Autobussen nach Portugal zu verlangen. Solche Ansinnen, sehr geehrter Herr Stadtrat, erspart man sich natürlich bei einem kalkulierten Vorgehen.

Auf die Frage, ob es auch in Zukunft für Kinder im Hause ungefährlicher sei, als draußen im Freien, antwortete letzten Donnerstag der Vorsitzende der Strahlenschutzkommission in der Bundesrepublik: "Wir leben nun einmal in diesem Strahlenfeld, es ist unmöglich Nischen zu finden, in denen man dem entgehen kann."

Bei uns in Österreich klingt es anders, da rät der zuständige Minister, Kleinkinder, schwangere Frauen und stillende Mütter mögen zu intensiven Bodenkontakt vermeiden und auch das sei natürlich nur eine Vorsichtsmaßnahme.

Was soll man also jetzt glauben? Ich glaube die Frauen und schwangeren Mütter und die stillenden Mütter haben schon sehr lange das Vertrauen verloren, zu den Technikern, den Chemikern, den Physikern und auch zu den Ministern.

Ernst Trost schrieb sehr schön am vergangenen Sonntag über Mütter 86: "Wie verbittert müssen die Mütter sein, wenn sie begreifen, welchen Gefahren der Staat ihre Kinder ausgesetzt hat. Nein, bei uns in Österreich ist es nicht so schlimm. Wir können ruhig Muttertag feiern. Man braucht ja nicht in einer Wiese Picknick zu halten, oder den Hund zu streicheln, oder mit den Kindern Ball zu spielen, oder Eier von glücklichen Hühnern zu essen, oder frische Milch zu trinken. Es ist ja alles halb so schlimm, sagen die Experten. Nur die Mütter, sie glauben ihnen nicht."

Für mich beginnt damit die Hoffnung, daß die Mütter, die Frauen und die Männer, die vorausschauen können, gemeinsam nicht mehr glauben, denen nämlich, die meinen, Millionen von Menschen einer, und sei es auch eine noch so theoretische Gefahr, um materieller Werte willen aussetzen zu dürfen.

Hysterie und Panikmache hat es ja heute schon geheißt, wird es jetzt auch sicherlich wieder von irgendeiner Seite heißen, wenn man schonungslos die katastrophale Situation unserer Katastrophenvorsorge bloßlegt. Aber sehen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten uns auch vor diesen Menschen nicht mehr fürchten, denn für diese Art von Furcht ist es schon zu spät. Wir haben nur noch Zeit, Herr Stadtrat, für die gemeinsame Sorge ums Überleben.

Was geschieht denn, wenn wir das morgen vielleicht schon in Wien ausprobieren sollen. Was geschieht denn, wenn morgen oder übermorgen schon die Warn- oder Alarmsignale ertönen. Werden sie überhaupt in Wien ertönen, im Fall einer Katastrophe? Und wer von der Bevölkerung weiß denn überhaupt, was die einzelnen Warnsignale bedeuten? Wer von den hier Anwesenden, weiß doch zum Beispiel, daß ein gleichbleibender Dauerton in der Länge von drei Minuten Warnung und ein auf- und abschwellender Heulton von mindestens einer Minute Dauer Alarm bedeutet?

Erfolgt Alarm ist die Notwendigkeit des Aufsuchens schutzbietender Räumlichkeit gegeben, heißt es in einem Informationsfalter des Österreichischen Zivilschutzverbandes. Traum und Wirklichkeit scheint auch hier ein österreichisches Schicksal zu sein. Denn die Wirklichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, lautet: Nur fünf bis sieben Prozent der Bevölkerung finden in Schutzräumen Platz. Ein Konzept für eine ausreichende Sanitätsversorgung ist in weiter Ferne. Ärzte beklagen die mangelnde Aufklärung der Bevölkerung durch die Behörden. Das seit 1. April 1984 geltende Arzneimittelgesetz enthält keine Regelung bezüglich einer Arzneimittelbevorratung. Dringend notwendig wäre die Erstellung von indikationsabhängigen Arzneimittellisten, ergänzt um Listen von Verbandsstoffen, medizinischen Hilfsgeräten und Operationsbedarf. Und auch bei der Ernährungssicherstellung unter Krisenverhältnissen ist Österreich, natürlich auch immer wieder im Vergleich zur Schweiz, einfach ein Entwicklungsland.

Wir haben keine dislozierte Lagerhaltung bei den Grundnahrungsmitteln, kein Krisenlager für auslandsabhängige Nahrungsmittel und leider in Österreich auch keine Haushaltsbevorratung für die Überbrückung des Zeitraumes bis zum Anlaufen öffentlicher Maßnahmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist uns allen bekannt, daß drei Atomkraftwerke eines gleichen oder ähnlichen Reaktortyps wie in Tschernobyl, in der CSSR in der Nähe der österreichischen Grenze stehen. Ein ähnlicher Unfall, hätte für Österreich, für die Millionenstadt Wien unabsehbare Folgen. Es gibt nun einen bilateralen Vertrag mit der CSSR, der diese sehr wohl verpflichtet, alles zu tun, um eine aus den Atomkraftwerken resultierende Gefährdung von Österreich fernzuhalten. Spätestens seit Tschernobyl wissen wir, daß wir vor Gefährdungen nicht geschützt sind. Und seit Tschernobyl haben wir auch allen Grund, Beschwichtigungen einfach zu mißtrauen. Die Verantwortlichen dieser Stadt sind also aufgerufen, Kontakt mit den zuständigen tschechischen Stellen aufzunehmen. Der Herr Landeshauptmann hat uns seine ersten Bemühungen heute dargelegt, aber wir dürfen auch sehr herzlich darum bitten, daß er die Ergebnisse dieser Gespräche laufend veröffentlicht.

Eile ist geboten, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn es gibt keine Garantie dafür, daß es nicht morgen schon zu spät ist. Der radioaktive Tod kennt keine Grenzen, wir sind noch einmal davon gekommen. Sind wir wirklich davongekommen? Jedenfalls sollten wir unser Schicksal kein zweites Mal herausfordern. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Hahn: Als nächster Redner ist Abg. Outolny gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Outolny: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Landtages! Ich bin deswegen mit zwei Mappen herausgegangen, weil ich mir für heute keine Rede vorbereitet habe, sondern ich habe nur diese beiden Mappen mitgenommen, wo ich mir erlaubt habe, seit Anbeginn der Ereignisse alles zu sammeln, was in diesem Zusammenhang an Maßnahmen, an Informationen bekannt geworden ist, was die Medien darüber berichtet haben und diese zwei Mappen habe ich hier jetzt liegen gehabt und ich habe mir nur aus diesen Mappen ein paar Dinge herausgesucht und mir ein paar Notizen aus der Diskussion gemacht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt ein altes Sprichwort: "Kein Schaden, wo nicht auch ein Nutzen", und so haben auch die Opfer von Tschernobyl einen Nutzen, denn damit ist ein für alle Male die Legende, die uns von Experten und Wissenschaftern immer sehr eindringlich vorgetragen wurde, widerlegt worden, daß nämlich so ein Fall, der an den Grenzen der Wahrscheinlichkeit ist, niemals eintreten wird. Three Miles Island ist ja verniedlicht worden, aber seit Tschernobyl wissen wir, daß es einen solchen Fall tatsächlich gibt, daß er Wirklichkeit geworden ist und dabei eigentlich noch nicht das größte Ausmaß des Möglichen erreicht hat. Aber wir sollten dabei nicht vergessen, daß es neben der sogenannten friedlichen oder zivilen Nutzung der Kernenergie auch zirka 40.000 Atomsprengköpfe in unserem Einzugsbereich gibt, die eine zumindest ebenso, wenn nicht noch größere Gefahr darstellen.

Schaden, wo nicht auch ein Nutzen, ein Nutzen im Hinblick auf Umdenkprozesse, Mobilisierungseffekte, im Hinblick auf weitere technische Entwicklungen im Bereich der Kernenergie und Kernnutzung, egal ob im zivilen oder militärischen Bereich.

Es wäre sicher zuviel verlangt gewesen, wenn wir heute zu einer sachlichen Diskussion zusammengekommen wären, das wäre sicher eine Überforderung der Opposition gewesen. Ich habe Verständnis dafür, daß man hier versucht, die für die Regierung Verantwortlichen festzunageln und anzugreifen. Trotzdem erscheint mir das Thema viel zu ernst zu sein, um es nur mit billiger Polemik abzuwerten, so wie es leider Gottes von einigen meiner Vorredner und Vorrednerinnen geschehen ist. Denn, wie gesagt, aufgrund meiner sehr genauen Beobachtung der Ereignisse und Geschehnisse, kann ich mit voller Überzeugung hier heraustreten und sagen, daß für Wien und für Österreich rasch reagiert wurde, Maßnahmen gesetzt wurden, die sich, glaube ich, als richtig, als besser und effizienter erwiesen haben, als in anderen Ländern. Das ist hier durch den chronologischen Ablauf der Dinge sehr wohl, für mich zumindest, dokumentarisch festgehalten.

Ich möchte zu ein paar Diskussionbeiträgen einige Bemerkungen machen. Und zwar möchte ich davor warnen, jetzt wieder, so wie es leider in der Vergangenheit ja auf anderen Gebieten immer wieder

passiert ist, den Menschen alles zu versprechen. Wir versprechen ihnen das Häuschen im Grünen, die große Eigentumsbildung und was weiß ich noch. Und so sind wir jetzt schon wieder dabei, und ich habe das ja jetzt aus den Forderungen der Opposition gehört, jedem Österreicher seinen Atombunker zu versprechen. Genossen, ich sage das zu meinen eigenen Kollegen, aber insbesondere ist es ein Appell an die Opposition, hüten wir uns davor, bleiben wir auch bei diesen Dingen realistisch. Man kann den Schutzraum am Land beim Einfamilienhausbau fördern und betreiben, da ist es kein Problem. Aber in einer Millionengroßstadt schaut die Geschichte ganz anders aus. Man kann ein Dorf evakuieren, man kann eine Kleinstadt evakuieren, aber eine Millionenstadt zu evakuieren, glaube ich, scheint doch ein bißchen illusionär zu sein. (Abg. Dr. Neubert: Das hat ja kein Mensch gesagt!) Ich möchte das nur vorausschicken, weil hier angeklungen ist, was man alles tun könnte, müßte und sollte. (Abg. Dr. Neubert: "Sollte" auch!)

Ich glaube, wir sollten uns bewußt sein, daß dieses Thema wirklich zu ernst ist, und wir sollten versuchen, ein bißchen realistischer zu bleiben und den Menschen nicht etwas vormachen, was wir nicht erfüllen können.

Auch ich gehöre zu der Generation, die den Zweiten Weltkrieg, leider Gottes, schon sehr bewußt miterlebt hat, denn damals hat man das auch schon in sehr frühen und jungen Jahren mitbekommen, was geschehen ist. Und alle, die das erlebt und überlebt haben, die wissen genau, wie unzulänglich alle Schutzmaßnahmen waren, auch zur damaligen Zeit als es noch nicht die nukleare Bedrohung gegeben hat, und das trotz eines streng disziplinierten totalen nationalsozialistischen Kriegsstaates.

Das unterscheidet sich auch sehr wesentlich von einem demokratischen Gemeinwesen, das vor hat in Frieden zu leben, und wir haben es jetzt mit ganz anderen Herausforderungen und katastrophalen Bedrohungen zu tun, als es im Zweiten Weltkrieg der Fall gewesen ist. Ich möchte hier nur versuchen, Sie ein bißchen auf den Boden der realen Gegebenheiten zurückführen. (Abg. Hahn: Was ist beim Zivilschutzverband wirklich geschehen seit 20 Jahren?) Ich habe die Rede des Bundespräsidenten vor zwei Tagen sehr wohl vernommen, als er einen Appell an die Medien gerichtet hat. Denn wenn ich hier gesagt habe, daß hier sehr viel geschehen ist und sehr gute und richtige Maßnahmen gelaufen sind, dann ist es immer noch eine Frage, wie sie wiedergegeben werden. (Abg. Ing. Svoboda: Richtig!) Denn mir ist es völlig klar, daß die große Mehrzahl der Bevölkerung, die sich nicht so intensiv mit den Dingen befaßt, sich auf die Schlagzeilen der Medien verläßt. Denn dort wird man tagtäglich, unter Umständen sogar mit zwei verschiedenen Schlagzeilen pro Tag, je nachdem ob es die Abendausgabe oder die Morgenausgabe ist, mit Horrormeldungen konfrontiert, mit komplizierten Ziffern, Meßdaten und wer kennt schon den Unterschied zwischen Millirem und Mikrocurie und was es hier alles an Meßeinheiten und Meßdaten gibt. Deswegen ist das so schwierig den Menschen klarzumachen. Und da habe ich wirklich mit Erschütterung festgestellt, daß auch heute in der Debatte von doch, glaube ich, in sehr wichtigen Positionen befindlichen Mandataren der Opposition, hier Aussprüche gefallen sind, die mich erschüttert haben, denn wenn es zu einem Ausspruch wie: "Wer garantiert den Österreichern, daß nicht auch bei uns politischer Einfluß die Information bestimmt und daß hier Dinge verheimlicht werden" kommt, dann muß ich sagen, bin ich wirklich über solche Erklärungen gerade hier erschüttert, da ich glaube, daß wir zumindest so offen und ehrlich zueinander sein müßten, um hier vorzusorgen, wenn es schon von anderen mißbraucht wird, daß wir es uns nicht gegenseitig in die Schuhe schieben, denn darunter leidet nicht zuletzt auch die Demokratie.

Ich habe sehr wohl vernommen, und hier möchte ich auch unterscheiden, daß es auch seriösere Medien gibt, und ich habe sehr wohl den Leitartikel von Herrn Chorherr in der "Presse" vom 2. Mai gelesen, der schon am 2. Mai sehr interessante Feststellungen getroffen hat. Er hat geschrieben: "Es ist auch den Österreichern reichlich Stoff zum Nachdenken geboten worden. Mit Befriedigung konnte man feststellen, daß die Meß- und Warnnetze, die über unser Land gezogen sind, zu funktionieren scheinen, daß die Behörden den richtigen Mittelweg zwischen Bagatellisierung und Panikmache gefunden haben und den Begriff des Zivilschutzes im öffentlichen Bewußtsein deutlich verankert haben. Auch das ist eine Folge des Reaktorunglückes, und nachdenken werden wir auch darüber müssen." Das scheint mir ja

doch ein Beispiel zu sein, wie man sehr wohl korrekt auch über diese Dinge berichten und wie man sie behandeln kann.

Ich bin wirklich erschüttert, daß man hier so alles darstellt, als ob es überhaupt keine Vorsorge gäbe. Denn da gibt es tatsächlich seit 1978 das Wiener Katastrophenhilfegesetz. Da gibt es sehr wohl einen Katastrophenschutzplan. Da gibt es das beste, für ganz Europa beispielgebende Meßnetz für Strahlenkontrollen in Österreich, das vorbildlich und beispielgebend funktioniert hat, und eigentlich die Voraussetzung war, daß alle anderen Maßnahmen vorsorglich und richtig getroffen werden konnten. Nur hier wird getan, als ob es das alles nicht gäbe. Bitte schön, man muß doch voraussetzen können, daß, wenn man sich als Mandatar wählen läßt und über die Dinge spricht, man sich auch entsprechend korrekt vorher über die Dinge informiert, wie sie wirklich sind. Und ich glaube, wir müßten uns auch darüber einig sein, alles zu tun, um den Profithyänen, die mit der Angst ihre Geschäfte anbahnen, einen Riegel vorzuschieben. Und zwar in allen Bereichen, auch dort, wo Produkte angeboten werden, die dem überhaupt nicht entsprechen was sie versprechen, dort, wo Medien unsachlich und unkorrekt berichten und dort, wo wir auch Politik im eigenen Haus zu betreiben haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin sehr froh, daß der Herr Bürgermeister in den letzten Tagen auf einige sehr wichtige Dinge aufmerksam gemacht hat, und unter anderem auch eine Aktion für die Wiener Jugend vorgeschlagen hat, um dort ein Problembewußtsein zu schaffen und vor allem, um bei der Jugend bei der entsprechenden Information anzusetzen. Ich bin aber auch im Zusammenhang mit dem Bundespräsidentenwahlkampf sehr froh, daß auch Maßnahmen politischer Natur eingeleitet worden sind, die über die Grenzen unseres Landes hinausgehen, denn ich glaube, uns ist allen bewußt geworden, daß es für diese Katastrophenfälle keine Grenzen gibt und daß es daher völlig unzureichend ist, im eigenen Land alles bis ins kleinste Detail vorzusorgen, wenn wir mit grenzüberschreitenden Dingen konfrontiert werden. Ich glaube daher, daß es doch eine Zielsetzung, wie wir sie uns vornehmen, sein müßte: Vorbeugen ist besser als heilen! Daß es auch darum geht, die Ursachen zu stoppen, zu verhindern oder sogar zu beseitigen. Das ist sicher effizienter als sich vor Auswirkungen und Katastrophen, die eingetreten sind, nur unzureichend schützen zu können, da wir uns bewußt sind, daß die Langzeitwirkungen gerade in diesem Bereich nicht abschätzbar sind. Ich glaube daher, und das soll uns sehr wichtig sein, daß wir die Maßnahmen über unsere Grenzen hinaus richten sollten, daß wir alles tun sollten, um zu wirksamen internationalen Vereinbarungen zu kommen. Wir haben uns schon im Oktober 1985 mit der Stadt Salzburg solidarisch erklärt und einen Aufruf hier im Gemeinderat einstimmig gegen die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf in Bayern beschlossen. Ich glaube, wir sollten die Ursachen bekämpfen, das sollten wir bei der Diskussion über Strahlenbunkerbau und Vorsorge, die sicher notwendig ist, weil es ja auch andere Katastrophenereignisse im Leben geben kann, nicht vergessen. Ich glaube, gerade wir als neutraler Staat und als internationale Stadt haben eine ganz besondere Aufgabe, nämlich alles zu tun, so wie es Dr. Steyrer gesagt hat: "Wenn es uns nicht gelingt, den Frieden zu erhalten, dann wird alles andere sinnlos."

Wir müssen alles tun, um einen Tag danach, jenen Tag an dem die Überlebenden die Toten beneiden, zu verhindern!

Wir werden uns jetzt schön langsam darüber bewußt, daß die Atomversuche der fünfziger und sechziger Jahre, die ja bis heute nicht zu Ende sind, auch ihre Auswirkungen auf uns gehabt haben. Damals haben wir es nicht gewußt, vielleicht hat es der eine oder der andere geahnt. Heute diese Dinge als lokales Politikum herauszustellen, das soll uns doch nicht vergessen lassen, was wir eigentlich schon alles erlebt und welche Belastungen wir schon auf uns genommen haben. Es ist daher notwendig und naheliegend ein zweites Tschernobyl zu verhindern. Damit es dazu nicht kommt, um eben den Tag danach zu verhindern, sollten wir alles tun, um den Frieden in der Welt zu sichern und vorsorgen, daß es nach Möglichkeit zu solchen Katastrophenfällen in Zukunft nicht mehr kommt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Als nächster Redner ist Herr Abg. Jedletzberger gemeldet. Ich bitte ihn um seine Ausführungen.

Abg. Jedletzberger: Sehr geehrte Frau Landtagspräsident! Hoher Landtag! Sehr verehrte Damen

und Herren! Die Gemüsebauern und Gärtner waren sehr verzagt durch die Verseuchung von Gemüse und die Gemüsebauern und Gärtner sind nicht nur, wie die übrige Bevölkerung, in ihrer Gesundheit bedroht, sondern sie sind in vielfacher Zahl auch in ihrer Existenz bedroht. Sie sind verzagt, weil sie nicht wissen, wie es weitergehen soll. Niemand kann einen richtigen Ratschlag geben und niemand weiß bis heute, wie es überhaupt weitergehen wird mit der Produktion von Frischgemüse.

Die Katastrophe von Tschernobyl hat uns als Produzenten sehr hart getroffen. Sie ist noch dadurch verhärtet worden, daß wir in der ersten Zeit keinerlei Informationen vom Gesundheitsministerium bekommen konnten, wir haben es nicht einmal zustande gebracht, eine telefonische Verbindung herzustellen, da alles überlastet war. Es war ganz furchtbar und wenn wir dann einmal einen Kontakt gehabt haben, dann konnte man uns nicht sagen, wie man weitermachen soll. Zur Verwirrung haben noch die widersprüchlichen und verwirrenden Informationen des Gesundheitsministers beigetragen. Es ist dadurch ein unnötiger, zusätzlicher, riesiger Schaden entstanden, und ich glaube, das hat die Bevölkerung total verunsichert. Frischgemüse, wurde gesagt, darf nicht mehr gegessen werden, aber wir haben doch gewußt, daß das Gemüse aus den Glashäusern unbedenklich und nicht verstrahlt und verseucht ist, aber durch den Sammelbegriff "Frischgemüse" ist die Bevölkerung eben so verunsichert gewesen, daß sie ganz einfach kein Gemüse mehr gekauft hat und das hat uns sehr stark getroffen. Vorige Woche, am Montag, ist der Markt fast zur Gänze zusammengebrochen und niemand hat mehr Gemüse gekauft.

Der Herr Gesundheitsminister hat uns den Rat gegeben, wir sollen den Glassalat nehmen und sollen daraus Kochsalat machen und ihn tiefkühlen oder konservieren. Es hat aber der Herr Gesundheitsminister nicht gewußt, daß so etwas unmöglich ist, weil Kochsalat eben Kochsalat und kein Glassalat, kein Häupelsalat, ist.

Der Schaden, meine Damen und Herren, geht heute schon in die Millionen Schilling und ist überhaupt noch nicht überschaubar. Wir, also die Verantwortlichen für die Gemüseproduktion und für die Vermarktung in Wien, die Gemüsegenossenschaft Wien, haben mit Montag 8 Uhr früh sowohl die Anlieferung als auch die Auslieferung von Frischgemüse total gestoppt, weil wir es nicht verantworten konnten, daß belastetes Gemüse womöglich in den Umlauf kommt. Das zweite war, daß wir unsere Produzenten sofort aufgefordert haben, Proben zu bringen, die wir nach Seibersdorf weitergeleitet haben, um selbst zu wissen, wie schaut es mit unserem Gemüse aus. Wie wir gehört haben, sind die Proben eigentlich sehr gut, nur müssen wir uns selbstverständlich an den Erlaß des Gesundheitsministers und letzten Endes auch des Landeshauptmannes halten und können, bevor dieser Erlaß nicht aufgehoben ist, kein Gemüse zur Auslieferung bringen. Es ist überhaupt so, daß wir schon dadurch einen Schaden hatten, daß niemand mehr Gemüse gekauft hat, obwohl der Glassalat einwandfrei ist, er konnte nicht abgesetzt werden, aber Salat, der fertig ist, muß geerntet werden, und so ist er ausgewachsen und konnte nicht mehr verwendet werden. Er sollte also eingefräst werden. Da wir aber nicht gewußt haben, ob man das darf, mußte er ausgeräumt und auf die Deponie gelegt werden.

Aber ich muß eines sagen: Bis vor kurzem gab es überhaupt nur Glashausgemüse auf dem Markt und jetzt erst in den letzten Tagen wäre nicht einmal das reine Freilandgemüse, sondern ein durch Folien abgedecktes Gemüse auf den Markt gekommen, aber auch das darf nicht angeliefert werden. Das reine Freilandgemüse würde ja erst ab nächster Woche anfallen.

Meine Damen und Herren! Die Katastrophe von Tschernobyl hat schon etwas Ernstes an sich. Auch in einer anderen Richtung sind Maßnahmen für die Zukunft notwendig. Ich glaube, die sind unbedingt erforderlich, und ich glaube auch, daß es in der Landwirtschaft, vor allem im Gartenbau, sicherlich notwendig wäre, im Interesse einer klaglosen Versorgung mit einwandfreiem Gemüse, die Errichtung von weiteren Glashausflächen mit Unterstützung beziehungsweise mit Förderung des Bundes und Landes voranzutreiben, da das einen echten Sicherheitsfaktor in einer solchen Zeit ergibt. Wir sind dadurch unabhängiger von Auslandslieferungen, die ja jetzt auch gesperrt werden mußten, weil sie auch verseucht waren, und ich glaube, daß wir eben durch diese Unabhängigkeit einen Sicherheitsfaktor für die gesamte Bevölkerung erreichen könnten.

Nun muß ich eine große und dringende Bitte aussprechen, daß nämlich jenen Gärtnern und Gemü-

sebauern ehebaligst der Schaden durch die Auszahlung aus dem Katastrophenfonds, und wenn das nicht reicht, aus Landesmitteln völlig ersetzt wird.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Existenzgefährdung. Es ist doch so, daß ja die Leute schon darauf gewartet haben, etwas einzunehmen, denn das war ja nach dem Winter die erste Einnahmequelle überhaupt. Jetzt ist die Glashausgemüseproduktion zusammengebrochen, die ja zum Teil noch mit teurem Heizaufwand produziert wurde.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist in unserem gemeinsamen Interesse, daß diesen Betrieben unbedingt geholfen wird. Wenn ich sage, eine Entschädigung der nicht verkauften Ware, so ist das keine hundertprozentige Entschädigung, die ganze Arbeit war ja sowieso für die Katz' und nun ist noch eine zusätzliche Arbeit eingetreten. Daher möchte ich wirklich dringend ersuchen, daß nicht nur alles entschädigt, sondern daß es bald zur Auszahlung dieses Geldes kommt, damit die Gemüsebauern weiter wirtschaften können. Weiters hoffen wir auf eine baldige klare Aussage, wie und wann es weitergeht. Die vorkultivierten Gemüsepflanzen müssen ehebaligst wieder eingebracht werden, und es ist unbedingt notwendig, daß hier eine ehebaldige Entscheidung zustande kommt.

Meine Damen und Herren! Aber noch etwas wird sehr wichtig sein, und das nicht nur für die Bevölkerung im Falle einer Krise, bei der zum Beispiel das Trinkwasser verseucht ist und nicht mehr verwendet werden darf. Experten haben errechnet, daß in einem Katastrophenfall mindestens 20 Liter Wasser pro Woche notwendig sind, um überleben zu können, dazu kommen noch, glaube ich, 10 Liter Mineralwasser.

Was machen wir, wenn unser heutiges Trinkwasser durch irgendetwas verseucht ist? Hier glaube ich, müßte man Maßnahmen und Prüfungen durchführen, in Richtung des Oberflächenwassers. Das zweite ist der Donaubegleitstrom in etwa 17 Meter Tiefe, entlang der Donau und der zweite Horizont, der etwa in einer Tiefe von 70 bis 90 Meter, bei der Floridsdorfer Brücke etwas höher, ich glaube, bei etwa 35 oder 40 Meter, liegt, hier müßte überprüft werden, wie fündig das Wasser ist. Die Qualität ist hervorragend und besser als manches Grundwasser.

Es gibt einige Tiefbrunnen, die in den letzten Jahren errichtet worden sind und die haben eine ganz hervorragende Qualität.

Ich glaube, hier müßte unbedingt etwas unternommen werden, das wäre sehr wesentlich, denn das wäre eine echte Notversorgung mit Trinkwasser aber nicht nur mit Trinkwasser, meine Damen und Herren, wir müßten sogar hier Brunnen für unsere Erzeugerbetriebe von Frischgemüse forcieren. Denn was machen wir, wenn man dann in den Glashäusern Gemüse produzieren kann, aber nicht das entsprechende Wasser zum Bewässern dieser Kulturen hat. Ich glaube, das wäre unbedingt notwendig. Wir haben in den letzten Jahren, anläßlich der Borverseuchung im Grundwasser, einige solche Brunnen gebohrt, und erhielten Wasser der besten Qualität. Ich glaube, hier wäre eine echte notwendige Vorsorge zu treffen für die gesamte Bevölkerung.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nochmals meine dringende Bitte aussprechen, den betroffenen Betrieben ehebaligst zu helfen, damit sie weiter wirtschaften können. Die Gärtner, die Produzenten sind tief besorgt, sie wissen wirklich nicht, wie es weitergehen soll und woher sie das nötige Geld hernehmen sollen, um weiterzuleben und weiterzuproduzieren. Danke! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Gertrude Stiehl: Zu Wort gemeldet ist Frau Amtsführender Stadtrat Seidl. Ich erteile ihr das Wort.

Amtsführender Stadtrat Friederike Seidl: Meine Damen und Herren! Ich möchte zu einigen Punkten, die in mein Ressort fallen und die in dieser Debatte angemerkt wurden, kurz Stellung nehmen. Ich fange gleich hinsichtlich des Gemüseanbaus in Wien an.

Ich möchte dem Wiener Landtag eindringlich klarmachen, daß es engste Kooperation zwischen den Gemüseanbauern, ihrer gesetzlichen Interessenvertretung, ihren Spitzenfunktionären und den Funktionären und Politikern des Landes Wien, im speziellen auch mit mir, gegeben hat, und daß alle Maßnahmen, die im Interesse der Konsumenten getroffen werden mußten, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz und im Einvernehmen mit den betroffenen Gemüsebauern



und deren Interessenvertretungen getroffen wurden. Ich habe dabei eigentlich immer den Eindruck gehabt, daß von beiden Seiten hier Verständnis da ist, da wir alle, weder die Politiker, noch die Betroffenen, etwas dafür können, daß es in Rußland zu diesem schrecklichen Reaktorunfall gekommen ist, und sicherlich werden wir alle, aber nicht nur die Österreicher, nicht nur die Wiener, sondern ganz Europa, die ganze Welt daraus lernen müssen. Es gibt ja bereits eindeutige Aussagen hinsichtlich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Wir werden alle umdenken müssen und auch sicherlich, und es wurde ja schon bereits gesagt, ein Gesamtkonzept für diesen nicht kriegesischen Fall entwickeln müssen, und alle Ideen und Maßnahmen werden sicherlich auf die Überlegungen dieses Gesamtkonzeptes Einfluß nehmen.

Ich darf also mitteilen, daß heute um 17.00 Uhr im Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz, beim Minister Kreuzer, eine weitere Besprechung stattfinden wird, zu der auch die Interessenvertretung der Wiener Gärtner und Vertreter des Landes Wien und wahrscheinlich auch andere Ländervertreter eingeladen sind. Herr Minister Kreuzer wird nach meinen Informationen heute um 17.00 Uhr eine Entscheidung treffen, inwieweit das Verbot des Verkaufes von Gemüse aus Freilandkulturen aufgehoben werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt sind ihm auch bereits die neuesten Untersuchungsergebnisse übermittelt worden, von denen Herr Abg. Jedletzberger gesprochen hat und die ich heute von ihm vor ein paar Stunden bekommen und sofort zur Prüfung weitergegeben habe.

Da ich aber ein Politiker und kein Wissenschaftler bin, kann ich mich daher nur auf die Aussagen und Interpretationen der Wissenschaftler stützen. Ich würde mir nie erlauben, bei so schwierigen Sachen, bei denen sich sogar die Fachleute streiten, was Grenzwerte sind und was gefährlich oder ungefährlich ist, Partei zu ergreifen, denn dazu sind jene da, die das gelernt haben.

Ich erwarte daher, daß heute nach 17.00 Uhr eine Entscheidung fällt, und ich kann Ihnen zu Ihrer Beruhigung sagen, daß, wenn die Entscheidung des Ministers fällt und vom Verbot Abstand genommen werden kann, das Land Wien bereits einen Verordnungsentwurf vorbereitet hat, der dann umgehend veröffentlicht wird. Wir warten also nur darauf, daß die Untersuchungsergebnisse das österreichweit bestätigen. Das zum Gemüse.

Es wurde aber auch über die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln im Krisenfall gesprochen. In der Sitzung der Landesregierung am 2. Mai - ich habe das in der Fragestunde schon einmal erwähnt - wurde unter anderem die Erhebung von allen möglichen wichtigen Dingen besprochen. Ich habe bereits eine Umfrage gemacht, inwieweit in den Lagerhäusern und Kühlhäusern in Wien, bei den großen Handelsketten Lebensmittelvorräte da sind und wie hoch sie sind. Ich habe auch Antworten bekommen, die einen gewissen groben Überblick ermöglichen. Aber um genaue Erhebungen oder ein Konzept für den Ernstfall machen zu können, müßte man von amtswegen eine Auskunftspflicht verordnen, da nicht jeder kooperationsbereit war, mit dem telefoniert oder zu dem wir einen Erhebungsbeamten hingeschickt haben. Ich glaube, es ist nicht sinnvoll, wenn ich jetzt im Landtag diese Liste verlese. Im Ausschuß kann ich das gerne machen, aber sie ist eine erste Information und sicherlich noch nicht Grundlage für weiterreichende Dinge in diesem Zusammenhang.

Ich darf auch mitteilen, daß es selbstverständlich Bezugsberechtigungskarten für den Notfall gibt, wie Lebensmittelkarten und Raucherkarten, und zwar auf Weisung des Handelsministeriums, das ja auch zuständig dafür ist. Diese plombierten Kisten liegen in den Magistratischen Bezirksämtern, damit sie im Ernstfall auch verwendet werden können.

Das letzte, was ich noch erwähnen möchte, ist das einige Male urgierte umfassende Warn- und Frühwarnsystem. Hier gibt es zuerst das Problem der Systemauswahl. Es geht also darum, daß auf Hausdächern oder ähnlich geeigneten Örtlichkeiten irgendwelche Sirenen befestigt werden, meine Damen und Herren, die im Ernstfall in verschiedenen Tönen in Betrieb gesetzt werden können. Frau Abg. Fleming kann sich scheinbar aus ihrer Jugend an den Zweiten Weltkrieg erinnern, auch ich kann mich dunkel - wir sind ja ungefähr derselbe Jahrgang - an dieses Sirenengeheul erinnern und mir rennt es jetzt noch ganz schauerlich über den Rücken. Also ich möchte es eigentlich allen ersparen, das zu hören.

Jedenfalls gibt es hier drei verschiedene Systeme, die möglich und denkbar sind. Es wird ja schon seit Jahren darüber beraten, was wir im Falle eines Falles hier machen könnten. Es gibt Elektrosirenen,



es gibt Lautsprecheranlagen und es gibt Typhone. Die verschiedenen Systeme haben nicht nur verschiedene Kosten sondern auch verschiedene Vor- und Nachteile. Momentan ist man der Meinung, daß also der Typ der Typhone der zweckmäßigste wäre. Die gesamten Kosten würden sich auf mindestens 50 Millionen Schilling, nur für die Anschaffung, belaufen und das ist eine Kostenschätzung die schon einige Jahre zurückliegt, nämlich aus dem Jahr 1983. Man hat aber medizinische Bedenken, da der Schall nahe der Schmerzgrenze liegt. Und ich habe daher angeordnet, daß, da in der Schweiz im September ein Beschallungsversuch dieses Typs vorgesehen ist - ein österreichisches Erzeugnis gibt es da leider nicht -, einige hinfahren und sich das anhören werden, vielleicht fahre ich selbst mit. Wie das mit der Schmerzgrenze ist und wie es sich anhört. Später werden wir, wenn es überhaupt in Frage kommt, auch in Wien einmal eine Probe machen müssen. Da muß man natürlich die Bevölkerung rechtzeitig informieren, damit nicht jeder in einen Schrecken verfällt und glaubt, der Dritte Weltkrieg sei ausgebrochen.

Dann ist da natürlich die noch sehr wichtige Frage der Kostentragung. Hier gibt es auch seit Jahren Bemühungen, den Anteil des Landes Wien in der Relation zum Bund in einem 15a-Vertrag festzulegen. Die Meinung des Bundes war in den vergangenen Jahren bisher immer die, daß eine Kostentragung zu je einem Drittel Bund, Land und Gemeinde ist. Das bedeutet aber für Wien natürlich zwei Drittel. Wir haben 50 Prozent angeboten und werden jetzt im Lichte der geänderten Situation nachdrücklich noch einmal schauen, daß wir bei der Kostentragung und auch bei den Instandhaltungskosten hier eine Beteiligung des Bundes bekommen, denn - und da bin ich beim Schluß - die ganzen Dinge sind sicherlich keine Wiener Probleme, sie sind nicht einmal österreichische Probleme, es sind eigentlich über die Grenzen hinausgehende Probleme.

Im Zusammenhang mit den finanziellen Einbußen die zum Beispiel unseren Gemüsebauern erwachsen sind, könnte ich mir ohne weiteres vorstellen, daß man hier Ersatzansprüche - aber das ist nicht meine Sache, sondern Sache des Landwirtschaftsministers, der ja die Entschädigungssummen dann auch bewerten und auszahlen wird - an die russische Atomkraftwerksgesellschaft stellt, die eigentlich das Ganze verursacht hat. Auf jeden Fall dort ist es passiert und an den Betreibern dieses Atomkraftwerkes müßte man sich schadlos halten. Das meine ich jetzt nur am Rande um zu dokumentieren, daß eigentlich keiner von uns etwas dafür kann, es hoffentlich das letztmal war und daß wir, glaube ich, anhören sollten uns gegenseitig die Schuld zuzuschreiben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Getrude Stiehl: Als nächster Redner ist Herr Amtsführender Stadtrat Braun gemeldet. Ich bitte ihn um seine Ausführungen.

Amtsführender Stadtrat Braun: Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Wie schnelllebig die Dinge sind, kann man vielleicht daran erkennen, daß wir heute vormittag, noch während dieser Diskussion, in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Stacher das Rasenmähverbot aufgrund der letzten Entwicklungserscheinungen aufheben konnten. Wobei es aber mit der Einschränkung verbunden ist, daß das Gras sofort wegzuräumen ist, damit es nicht zu einer Staubeentwicklung führt und damit zum Austragen eventueller Schadstoffe, die noch vorhanden sein könnten.

Ich glaube, daß die Diskussion im großen und ganzen ergeben hat, daß es viele Punkte geben könnten, an Hand derer man zu einer Zusammenarbeit bereit ist, und zwar von allen Seiten.

Ich glaube, was an Mißverständnissen vorhanden ist, das geht in die Richtung, daß wir manches Mal zu unterscheiden vergessen zwischen den Einrichtungen, bei denen wir aufgrund der Funktionen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit haben, wie zum Beispiel im Zivilschutzverband, in dem ja alle Fraktionen drinnen sind. Hier sind sicherlich auch für die Zukunft viele zusätzliche Möglichkeiten.

Anders ist es natürlich im Ablauf der Organisation des Hauses, also in der Verwaltungsorganisation. Das muß ganz einfach ablaufen und ich glaube, es wird auch manches Mal verwechselt, daß die Zivilschutzorganisation nicht eine Einrichtung sein kann, die die Verwaltungsorganisation ersetzt, sondern sie ist eine Hilfestellung für die Verwaltungsorganisation und eine Mobilisierungsorganisation für die Bevölkerung. Das ist die Aufgabenstellung des Zivilschutzverbandes und ich glaube, daß wir auf dieser Ebene viele Möglichkeiten haben, in nächster Zeit einiges zu tun. Wir werden ja demnächst eine große Veranstaltung in Wien haben, bei der dann auch die gesamte Bevölkerung mobilisiert werden kann und

das ist alles längst organisiert und vollkommen unabhängig von den Ereignissen in Tschernobyl.

Was die Fragen betrifft, die von einzelnen Debattenrednern zum Ausdruck gekommen sind, so möchte ich nicht auf den polemischen Teil dieser Ausführungen eingehen, sondern wirklich versuchen, ein paar sachliche Hinweise zu geben.

Ich glaube, Herr Dr. Pawkowicz, daß man von einem leichtfertigen Umgang mit der Sicherheit der Bevölkerung dann reden könnte, wenn wir irgend etwas an Information oder Maßnahmen, die notwendig gewesen wären, unterlassen hätten. Hier gibt es keinen konkreten Hinweis, hier gibt es auch niemanden, der bisher gesagt hätte, was das gewesen sein sollte. Insofern kann ich daher diesen Begriff nicht akzeptieren.

Dasselbe gilt für die Fragen, wie sie vom Herrn Abg. Ing. Engelmayer gekommen sind, der gemeint hat, daß die Sonderinformation zwei Wochen zu spät sei.

Herr Kollege Ing. Engelmayer, ich glaube, es wird Ihnen vielleicht nicht bekannt sein, aber Sie können sich sicherlich über Ihnen nahestehende Landeshauptleute informieren, es gibt kein Bundesland außer Wien, in dem es solche Informationen gibt, und es gibt kein Bundesland, in dem früher umfangreicher oder auch nur annähernd so umfangreich die Bevölkerung informiert wurde, wie wir das von Wien aus versucht haben.

Ich glaube, daß das das Entscheidende ist. Was man theoretisch noch hätte tun können oder was sich jeder von uns gewünscht hätte, das ist ein zweiter Bereich. Aber ich glaube nicht, daß das ganz einfach in dieser Form abgetan werden kann, daß man die Wunschvorstellungen mit den Realitäten verwechselt.

Ich darf mit aller Entschiedenheit in Abrede stellen, daß ein Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl besteht. Ich nehme an, daß Sie auch Publikationen Ihrer Partei lesen, in denen ebenfalls der 8. Juni immer wieder als Ersatztermin angeführt wird. Da aber die Behörde noch nicht zusammengekommen ist, kann man nur jenen Zeitpunkt angeben, der auch schon vor der ersten Wahl immer als zweiter Wahlgangtermin vorgesehen war. Würden wir einen anderen Termin verwenden, das wäre dann unter Umständen eine Möglichkeit der Manipulation. Das haben wir nicht getan, wir sind davon ausgegangen, was auch schon vor dem ersten Wahlgang überall als zweiter Wahlgangtermin bekanntgegeben wurde und es steht dort nur, daß man seine Wahlpflicht auch wahrnehmen solle. Wenn das nicht mehr in einer offiziellen Zeitung der Stadt Wien gestattet ist, dann weiß ich nicht, was wir noch machen können.

Es gibt auch Widersprüche in bezug auf die WHO-Entwarnung und die Vorsichtsmaßnahmen in Österreich, die, glaube ich, sind wirklich mißinterpretiert worden. Das sollte Ihnen eher beweisen, daß wir mit größter Vorsicht an die Dinge herangegangen sind und uns nicht nur danach gerichtet haben, was irgendwelche andere Stellen tun. Ich glaube, wir sind gut damit gefahren. Daß Sie aber leider, Herr Abg. Ing. Engelmayer, durch einen Schwenk hier den Eindruck erweckt haben, oder zumindest versucht haben zu erwecken, daß die Meßgeräte nicht in Ordnung sein könnten, das bedauere ich wirklich außerordentlich.

Ich habe mich in der Zwischenzeit genau erkundigt und ich darf Ihnen sagen, daß wir vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, das diese 336 Meßgeräte auch in seiner Verantwortung verwaltet, erfahren habe, daß diese Meßgeräte ständig kontrolliert werden, daß jede Abweichung ein sofortiges Außerkraftsetzen dieses einen Meßgerätes nach sich zieht und daß die Vorgangsweise für einen solchen Fall genau festgelegt ist. Im Rahmen dieser Entwicklung hat sich klar und deutlich herausgestellt, daß alle Meßgeräte in Ordnung und geeicht sind. (Abg. Ing. Engelmayer: Nicht geeicht! Es gibt kein geeichtes Meßgerät!) Sie sind geeicht. Ich habe die Auskunft vor einer Stunde vom Bundesminister bekommen.

Herr Ing. Engelmayer, ich kann Ihnen nur das eine sagen, daß Sie da Behauptungen aufstellen, die Sie sicher nicht beweisen können. Ich kann Ihnen beweisen, daß diese Meßgeräte nach internationalen Normen eingekauft wurden und daß die Funktion dieser Meßgeräte durch die verantwortlichen Stellen gewährleistet wird. (Abg. Dr. Neubert: Welcher Stellen?) Ich habe diese Auskünfte heute vormittag bekommen. (Abg. Dr. Neubert: Sagen Sie mir, welche Stellen für die Eichung von Meßgeräten verant-

wortlich sind!) Herr Dr. Neubert, Sie können ja, wenn Sie wollen, im Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz anrufen. Ich sage Ihnen jetzt das, was ich als Auskunft bekommen habe und wenn Ihnen das nicht genügt, dann sind Sie ja sicherlich ohne weiteres in der Lage, diese Telefonnummer anzurufen und dann werden Sie zusätzliche Auskünfte bekommen. Nur wenn Sie, Herr Ing. Engelmayer, nun versuchen, den Eindruck zu erwecken, als ob irgendetwas nicht in Ordnung wäre, so ist das eine Vorgangsweise, die leider nicht den Schluß zuläßt, daß das, was zum Teil an Angeboten der Zusammenarbeit angekündigt wurde, auch tatsächlich so gemeint ist. Denn ansonsten, glaube ich, könnte man nicht in einer so unfaßbaren Form die Frage der Kontrolle, wie wir sie in Österreich durchführen, in den Raum stellen.

Sie haben auch gemeint, in Verbindung mit einer Stellungnahme meinerseits zu einer ÖVP-Aussendung, daß das eine unqualifizierte Wortwahl wäre. Lesen Sie sich das durch, was von seiten der ÖVP ausgesandt wurde und ich stehe dazu. Ich weiß, daß auch Herr Vizebürgermeister Busek mir schon angekündigt hat, daß er mich klagen wird. Ich nehme das zur Kenntnis. Ich stehe aber auch dazu, ich möchte das gleich dazusagen, damit da keine Mißverständnisse sind. Ich möchte Ihnen nur empfehlen, andere Leute nicht in irgendeiner Form zu kategorisieren. Das nehme ich sicherlich nicht zur Kenntnis.

Ich glaube auch, daß Sie recht haben, wenn Sie sagen, daß die Bevölkerung kein Verständnis für ein Partei-Hickhack in einer solchen Frage hat. Nur bitte, tun müssen wir es dann alle miteinander und ich kann behaupten und kann das nachweisen, daß ich immer erst auf Aussagen reagiert habe, die entweder halb wahr waren oder eben überhaupt nicht wahr waren oder auch manchmal wider besseren Wissens gegeben wurden. Auf solche Äußerungen muß man dann als einer der Verantwortlichen reagieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, daß es richtig ist, daß man das richtige Maß zwischen Panik und Verharmlosung finden muß, nur sind wir eigentlich nie in irgendeinem Zweifel gewesen, denn wir haben Panik in jeder Hinsicht vermieden und wir haben niemals einen Zeitpunkt gehabt, zu dem wir irgendetwas verharmlost haben. Ich glaube daher, daß man eigentlich eher sagen muß, und ich bedauere das wirklich sehr, daß die Ignoranz, von der Sie gesprochen haben, Herr Abg. Ing. Engelmayer, eigentlich die trifft, die wirklich ignorieren, daß es Tausende in Wien gibt, die auf diesem Gebiete Verantwortung zu tragen haben. In diesem Fall bin das nicht ich, daher kann ich das so sagen, und die wirklich Tag und Nacht diese Verantwortung tragen und während dieser letzten Wochen, seit dem 29. April, in einer Form belastet waren, die sich niemand von Ihnen vorstellen kann. Daß sie nicht durchgedreht haben, daß sie wirklich ordentlich ihre Funktion ausgeübt haben, daß es da zu keinerlei Panik, aber auch zu keiner Verharmlosung gekommen ist, das sollten wir eigentlich unseren Verantwortlichen, die es in Wien gibt, danken. (Beifall bei der SPÖ.) Ich bin daher wirklich der Auffassung, daß man sagen muß, daß alle Unterlagen da sind, das gilt also auch für die Ausführungen der Frau Stadtrat Bauer.

Wir haben den Katastropheneinsatzplan! Es gibt also da überhaupt nichts. Sie hat aber selbst gesagt, daß ein Wissen über die Spätfolgen solcher Unfälle nicht gesichert ist. Ich frage mich nur, was sie damit zum Ausdruck bringen wollte. Wir sind die letzten, die das bagatellisieren. Wir wollen nur nicht haben, daß man hier den Eindruck erweckt, als ob unter Umständen irgendetwas nicht richtig gehandhabt worden wäre. Ich glaube, daß diese Aussage nur heißen kann, daß wir gemeinsam eine Verantwortung zu tragen haben und jeder, der diese Verantwortung mißbraucht, indem er versucht, es anders darzustellen, als es den Tatsachen entspricht, der handelt dann in einer Form, in der man ihm den Spiegel vor das Gesicht halten muß.

Es gibt also klare Anweisungen und zwar nach den ersten Meldungen, die wir bekommen haben aus Skandinavien, über die Vorgangsweise aus dem Katastropheneinsatzplan. Daß das interne Einrichtungen sind, also der Ablauf der Verwaltungsorganisation, ist wohl eine Selbstverständlichkeit und was die Bürgerin der Stadt, Dolores Bauer, betrifft, so darf ich Ihnen sagen, und Sie werden sicher, wenn Sie Ihre Kollegen fragen, die Antwort bekommen, daß diese Einsatzpläne jährlich mehrmals erprobt werden. Ich weiß nicht, warum das nicht in Ihrem Klub weitergesagt wird. Die Zusammenarbeit mit Bundesheer, Polizei, Gendarmerie, mit allen Dienststellen und der Ärztekammer und so weiter wird mehrmals im Jahr

erprobt. Ich glaube, das kann man vielleicht nicht wissen, wenn man es bisher nicht erfahren hat. Jetzt aber gibt es keine Ausrede mehr für die Zukunft. Ich habe das, glaube ich, jetzt deutlich genug gesagt.

Nun zur Frage, daß Angst und Panik größer sind als die Strahlenbelastung. Ich glaube, daß das eben durch manche Äußerungen und auch durch manche Artikel entstanden ist, die es in der Öffentlichkeit gegeben hat und ich möchte Frau Stadtrat Bauer sagen, daß nicht nur Ihre Tochter ein Kind erwartet. Auch ich kenne viele in meinem Bekannten- und Verwandtenkreis. Ich bitte nur wirklich, daß wir da nicht mit solchen Dingen operieren. Ich möchte das wirklich hier nicht zu einer Frage der Emotion hochspielen lassen. Ich glaube, die Situation ist für den Betroffenen ernst genug. Wir brauchen uns das nicht gegenseitig an den Kopf werfen. Wir haben alle eine ungeteilte Verantwortung größten Ausmaßes, aber ich glaube nicht, gerade durch Ihre ersten Worte, daß Spätfolgen in keiner Weise wissenschaftlich gesichert sind, und so muß man das auch anwenden, wenn es einen persönlich betrifft.

Was die Frage der Sandkisten und die übervollen, mit Staub behafteten Straßen betrifft, habe ich ja ausdrücklich gesagt, daß wir nicht nur die Sandkisten entleert haben, sondern wir haben wirklich die ganzen Tage und Nächte hindurch durch Aufspritzen von Wasser versucht, die Staubentwicklung zu vermeiden und damit natürlich auch das Weitergeben radioaktiv verseuchten Staubes.

Alles, was zur Frage 1. Mai gesagt wurde, ist schon von Herrn Ing. Riedler beantwortet worden. Es zeigt aber leider, daß zwischen Theorie und Praxis, in der Bereitschaft wirklich ernst mitzudenken und mitzuhandeln und im praktischen Verhalten, doch große Klüfte sind, denn sonst wäre es nicht möglich, vom 1. Mai zu sprechen, an dem, wie ich weiß, auch der ÖAAB Veranstaltungen gehabt hat, aber nicht vom 3. Mai.

Ich glaube auch, daß auch die Frage, die die Atombunker betrifft, etwas ist, was klar und deutlich unterschieden werden muß und das hat leider Herr Dr. Neubert nicht getan. Ich habe das ja in meiner Mitteilung schon zum Ausdruck gebracht. Ich bedaure es, daß Sie es da nicht gehört haben dürften. Denn was die Atombunker betrifft, so habe ich gesagt, daß dort mindestens zwanzig Jahre notwendig wären, um sie flächendeckend anbieten zu können und ich glaube nicht, aufgrund der Entwicklung neuer Technologien auf dem Sektor der Zerstörung der Menschheit, daß wir diesen Weg jetzt gehen sollten.

Was den Strahlenschutz betrifft, Herr Dr. Neubert, habe ich mehrere Aussagen getroffen, die sehr wohl deutlich zeigen, daß wir auf diesem Gebiet sehr ernst die Dinge vorantreiben. Alles, was nicht versucht wird auseinanderzuhalten, ist dann für mich gleichzeitig ein Hinweis, daß Sie das wieder für andere Zwecke verwenden wollen und das bedaure ich, weil das ein Widerspruch zu dem Angebot ist zu einer eventuellen Zusammenarbeit.

Ich glaube nicht, daß wir auf dem Sektor Katastrophenschutz irgendwelche parteitaktischen Maßnahmen treffen sollten und ich glaube daher, und habe das ja auch in Form eines Briefes an den Herrn Vizebürgermeister zum Ausdruck gebracht, daß es viele Möglichkeiten gäbe, um im Zivilschutzverband auch wirklich zusammenzuarbeiten.

Was die Frage der einzelnen Pläne betrifft, so darf ich also schon sagen, daß Frau Stadtrat Bauer - was kein Vorwurf sein soll, sondern lediglich eine Feststellung - hier einer Verwechslung unterliegt, und zwar hat sie von dem Katastropheneinsatzplan gesprochen und hat das Datum 1. Mai 1981 genannt und gemeint, daß das die gesetzliche Grundlage ist. Die gesetzliche Grundlage stammt vom 9. März 1978 und das ist die gesetzliche Grundlage für den Katastrophenschutzplan, der allerdings mit 1. Mai 1981 wirksam geworden ist. (Abg. Arthold: Das hat sie ja gesagt!) Nein, sie hat vom Gesetz gesprochen. (Abg. Arthold: Am 1. Mai kann ich kein Gesetz beschließen!) Herr Abg. Arthold, ich glaube, das ist klar, daß wir ein Datum setzen können, wann ein Gesetz in Kraft tritt, hier ist es nicht um die Beschlußfassung gegangen, denn am 1. Mai 1981 ist auch sicher nichts anderes beschlossen worden, daher glaube ich nicht, daß Sie mir da diesbezüglich aushelfen müßten.

Fest steht jedenfalls, daß das Landesgesetz für den Katastrophenschutz am 9. März 1978 beschlossen wurde und daß der Katastrophenschutzplan mit 1. Mai 1981 wirksam geworden ist. Es ist ja kein Malheur, ich möchte ja nur erklären, wie es wirklich aussieht.

Zur Frage des Herrn Dr. Neubert in bezug auf die Bezirke möchte ich sagen, daß Frau Architekt

Erschen - und Sie werden das ja vielleicht wissen, daß das im Auftrag der Stadt Wien durchgeführt wurde - nicht nur die Erhebung im 1. Bezirk durchführte, sondern daß sie jetzt einen weiteren Auftrag, unabhängig von Tschernobyl, hat, Herr Dr. Neubert, auch andere Bezirke zu untersuchen. Das war schon vorher und ich möchte das deswegen nur als zusätzlichen Beweis liefern, denn, wenn Sie wirklich mit Frau Architekt Erschen gesprochen hätten und es nicht nur von irgendjemand übernommen hätten, dann wüßten Sie auch, daß sie das für einen anderen Bezirk ebenfalls zur Zeit durchführt. Und wir werden auch diesbezüglich weitere Maßnahmen setzen. (Abg. Dr. Neubert: Und Ihre Reaktion daraufhin? Null!) Ich darf dazusagen, daß wir auf diesem Gebiete wirklich einiges gemacht haben. Ich gebe zu, wir haben da einige Lücken, aber wir sind jetzt aufgrund dieses Ereignisses in der Lage auch erkennen zu können, wo vielleicht die Linie geändert werden muß, aber ich kann Ihnen versichern, das geschieht auch jetzt.

Das ist der Unterschied, wir reden nicht nur darüber, sondern wir werden das auch jetzt in den praktischen Maßnahmen tun (Abg. Dr. Neubert: Zu spät, Herr Stadtrat!), und Sie können dessen sicher sein, daß wir das auch in aller Form der Öffentlichkeit bekannt geben werden.

Frau Dr. Flemming, wir haben eine Reihe von Hinweisen über die Form der Erfassung der verschiedenen Meßwerte gegeben, das ist auch über die Rathaus-Korrespondenz ausgesendet worden. Es geht dabei primär um Mikroröntgen, das ist die Strahlungseinheit, während Rem die Wirkung dieser Strahlung auf den menschlichen Körper angibt. Dadurch gibt es diese Diskrepanzen, aber wir haben das veröffentlicht, wir haben das mit allen Tendenzen bekanntgegeben und ich gebe Ihnen gerne die ganze Mappe mit allen Unterlagen, die es in diesem Fall gibt. (Abg. Dr. Marilies Flemming: Bitte!) Wir haben das auch immer wieder zur Veröffentlichung weitergegeben. Wir haben das auch im Sender Wien veröffentlicht, zwar nicht alle Stunden, wir haben in den Spitzen der Entwicklung Halbstundenwerte herausgeholt und diese zweimal am Tag weitergegeben. Wir hatten wirklich in keiner Weise irgendetwas zu verbergen. Im Gegenteil, wir sind daran interessiert, daß natürlich in der Tendenz und die wissende Bevölkerung bis ins Detail, wenn sie das will, Auskunft erhält. Denn sonst hätten wir uns nicht die Strahlenfachleute geholt, die wirklich im Schnitt zwischen zehn und zwölf Stunden gegessen sind und Auskunft gegeben haben.

Was die Meßstellen betrifft, Frau Dr. Flemming, darf ich Ihnen sagen - da Sie gemeint haben, es ist nichts gewesen -, daß dieses wirklich als vorbildlich für die westeuropäischen Staaten zu bezeichnende Meßnetz mit 336 Meßstellen, das vom Gesundheitsminister Steyrer initiiert und aufgebaut wurde, einwandfrei funktionierte.

Wir sind im engsten Einvernehmen mit der Schweiz. Zu Zürich, Frau Dr. Flemming, kann ich Ihnen wirklich sagen, daß leider die Verhältnisse dort nicht auch nur annähernd so sind, wie im Schnitt in der Schweiz. Das sagen die Schweizer selbst, und sie haben jetzt ebenfalls Überlegungen angestellt, was gemacht werden soll. Das sage ich nicht mit einer Genugtuung, sondern lediglich darum, weil wir, den Krieg miterlebt haben und danach für den Aufbau und Ausbau die Mittel gebraucht haben, während die Schweiz das gleich verwenden konnte. Aber wir versuchen jetzt durch die Erfassung einmal alles so zu haben, damit wir dann Entscheidungen treffen können.

Die weiteren Punkte, die angeschnitten worden sind: Herr Präsident Jedletzberger! Ich muß jetzt wirklich an Sie appellieren, in Anbetracht unserer Sitzung am 4. Mai. Wenn wir damals nicht als Stadt hinausgegangen wären mit Ihnen und mit der Landwirtschaftskammer, um darauf zu verweisen, daß das Glashaushalt Gemüse selbstverständlich konsumiert werden kann, dann hätte die Katastrophe für die Wiener Erwerbsgärtner schon viel früher begonnen. Wir haben das daher gemeinsam unternommen, weil wir auch da keine Trennung in der Verantwortung sehen, genauso wie wir dankbar sind für die Verantwortung der Wiener Erwerbsgärtner, die zusätzlich, aus eigener Initiative, diese Untersuchungen in Seibersdorf initiiert haben. Dagegen gibt es überhaupt nichts zu sagen, da wir ja eng zusammenarbeiten. Aber wir haben unsere Verantwortung genauso gezeigt. Und die Haltung, daß man jetzt eben auch weiß, daß ohne Aufhebung der Verordnung Freilandgemüse nicht auf den Markt kommen kann, daß sogar das abgedeckte Freilandgemüse kontrolliert werden muß, das ist eine Selbstverständlichkeit. Diese Form der Zusammenarbeit hat hier funktioniert und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn wir uns so verhalten hätten, wie Frau Stadtrat Bauer gesagt hat, daß das also nicht so arg ist, wie es aussieht, dann kann ich Ihnen

sagen, hätten wir die Katastrophe gehabt. Denn dann wären wir nicht in Schritten vorgegangen, die der Verantwortung angepaßt waren, immer wissend, daß wir da nicht nur einen Zahn, sondern mehrere Zähne zulegen können, wenn es im Interesse der Bevölkerung notwendig ist, dann hätten wir die Situation gehabt, daß eine totale Verunsicherung dagewesen wäre, auf allen Gebieten und ich sage Ihnen ganz ehrlich, meine Damen und Herren, für eine solche Vorgangsweise werden Sie sicherlich nie die Mehrheit dieses Hauses bekommen.

Verantwortung, ja! Vertrauen wirklich auch beweisen, daß das gerechtfertigt ist durch die Maßnahmen, durch die Vorgangsweise, ja! Aber eine Vorgangsweise, die unter Umständen Panik erzeugen kann, zu falschen Schlußfolgerungen in der Bevölkerung führen könnte, da werden Sie niemals die Zustimmung finden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Laut § 21 Abs. 2 Punkt 6 hat sich Herr Abg. Ing. Engelmayer zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort und mache aber darauf aufmerksam, daß die Redezeit 5 Minuten nicht überschreiten darf.

Abg. Ing. Engelmayer: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Stadtrat! Ich habe mich deswegen zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet, weil Herr Stadtrat Braun versucht hat, an Hand eines Beispiels mir nachzuweisen, daß ich unsachliche und ungenaue Behauptungen hier aufgestellt habe. Konkret hat der Herr Stadtrat behauptet, daß entgegen meiner Feststellung, daß die Strahlenmeßgeräte nicht geeicht sind, sie nach seiner Auskunft sehr wohl geeicht sind.

Herr Stadtrat! Sie haben bei der unzuständigen Behörde diese Auskunft eingeholt, denn für die Eichung ist das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen zuständig nach dem Maß- und Eichgesetz in der Fassung vom 20. März 1973. Und als geeicht können gemäß § 36 dieses Gesetzes nur solche Geräte bezeichnet werden, die eichamtlich von der Eichbehörde der eichtechnischen Prüfung unterzogen und auch mit dem Eichstempel versehen worden sind. Als geeicht dürfen jene Gegenstände nicht bezeichnet werden, die von der Eichbehörde nicht geprüft wurden, und genau das haben Sie getan.

Ich habe mich im Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, in der Abteilung E 1 bei Dr. Hasenauer, sehr sorgfältig erkundigt, den Sie gerne als zuständigen Beamten anrufen können. Es ist kein einziges dieser Strahlenmeßgeräte geeicht worden und nichts anderes habe ich behauptet. Wenn Sie mir Ungenauigkeit und Unsachlichkeit vorgeworfen haben, dann überlasse ich es hier den Damen und Herren zu beurteilen, wer unsachlich und ungenau war. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Gertrude Stiehl: Zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Braun. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Braun: Herr Abg. Ing. Engelmayer hat sich jetzt in einer Form der Richtigstellung darauf bezogen, daß es nicht vom Eich- und Vermessungsamt geeicht wurde. Ich darf aber dazu sagen und es ist möglich, daß Sie das nicht wissen, Herr Abg. Ing. Engelmayer, daß die Meßgeräte des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz vom Atominstitut der Universität Wien, von Prof. Tschirf, und der Erzeugerfirma ständig geprüft werden. Es handelt sich um Meßrohre, das ist international so, sie sind daher eindeutig genau kalibriert (Abg. Ing. Engelmayer: Aber nicht geeicht!), was mir neuerlich vom Atominstitut der Universität Wien bestätigt wurde. Ich möchte daher noch einmal bitten, daß, wenn nicht eine Stelle, aber eine andere dazu autorisierte Stelle, eine solche Kontrolle durchführt, man nicht, dadurch daß man sich nur für eine Kontrollstelle ausspricht, den Eindruck erweckt, als ob keine Genauigkeit da wäre. Nur um das ist es mir gegangen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte zur Mitteilung des Herrn Amtsführenden Stadtrates für Umwelt und Bürgerdienst ist geschlossen. (Präs. Hahn: Also geeichte Sozialisten!)

Wir kommen nun zum Verlangen der Abgen. Ing. Engelmayer und Dr. Marilies Flemming auf dringliche Behandlung des Antrages, betreffend Strahlenkatastrophe - umfassendes Zivilschutzkonzept für Wien.

Gleichzeitig wurde von der im § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Landtagsabgeordneten die Verlesung dieses Antrages verlangt. Ich bitte daher den Schriftführer, den Antrag zu verlesen.

Schriftführer Mag. Dipl.-Ing. Regler: "Dringlicher Antrag der ÖVP-Abgeordneten Ing. Günther

Engelmayer und Dr. Marilies Flemming, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 14. Mai 1986, betreffend Strahlenkatastrophe - umfassendes Zivilschutzkonzept für Wien.

Die kürzliche Katastrophe im russischen Kernkraftwerk Tschernobyl bedeutet auch für Österreich eine erhöhte Strahlenbelastung und damit eine Gefährdung, die verschiedene Maßnahmen notwendig macht. Neben einer genauen und umfassenden Information der Bevölkerung sind auch detaillierte Verhaltensmaßregeln notwendig, vor allem für besonders gefährdete Gruppen wie Schwangere oder Mütter mit Kleinkindern. Dabei hat sich zum Beispiel in Wien gezeigt, daß Informationen zum Teil ungenau beziehungsweise widersprüchlich erfolgen und die Bevölkerung nicht ausreichend über Gefahren, Gebote und Verbote informiert wurde.

Darüber hinaus macht die Strahlenkatastrophe auch die Notwendigkeit eines umfassenden Zivilschutzplanes für Wien deutlich. Obwohl ein solcher Plan seit Jahren angekündigt wird, gibt es weder ein Gesamtkonzept noch einen konkreten Maßnahmenkatalog, der den Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen größeren Ausmaßes gewährleistet. So gibt es derzeit in Wien, zum Beispiel, kein umfassendes Warn- und Frühwarnsystem, das zum Beispiel auch bei Stromausfall funktioniert.

Kein entsprechendes Krisenmanagement und ausreichende Organisationspläne.

Keine ausreichende Krisenvorsorge zur Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und Trinkwasser.

Kein Schutzraumkonzept.

Kein Konzept für die ärztliche Versorgung bei Großkatastrophen.

Keine Koordination und enge Zusammenarbeit mit einschlägigen Einrichtungen und Institutionen wie Militär et cetera sowie mit anderen Bundesländern.

Andere Länder, wie zum Beispiel die Schweiz oder Schweden, haben auf diesem Gebiet bereits seit Jahren entsprechende Vorsorge getroffen, die in Wien beziehungsweise in Österreich nicht einmal noch ansatzweise vorhanden sind. Angesichts der großen Bedeutung dieser Fragen für die Wiener Bevölkerung und der Notwendigkeit, möglichst rasch entsprechende Maßnahmen zu treffen, stellen die gefertigten ÖVP-Abgeordneten folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Im Zusammenhang mit der jüngsten Strahlenkatastrophe hat seitens der Stadt Wien eine umfassende und genaue Information der Wiener Bevölkerung zu erfolgen, bei der vor allem Schwangere sowie Mütter mit Kleinkindern genaue Verhaltensmaßregeln erhalten sollen. Diese Informationen sollen sowohl durch Einschaltungen in den Wiener Tageszeitungen, in Rundfunk und Fernsehen, durch eine Postwurfsendung der Stadt Wien sowie eventuell durch Hausanschlüge erfolgen.

2. Es ist umgehend ein umfassendes Wiener Zivilschutzkonzept mit einem konkreten Maßnahmenkatalog auszuarbeiten und in der Bevölkerung entsprechend zu veröffentlichen, das einen Schutz bei größeren Katastrophen verschiedenster Art gewährleisten soll.

Dieses Konzept soll unter anderem enthalten:

Ein umfassendes Warn- und Frühwarnsystem.

Ein entsprechendes Krisenmanagement mit Organisationsplänen.

Ein Konzept zur ausreichenden Krisenvorsorge.

Ein Schutzraumkonzept.

Ein Konzept für die ärztliche Versorgung.

Die notwendigen Maßnahmen zur Koordination und Zusammenarbeit mit allen einschlägigen Einrichtungen und Institutionen sowie mit anderen Bundesländern."

Präsident Gertrude Stiehl: Danke schön. Zur Begründung seines Verlangens auf Dringlichkeit erteile ich Herrn Abg. Ing. Engelmayer das Wort, wobei ich bemerke, daß gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung seine Redezeit mit 5 Minuten begrenzt ist.

Abg. Ing. Engelmayer: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Ich möchte mich wegen der nun schon fünf Stunden andauernden Diskussion zu diesem Thema kurz fassen.



Die Strahlenkatastrophe in der Ukraine hat uns das Risiko der Nutzung der Atomkraft deutlich vor Augen geführt. Wenn auch Österreich niemals ein eigenes Kernkraftwerk in Betrieb nehmen wird, so ist unser Land doch von rund zwei Dutzend Kernkraftwerken umgeben und zwar von sehr unterschiedlichem Sicherheitsstandard und diese Atommeiler rund um Österreich stehen in der überwiegenden Mehrzahl wesentlich näher unserer Grenze als der Unglücksreaktor in Tschernobyl. Wir können nach den Unfällen von Windscale, Three Miles Island und Tschernobyl, das wurde heute alles schon erwähnt, nicht mehr mit Sicherheit ausschließen, daß Material-, Systemfehler aber auch menschliches Versagen nicht wieder zu einem Reaktorunfall führen könnten.

Das Risiko eines zivilen Strahlenunfalls ist offensichtlich größer geworden, als die Gefahr eines Atomkrieges. Es ist daher ein Gebot der Stunde aus den erkannten Fehlern und Versäumnissen im Zusammenhang mit den Mängeln des bisher nicht ernst genug genommenen Zivilschutzes die richtigen Konsequenzen zu ziehen und diese Bereitschaft haben ja auch der Herr Bürgermeister, der Herr Stadtrat und auch die Frau Stadtrat schon erkennen lassen.

Ich glaube, daß das jetzt die vordringlichste Erwartung der Bürger unserer Stadt ist. Konzepte, die sich in Überschriften und Schlagworten oder in wenig detaillierten Maßnahmen erschöpfen, sind offensichtlich zu wenig. Sie können nützliche Grundlage sein für Weiterentwicklungen oder Konkretisierungen. Was wir aber jetzt brauchen, und das ist der Sinn unseres Antrages, das sind sorgfältig ausgearbeitete Pläne, deren Ausführungen im Ernstfall auch wirklich funktionieren. Was wir brauchen, sind Übungen in der Anwendung der Einsatzpläne und eine ständige Überprüfung ihrer Funktionstüchtigkeit. Was wir aber vor allem brauchen, das ist eine bessere und umfassendere Aufklärung der Bevölkerung.

Je mehr wir an Unsicherheit und Unwissen beseitigen, umso mehr können wir den Menschen die Angst nehmen und umso mehr steigt auch die Chance, künftig eine Panik im Ernstfall zu vermeiden. Zivilschutz muß in Österreich und speziell in der Großstadt Wien zu einem ernsteren Anliegen sowohl der öffentlichen Hand, aber auch der privaten Institutionen und jedes einzelnen werden. Wir sollten mehr als bisher der zentralen, der dezentralen und der privaten Vorsorge unsere Aufmerksamkeit schenken.

Wenn wir den Menschen unseres Landes und unserer Stadt mehr als bisher das Gefühl, ja die Sicherheit vermitteln können, daß im Falle einer Bedrohung des Lebens, der Gesundheit oder der Freiheit die verantwortlichen Politiker die richtigen Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt treffen und die zuständigen staatlichen Institutionen rasch und richtig funktionieren, dann können wir Mißtrauen und Verunsicherung abbauen und das nötige Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und der Verwaltung, den Politikern und Behörden festigen. Das ist der Zweck unseres dringlichen Antrages, um dessen Annahme ich Sie im Interesse der Sicherheit und der Gesundheit der Bevölkerung bitte. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Gertrude Stiehl: Wir kommen nun zur Abstimmung über die dringliche Behandlung des Antrages. Ich bitte jene Damen und Herren, die für die dringliche Behandlung sind, die Hand zu erheben. - Danke schön. Das ist einstimmig.

Nun hat der Landtag ohne Debatte zu entscheiden, ob die dringliche Behandlung in dieser öffentlichen Sitzung, also heute, oder in der nächstfolgenden stattzufinden hat. Der Antragsteller schlägt vor, die dringliche Behandlung in der heutigen öffentlichen Landtagssitzung durchzuführen. Ich bitte daher jene Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, die Hand zu erheben. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Bei der nun folgenden Besprechung des Antrages beträgt die Redezeit gemäß § 44 Abs. 4 der Geschäftsordnung für jeden Redner höchstens 20 Minuten, ausgenommen sind selbstverständlich der Landeshauptmann und das zuständige Mitglied der Landesregierung.

Zu Wort gemeldet ist als erste Rednerin Frau Abg. Dkfm. Hilde Schilling. Ich bitte sie, das Wort zu ergreifen.

Abg. Dkfm. Hilde Schilling: Sehr geehrte Frau Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Wir haben nun stundenlang über das Thema Tschernobyl ausführlich gesprochen und von unserer Seite sind Vorschläge gemacht und auch Vorwürfe erhoben worden wegen der Versäumnisse in der Vergangenheit



und wegen der zu langsamen Reaktion der verantwortlichen Stellen.

Herr Stadtrat Braun, Frau Stadtrat Seidl und der Herr Landeshauptmann haben uns erklärt, daß sie alles in ihrer Macht stehende unternommen hätten. Nun, ich muß Ihnen sagen, die Bürger, wir alle und ich ganz persönlich, haben das nicht so empfunden, sondern ganz im Gegenteil den Eindruck gehabt, daß uns das Unglück völlig unvorbereitet überrollt hat. Deswegen, damit das in Zukunft vermieden werden soll, haben wir diesen dringlichen Antrag eingebracht und deswegen möchte ich doch noch kurz dazu Stellung nehmen.

Der Herr Landeshauptmann hat gesagt: "Wir haben alles, was wir wußten sofort weitergegeben!" Nun, ich kann mir nicht helfen, ich muß sagen, bis zum Letztverbraucher ist das nicht in der gewünschten Form und nicht in der nötigen Schnelligkeit durchgekommen. Erst als schon quer durch Österreich die Meßinstrumente besorgniserregende Werte angezeigt haben, sind die ersten vorsichtigen Informationen vom Gesundheitsministerium gekommen, nach dem Motto: "Eigentlich besteht ja keine Gefahr, aber schützen wir uns trotzdem davor!"

Was berichtet die Arbeiterzeitung zu diesem Thema? Am Montag, den 28. April hat die TASS den Unfall bekanntgegeben. Schweden und Finnland haben eine aufs fünffache gestiegene Radioaktivität gemeldet. Genau das stand auch am 29. in der AZ, allerdings ohne jeden Kommentar.

Die Österreichischen Meßstellen verzeichneten zu diesem Zeitpunkt leicht erhöhte Werte und wie wir heute gehört haben, fand im Rathaus bereits eine erste Besprechung statt. Am Mittwoch, den 30. April stand in der AZ auf der Titelseite: "Auf Österreich kommt keine Wolke zu!" Das hat insofern gestimmt, als die Wolke leider schon da war. In den Frühnachrichten hörten wir, daß in Kärnten radioaktiver Regen gefallen war und daß die Bevölkerung, besonders schwangere Frauen und Kinder, vor dem Aufenthalt im Freien gewarnt wurden. In Wien hielten sich die Verantwortlichen, wenn schon nicht die Hand vor die Augen, so doch offensichtlich vor den Mund, um die Bevölkerung nicht in Unruhe zu versetzen, wie es heißt. An diesem Mittwoch, gegen 11 Uhr, hielt ein Wiener Hauptschullehrer aus reinem Interesse an der Sache, den schuleigenen Geigerzähler aus dem Fenster und das Gerät begann wie wild zu ticken. In den Klassenräumen waren die Werte noch normal. Zwei Stunden später stellte er fest, daß in jenen Räumen, in denen die Kippfenster der Wärme wegen offengeblieben waren, die Werte um das vier- bis fünffache gestiegen waren. Es hat ja niemand eine Warnung gegeben, in den Schulräumen die Fenster zuzumachen. Am Nachmittag habe ich den Rasen gemäht und das Gras mit den Händen weggetragen, die Enkelkinder der Nachbarin haben fast nackt im Sand gespielt, der Hund wurde gestreichelt und herumgetragen und in der Gärtnerei nebenan gruben zwei Frauen Vergißmeinnichtstöckerln aus, die sie dann doch hatten wegwerfen müssen, da festgestellt wurde, daß die Blumen total verstrahlt waren. Wir hatten alle keine Ahnung von der bereits vorhandenen Gefahr. Wir haben zu spät erfahren, daß wir das alles nicht hätten tun sollen, wir müssen alle ganz schön etwas abbekommen haben.

Am 2. Mai stand in der Arbeiterzeitung endlich: "Die Belastung geht zurück! In Österreich wird in den Abendstunden mit einer Entspannung gerechnet." Welche Belastung fragt man sich, laut AZ hat es doch gar keine gegeben. In einer kleinen niederösterreichischen Gemeinde hielt am 2. Mai der Hauptmann der Freiwilligen Feuerwehr sein Meßgerät vor der Schule in den Straßenstaub und da sind ihm die Augen aus dem Kopf gefallen, so hoch waren die Werte. Er ließ sofort alle Straßen und Gehsteige seiner Gemeinde abspritzen. Ich hatte in meinem Bezirk nicht den Eindruck, daß irgendwo etwas abgespritzt wurde, es haben auch die Leute in der Bezirksvorstehung angerufen, warum in Hietzing die Straßen nicht gereinigt werden, denn sie fürchten sich schließlich und endlich vor dem radioaktiven Staub, den man ja einatmet, wenn er auf der Straße liegen bleibt.

Die überstürzten Meldungen, die in den folgenden Tagen auf uns niedergeprasselt sind und von der Bevölkerung als konfus empfunden wurden, haben die Leute in Angst und Schrecken versetzt.

Ich will gar nicht weiter darauf eingehen, was da alles gekommen ist und welche schrecklichen Dinge in den Medien bekanntgegeben wurden. Die Frage war nur immer wieder: Was ist mit dem Straßenstaub, wie können wir uns davor schützen, wir können ja schließlich nicht auf das Atemholen verzichten? Der Normalverbraucher hatte den Eindruck, die Sache muß wesentlich ärger sein, als die da oben zuge-

ben und sie lassen uns im ungewissen, weil sie uns nicht helfen können. Kein Wunder, wenn die verschreckten Bürger überall angerufen haben, wo sie Rat und Hilfe erwarteten. Und es ist traurig, daß sie sie nicht rechtzeitig und ausreichend von den zuständigen Stellen bekommen haben.

Fachleute in den einschlägigen Hochschulinstituten der Universität, die in diesen Tagen ohnedies nicht wußten, was sie zuerst machen sollten, hingen den ganzen Tag am Telefon, um verängstigte Bürger zu beraten. Es wäre dies die große Stunde für den Wiener Zivilschutzverband gewesen. Aber nein, der war auch völlig überlastet. Am Mittwoch vergangener Woche wurden die Anrufer auf den Niederösterreichischen Verband verwiesen und am Freitag vergangener Woche wollte ich nur Unterlagen holen und das Telefon war nicht einmal besetzt, offensichtlich machte man Feiertagsruhe.

Die Ereignisse haben uns wirklich unvorbereitet getroffen. Nicht auszudenken, was bei einer wirklich lebensgefährlichen Strahlung oder einer sonstigen Katastrophe passiert wäre. (Abg. Hirsch: Also waren sie doch nicht gefährlich!) Sie hätte noch gefährlicher sein können.

Bei der großen Zahl von Atomreaktoren und Atomwaffen ist die Möglichkeit leider Gottes durchaus gegeben, daß wir es in absehbarer Zeit wieder mit einem radioaktiven Niederschlag zu tun bekommen. Die Menschen wissen das. Und es hat sich vielfach ein Gefühl der Hilflosigkeit und der Hoffnungslosigkeit einem unsichtbaren Feind gegenüber breitgemacht. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen Vorsorge treffen. Sie haben ja gesagt, daß Sie ernstlich gewillt sind, Vorsorge zu treffen, so weit es möglich ist, und wir dürfen uns nie wieder darauf verlassen, daß der Wind die Gefahr woanders hintreibt und daß er nicht umdreht. Wir dürfen uns auch nicht mit der statistischen Wahrscheinlichkeit abfinden, daß so und so viele Prozent der Bevölkerung unbeschadet davonkommen. Es weiß ja keiner, unter welche Gruppe er fällt.

Wir sind es vor allem unseren Kindern und den schwangeren Frauen schuldig, die sich in diesen Tagen wirklich ernste und ernstzunehmende Sorgen machen, daß wir die Bevölkerung nach besten Kräften schützen und bewahren. Ich erwarte mir daher von den verantwortlichen Politikern, daß sie wirklich alles in ihrer Macht stehende tun. Versprochen haben sie es ja, jetzt müssen wir darangehen das Versprochene auch wirklich in die Tat umzusetzen, denn versprochen ist es ja leicht, damit uns künftige Unglücksfälle gut vorbereitet finden, damit ein jeder von uns an seinem Platz weiß, was er zu tun, anzuordnen und in Gang zu setzen hat und damit jeder weiß, welche Maßnahmen in welcher Situation sinnvoll und notwendig sind und gesetzt werden müssen und daß es dann auch keine Diskussion darüber gibt. Man darf von der Bevölkerung ein zweckmäßiges und einsichtiges Verhalten erwarten, wenn sie vor dem Anlaßfall richtig instruiert und aufmerksam gemacht worden ist. Wir alle hoffen, daß wir dieses Mal mit einem blauen Auge davonkommen. Gerade deswegen müssen wir die entsprechenden Lehren daraus ziehen.

Wir haben in Österreich schon seit langem ein Versorgungssicherungsgesetz. Das möchte ich jetzt zitieren:

Da steht im § 8: Zur Begutachtung von Verordnungen, zur Beratung und Empfehlung von anderen Vollzugsmaßnahmen sowie zur Beratung in Fragen der vorbeugenden Versorgungssicherung hat sich der jeweilige Landeshauptmann eines Landesversorgungssicherungsausschusses zu bedienen. Es steht nicht drinnen "er kann sich", sondern "er hat sich".

Frage an den Herrn Landeshauptmann, der gerade nicht da ist: Was hat dieser Ausschuß bisher getan?

Ich gebe die Antwort gleich selbst: Er hat sich konstituiert, und zwar am 12. Oktober 1981, um dem Gesetz genüge zu tun. Die Tagesordnung lautete: Erstens: Konstituierung. Zweitens: Diskussion über die Geschäftsordnung. Drittens: Allfälliges. Seither ist dieser wichtige Ausschuß nie wieder einberufen worden. Ich halte das für so typisch und so symptomatisch, wie unwichtig den Verantwortlichen in Wien die Versorgung Wiens bisher erschienen ist. Das sind Versäumnisse, auf die man leider doch aufmerksam machen muß.

Unter die Kompetenz der Frau Stadtrat Seidl fallen unter anderem auch die administrativen Angelegenheiten des Zivilschutzes und die Vermittlung von Kenntnissen an die Bevölkerung auf dem Gebiet

des Selbstschutzes und der Haushaltsbevorratung. Nun bisher ist in dieser Hinsicht sehr wenig getan worden und ich sehe schon ein, Frau Stadtrat, daß Sie für den Reaktorunfall nichts dafür können. Das ist wohl klar, aber man muß Ihnen doch auch den Vorwurf machen, daß die Mehrzahl der Wiener Haushalte bisher von Krisenvorräten, Krisenvorsorge, Selbstschutz und vor allem Strahlenschutz sehr wenig weiß. Wie wir uns selber hätten schützen können, haben wir erst im nachhinein und zierlich, wie es auf gut wienerisch heißt, erfahren. Dabei hätte es ausgezeichnete Beispiele gegeben. Nicht nur aus der Schweiz, sondern auch aus dieser Broschüre hier, Nummer 5 "Die unsichtbare Gefahr Strahlen" vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Hier steht aufgelistet, sehr übersichtlich und leicht verständlich, wie man sich bei der Gefahr einer Verstrahlung zu verhalten hat. Wenn wir das alles im vorhinein rechtzeitig gewußt hätten, hätten wir uns viel ersparen können. Eine entsprechende Broschüre muß für Wien ausgearbeitet werden und gehört in jeden Haushalt.

Ich möchte von dieser Stelle auch an die Wiener Mitbürger appellieren, selbst Vorsorge zu betreiben, zum Schutz ihrer Kinder und zu ihrem eigenen Schutz. Im Krisenfall ist jede Familie und ist jeder Haushalt zunächst einmal auf sich selbst gestellt. Wir dürfen nicht alles vom Staat und von den Behörden erwarten. Im Ernstfall muß jeder von uns so ausgerüstet sein, daß er 14 Tage ohne Schaden aus eigener Kraft überdauern kann. Jeder Haushalt muß seinen Krisenvorrat an Lebensmitteln, Trinkwasser und Medikamenten parat haben. Auch diesbezüglich muß die Bevölkerung viel mehr als bisher informiert und motiviert werden.

Wir schließen schließlich Versicherungs- und Sparverträge ab, um gegen Unglücksfälle gewappnet zu sein und vergessen, daß es Situationen gegeben hat und - Gott möge es verhüten - wieder geben kann, in denen ein Vertrag und ein verbrieftes Recht ein Stück Papier sind, von dem man nicht abbeißen kann, während ein entsprechender Vorrat an Lebensmitteln und Trinkwasser einem ganz konkret über das Ärgste hinweghilft.

Wir brauchen Selbstschutzzentren, verteilt über das ganze Stadtgebiet, in denen richtiges Verhalten vorgeführt und trainiert wird. Nur eine richtig instruierte Gesellschaft ist auch eine richtig geschützte Gesellschaft.

Das Handelsministerium hat vor einiger Zeit ein sehr schönes Plakat herausgebracht, auf dem Anleitungen zum Anlegen eines Krisenvorrates drauf sind. In den Bundesländern wurden davon 800.000 Exemplare verteilt, nur in Wien war es bisher schwierig bei der Mehrheitspartei ein entsprechendes Interesse zu finden und die Bevölkerung zu mobilisieren. Aber das wird sich ja ändern, haben wir gehört. Diesbezüglich ist ja schon einiges im Laufen.

Wenn nun endlich hier bei uns in Wien, bei den derzeit Verantwortlichen ein Umdenken einsetzt, was ich sehr hoffe und woran ich auch glauben möchte, dann hat die Katastrophe von Tschernobyl wenigstens auch positive Auswirkungen gehabt, die man gar nicht hoch genug einschätzen kann. Vom endlichen Aus für Zwentendorf, bis zum bewußten und gefaßten Umgang mit möglichen künftigen Unglücksfällen und Krisen.

Wenn man die Gefahr kennt und weiß wie man sich schützen kann, wird aus Angst und Bestürzung das Bedürfnis aktiv zu werden und etwas zu tun. Genau das muß jetzt geschehen. Nur die Verantwortlichen müssen der Bevölkerung endlich sagen, wie sie es tun und was sie tun sollen. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Getrude Stiehl: Als nächster Redner ist Herr Abg. Faymann gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Faymann: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir mittlerweile schon von vielen Debattenrednern gehört haben, welche Maßnahmen an Vorsorge wir in Wien bereits getroffen haben, im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern; was wir noch tun müssen und wie wir uns in Zukunft, gerade wenn es um die Gefährdung durch radioaktive Strahlungen oder um die Auswirkungen von radioaktiven Strahlungen auf die Nahrungskette geht, zu verhalten haben; wenn wir über vorsorgende und vorbeugende Maßnahmen in diesem Bereich heute viel gehört und gesprochen haben, dann meine Damen und Herren, fehlt mir doch eine sehr entscheidende Frage. Wenn wir uns alle einig sind, es darf

kein zweites Tschernobyl geben, dann müssen wir doch gerade bei einer solchen Diskussion über die Auswirkung von Unfällen im atomaren Bereich fragen: Was ist mit den Atomwaffenarsenalen rund um Österreich? (Beifall bei der SPÖ.) Was ist mit den Atomwaffenarsenalen in Europa, mit den Atomwaffenarsenalen stationiert in West und in Ost? Sind denn die keine Gefahr?

Ich glaube, daß wir gerade diese Diskussion nicht vorbeigehen lassen dürfen, ohne auf zwei Punkte im besonderen hinzuweisen.

Erstens. Es gab schon vor Tschernobyl Atomwaffenversuche auf dieser Welt. Und wir wissen bis heute noch nicht genau, wie sich die auf Europa und vielleicht auch auf Österreich ausgewirkt haben. Was können wir da tun, um zu verhindern, daß man Gesundheit und Leben aufs Spiel setzt, indem man Waffen erprobt, die man hoffentlich nie brauchen wird? (Beifall bei der SPÖ.)

Wir sollten gerade die Katastrophe von Tschernobyl zum Anlaß dazu nehmen, auch als neutraler Staat aktiv zu werden und wir haben das in mehreren Aussagen ja bereits begonnen. Auch unser Landeshauptmann hat ja bereits darauf hingewiesen. Er war ja übrigens auch einer der ersten, der sich zu Wort gemeldet und der ein Aus für Zwentendorf verlangt hat. Die Landesregierung hat sich ja dann dahintergestellt. Das ist erfreulich. Er hat sich aber auch zum Thema Atomwaffenarsenale zu Wort gemeldet.

Zivilschutz: Wir haben heute gehört, gerade von Frau Kollegin Schilling, daß eine große Stunde für den Zivilschutz gekommen ist. Wenn es aber um die Gefahren unserer Atomwaffenarsenale geht, dann, meine Damen und Herren, wird auch der Zivilschutz nicht viel helfen. Wir wissen, es handelt sich um hundertfache Overkill-Potentiale. Und ich darf Kennedy zitieren, einen politisch unverdächtigen Zeugen, der gesagt hat: "Aus den Bunkern die wir bauen und aus den Zivilschutzeinrichtungen werden nur tiefe Gräber werden und die Lebenden werden es sein, die die Toten beneiden." Wenn wir die Gefahren dieses atomaren Holocaust bedenken, wenn wir die Gefahren dieses Overkill-Potentials, das rund um unser Land stationiert ist, bedenken, dann dürfen wir diese heutige Diskussion nicht an uns vorbeigehen lassen, ohne die Gefahren von Tschernobyl, die wir hier aufgezeigt haben, zu nutzen, um einen Appell an West und Ost zu richten, endlich abzurüsten, endlich auf diese Atomwaffenpotentiale zu verzichten und endlich diese Rüstungsspirale anzuhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß, daß Sie da nicht applaudieren können, weil ich, ein sozialistischer Abgeordneter, das vielleicht anders sage als Sie. (Präs. Hahn: Ich hätte es als "Osten und Westen" gesagt!) Osten und Westen hätten Sie gesagt, anstatt Westen und Osten. Ich glaube, in Zeiten eines solchen Overkill-Potentials spielt diese Unterscheidung keine Rolle mehr. (Beifall bei der SPÖ. - Präs. Hahn: Das ist die Feinheit!)

Meine Damen und Herren! Wir haben es deutlich gesagt, daß wir weniger Rüstung und damit auch weniger atomare Gefahren im Osten wollen und wir sagen es genauso deutlich, daß auch wir weniger Rüstung von den Nato-Staaten wollen. Um es noch deutlicher zu sagen: Auch von den Bündnissen, die noch immer die Ideologie des Gleichgewichtes der Kräfte haben, ich würde sagen, es ist ein Gleichgewicht des Schreckens. Ein Gleichgewicht des Schreckens, das uns alle veranlassen sollte, wenn wir das alles ernst meinen, auch den NATO-Staaten zu sagen: "Rüstet ab! Verzichtet auf diese Atomwaffen, erzählt uns nicht, Ihr habt das technisch alles unter Kontrolle. Erzählt uns nicht, daß Ihr ganz genau wißt, daß es da kein menschliches Versagen gibt. So ist das nicht. Wir haben bei Tschernobyl die Grenzen der Technik gesehen. Es hat uns vor Augen geführt, was menschliches und was technisches Versagen anrichten kann."

Dasselbe gilt auch für das Gleichgewicht des Schreckens, dasselbe gilt für die Atomwaffenarsenale. Nutzen wir die Gelegenheit, wenn wir jetzt über Tschernobyl diskutieren, um zu Atomwaffenversuchen und zu den Atomwaffenarsenalen rund um unser Land in Europa und auf dieser Welt Stellung zu nehmen. (Abg. Edlinger: Aber die russischen schon auch!) Denn Österreich ist da keine Insel der Seligen, wir werden uns da nicht zurückziehen können und es wird uns nicht reichen einen Keller zu bauen. Wir werden vorher, und zwar jetzt, alle Maßnahmen setzen müssen, um politisch aktiv zu werden, auch im Ausland, und ich hoffe, daß wir das in West und Ost gemeinsam werden. (Präs. Hahn: Zuerst im Osten!) Wir müssen aktiv werden, um diese atomaren Waffen einzudämmen, abzubauen, diese Rüstungsspirale anzuhalten (Präs. Hahn: Gusenbauer hat die russische Erde geküßt!), denn nur Verhinderung von

Rüstung kann auch eine Verhinderung von atomaren Waffen und von atomaren Gefahren bedeuten. (Abg. Dr. Petrik: Warum sagen Sie das nicht der eigenen Partei, Herr Kollege?)

Meine Damen und Herren! Damit komme ich auch zum Abschluß und sage: Wenn wir etwas aus Tschernobyl gelernt haben, dann auch, daß die Technik in diesem Bereich versagen kann, dann auch, daß es in diesen Bereichen menschliches Versagen geben kann, dann auch, daß wir uns kein Overkill-Potential einreden lassen. Da gibt es keine garantierte Sicherheit im Westen und keine im Osten und da sollten wir gemeinsam auftreten. Wenn wir wirklich aus Tschernobyl etwas gelernt haben, wenn wir kein zweites Tschernobyl wollen und wenn wir das ernst meinen und sagen, daß wir gegen die Potentiale auftreten, gegen die atomaren Potentiale rund um unser Land, dann müssen wir das jetzt sagen und nicht warten, bis es zu spät ist! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Als nächste Rednerin ist Frau Stadtrat Hampel-Fuchs gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Stadtrat Maria Hampel-Fuchs: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin, glaube ich, wirklich mit dem Engagement und auch dem gefühlsmäßigen Engagement des Kollegen Faymann einer Meinung. Nämlich der Jugend, den Kindern und vor allem den Frauen (Abg. Ing. Riedler: Und die Männer nicht?) hat der Vorfall Tschernobyl gezeigt, daß es den Ernstfall gibt und insofern hoffe ich, daß diese Diskussion heute wirklich... (Abg. Ing. Riedler: Haben Sie etwas gegen Männer?) Nein, ich habe überhaupt nichts gegen die Herren, aber ich glaube, daß es hier von der Sensibilität her, eine ganz besondere Aufmerksamkeit bei diesen Gruppen für die atomare Bedrohung gibt (Abg. Edlinger: Ich bin so sensibel!), und ich muß sagen, ich bin weithin seiner Auffassung zu dem, was er jetzt hier dem Gremium vorgetragen hat. Ich hoffe nur, daß Sie sich auch in Zukunft durchsetzen. Ich fürchte nämlich, daß wir heute wohl eine sehr lange Debatte haben, aber daß dann wieder nichts passiert und das dürfte eben nach Tschernobyl nicht mehr passieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Heute habe ich groß in der Zeitung lesen können - und mich hat die Schlagzeile gefreut -, daß die Wiener U-Bahn und der U-Bahn-Bau überprüft werden, wie weit sie für den Schutzraumbau nutzbar sind. Seit Jahrzehnten fordert die Wiener Volkspartei erstens den U-Bahn-Bau und zweitens den Schutzraumbau in diesen U-Bahn-Stollen. Immer wieder wurde diese Forderung von bisher allen Stadträten der SPÖ abgelehnt. Ich freue mich, wenn es nun für die U 3, für die U 6 und eventuell für andere U-Bahn-Projekte, zumindest bei deren Neubau, möglich ist, das Schutzraumprojekt erstmals zu realisieren. Wir tun selbstverständlich mit, das ist überhaupt keine Frage.

Zweitens: Das Aus für Zwentendorf. Auch hier müssen wir sagen, die Wiener Landesregierung hat diesen Antrag einstimmig und mit Freude zur Kenntnis genommen. Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek ist schon vor 1978 und rund um 1978 und nach 1978 gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf aufgetreten und hat sich hingestellt in einer Situation, in der nicht 70 Prozent der Bevölkerung für ihn gestimmt haben. Wir freuen uns und ich freue mich auch, daß jetzt der Herr Bürgermeister auch diese Meinung teilt.

Vorigen Sommer hat er diese Meinung jedenfalls noch nicht gehabt, das sei nur für das Gremium und für das Protokoll festgehalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun zu einigen Fragen, die vielleicht noch offen sind, obwohl wir das Thema ja schon sehr ausführlich heute beraten haben.

Wir haben zwei widersprüchliche Weisungen des Stadtschulrates gehabt und ich möchte hier auch auf die Versäumnisse der Gesundheitsbehörden hinweisen, weil sich eben der Wiener Stadtschulrat in seinem ersten Erlaß auf Informationen der Gesundheitsbehörden verläßt. Mit Recht muß ich sagen. Nur hatten anscheinend die Gesundheitsbehörden in Wien und die Gesundheitsbehörden des Bundes eine unterschiedliche Ausgangslage für ihre Beurteilung. Während die Wiener Landessanitätsdirektion festgehalten hat, daß keine Bedenken bestehen, Schulveranstaltungen wie geplant durchzuführen, wurde im Handumdrehen von Bundesebene festgehalten, daß davon abzusehen ist.

Ich möchte hier Herrn Stadtrat Stacher im besonderen ansprechen, dem ja diese Behörde untersteht. Warum kamen diese unterschiedlichen Auffassungen zustande? Warum wurde der Kontakt nicht rechtzeitig mit dem Gesundheitsministerium und auch mit dem Unterrichtsministerium gepflogen?

Warum ist erst am 6. Mai 1986, also praktisch mehr als eine Woche nachdem der Unfall stattgefunden hat, eine Warnung für alle Schulen und für alle Kinder ergangen? Dasselbe haben wir ja beim Sand in den Sandkisten gehabt. Es ist ja auch diese Meldung erst sehr, sehr spät gekommen und es wurde ja heute schon einige Male erwähnt, daß die Menschen es tatsächlich nicht glauben konnten, wie intensiv und stark die Belastung durch die Radioaktivität ist.

Des weiteren wird, und das wurde auch von Herrn Stadtrat Stacher persönlich gemacht und auch von anderen, immer wieder darauf verwiesen, daß es ja auch immer eine natürliche Radioaktivität gäbe, und daß wir bald wieder so weit seien, wie vor der Verstrahlung durch Tschernobyl. Jetzt besteht aber laut Aussagen von Fachleuten ein ganz gravierender Unterschied zwischen der natürlichen Radioaktivität und einer, die durch eine Kernspaltung entstanden ist. (Amtsf. StR. Univ.-Prof. Dr. Stacher: Worin besteht der?) Viele Gifte sind einfach in der natürlichen Radioaktivität nicht vorhanden, wie zum Beispiel das Jod 131, das Strontium, das Cäsium und so weiter und hier glaube ich, sind diese Dinge nicht zu vergleichen. Sonst, bitte, müßten Sie eben wirklich einen Fachmann hier herholen, um diese technischen Details zu erläutern. Es ist nicht vergleichbar, aber es wird unverantwortlicher Weise immer wieder gemacht.

Zu Herrn Stadtrat Braun: Er hat uns in einem Brief mitgeteilt, daß er schon am 5. Mai ein Flugblatt zur Verfügung gestellt hat. Dieses Flugblatt habe ich mir dann am 13. Mai besorgt. Also am 13. Mai bekam ich den Brief in die Hand, in dem er von diesem Flugblatt spricht und ich habe natürlich sofort beim PID angerufen und ihn gebeten mir die neuesten Informationsblätter zur Verfügung zu stellen. Der PID hat mir mitgeteilt, daß er so ein Flugblatt nicht habe, sondern erst die Zeitung in Herstellung sei und das ist das Informationsblatt, also diese Informationsbroschüre, die demnächst verschickt wird. Ich habe dann mit Nachdruck versucht im Büro Braun zu diesem Flugblatt zu kommen und tatsächlich stieß ich dann dort auf ein Exemplar. Da war allerdings schon der Zivilschutztag angekündigt, von dem wir nicht einmal im Stadtsenat am 7. Mai noch den Termin erfahren haben. Also muß der Beschluß darüber auch erst später entstanden sein, das schließe ich nur aus dieser Termingebung.

Nun gibt es zwischen diesem Flugblatt, das also anscheinend verteilt wurde - ich bin nirgends auf eines gestoßen, muß ich dazu sagen -, und den Informationen hier, die an die Haushalte gehen, gravierende Unterschiede. Und zwar sind drei wesentliche Punkte erst in jener Informationsbroschüre enthalten, die die meisten Haushalte Wiens erst zugestellt bekommen. Es handelt sich hier um die drei Punkte, die den Sport betreffen: "Unterlassen Sie nach Möglichkeit sportliche Betätigungen im Freien, die zu einer größeren Staubentwicklung führen, zum Beispiel Tennis."

Dann der Punkt: "Das Baden in Freiluftbädern, an Wildbadestränden und in Sommerbädern sollten vor allem Kinder und Schwangere unterlassen. Bitte auf jeden Fall nach dem Baden ausgiebig mit Trinkwasser duschen."

Und die letzte Meldung: "Vermeiden Sie den direkten Kontakt mit Gras und Erde. (Abg. Ing. Riedler: Das ist aber mehrmals im Radio und Fernsehen gesagt worden! Wo leben Sie, Frau Stadtrat?)

Selbstverständlich können sich diese Vorsorgemaßnahmen kurzfristig ändern. Bitte beachten Sie deshalb die aktuellen Informationen in Rundfunk und Fernsehen." Das ist schon richtig, daß das oft gesagt worden ist. Nur heute wurde betont, daß rechtzeitig alles in der Macht des Stadtrates stehende getan wurde, um umfassend zu informieren. (Abg. Ing. Riedler: Am 2. Mai!) Ich möchte hier nur den Nachweis erbringen, daß die Wiener Haushalte fast drei Wochen nach dem Unfall die umfassende Information auf den Tisch bekamen. (Abg. Ing. Riedler: Das sind ja erst zwei Wochen!) So lange hat es nämlich gedauert. Ich weiß nicht, wann die Zeitung jetzt verschickt wird. (Abg. Ing. Riedler: Die sind ja schon in den Haushalten!) Leider nein, nicht in allen Bezirken, ich weiß, daß man in einzelnen Bezirken die Auslieferung gestoppt hat, eben wegen des Hinweises, daß hier bereits der 8. Juni als Termin für die Bundespräsidentenwahl steht, obwohl die offizielle Wahlbehörde noch nicht getagt hat, um diesen Termin zu beschließen. (Abg. Ing. Riedler: Aber überhaupt nicht! Ihr Kandidat redet ja auch immer vom 8. Juni!) Sie können das ja widerlegen, wenn Sie wollen, aber das ist halt von uns in Erfahrung gebracht worden.

Dasselbe Durcheinander gab es ja beim Gemüse, es wurde sehr häufig anstatt von Freilandgemüse

von Frischgemüse gesprochen, und die Hausfrauen haben die einzig richtige Konsequenz gezogen, auch wenn es natürlich zu Lasten unserer Gemüsebauern gegangen ist, sie haben überhaupt kein Gemüse mehr gekauft und sämtliche Tiefkühlprodukte und Dosen aufgekauft. Ich habe es selbst erlebt, daß in Selbstbedienungsläden, Großhandelsketten wirklich kein einziges Stück mehr vorhanden war, und hier möchte ich schon auf das Problem der Information zurückkommen.

Es wurde heute mehr oder weniger zum Ausdruck gebracht, daß man der Bevölkerung eine volle Information nicht zumuten kann. Bitte, das stimmt absolut nicht, zumindest glaube ich das nicht und wir gehen davon aus, daß die Bevölkerung sehr wohl die volle Information verträgt, denn nur dann wird sie in der Lage sein, auch richtig zu reagieren und sie wird, wenn sie uninformiert ist, eben in Panik geraten, weil sie nicht weiß, was zu tun ist. Aber ich muß schon sagen, es gibt hier eben unterschiedliche Ansichten zwischen den Parteien, das ist auch im Stadtsenat, in der Landesregierung, immer wieder durchgekommen. Man darf nicht mehr sagen als notwendig, meint die SPÖ, wir meinen, richtiger Zivilschutz ist nur möglich, wenn die volle Information und dadurch die Mitarbeit der Bevölkerung voll gewährleistet ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Ärztekammer Wien, ihr Brief wurde heute schon erwähnt, mußte handeln, da ihre Mitglieder ja auch keinerlei nähere Informationen von offizieller Seite bekommen haben. Die Patienten füllten die Wartezimmer, die Telefone liefen heiß, man wollte wissen, was zu tun ist, wie arg ist es, was los ist und auch die Ärzte wurden nicht informiert. Deshalb hat die Wiener Ärztekammer von sich aus mit Experten ein Informationsblatt für Ärzte zusammengestellt und hier unter anderem festgestellt, daß es Grenzwerte beim Gemüse beziehungsweise beim Spielen im Freien nicht gibt und daß das Ministerium in Expertengesprächen versucht, jeweils Richtlinien zu erarbeiten.

Also es ist nicht alles so klar, wie hier heute von Herrn Stadtrat Braun oder wie vielleicht von Herrn Stadtrat Stacher noch erwähnt werden wird, sondern es gibt viele Dinge die nicht geklärt sind und ich glaube, daß man der Bevölkerung reinen Wein einschenken soll und ihr sehr wohl sagen kann, daß wir hier nicht entsprechend vorbereitet waren und dementsprechend auch nicht rechtzeitig handeln konnten.

Wenn wir nämlich diese Chance, die wir jetzt haben, da alle sensibel sind, nicht nutzen, um zu einem umfassenden Zivilschutzkonzept zu kommen, ist wertvolle Zeit verloren. Die Bevölkerung ist sogar bereit, etwas für den Zivilschutz zu zahlen. Ich glaube, diese Chance muß genutzt werden und darf nicht durch ein Herunterspielen der Situation wieder verniedlicht werden. Die Konsequenzen müßten gezogen werden.

Mir ist auch unverständlich warum Herr Amtsführender Stadtrat Stacher den Landessanitätsrat mit dieser und den zusammenhängenden Fragen nicht befaßt hat. Auch der oberste Sanitätsrat wurde nicht befaßt, zumindest bis gestern nicht, es ist das jenes Gremium, das berufen ist, in allen Sanitätsangelegenheiten und in wichtigen Gesundheitsfragen grundlegend Stellung zu nehmen, um die Behörden beziehungsweise den Landeshauptmann oder den Amtsführenden Stadtrat zu beraten. Dieses Gremium wurde bis dato zu diesem Zweck nicht einberufen und auch nicht befaßt.

Herr Bundesminister außer Dienst Steyrer hat in einer Beantwortung im Rahmen der Beratung im Finanz- und Budgetausschuß am 16. November 1984 zum Themenkreis Strahlenfrühwarnsystem Stellung genommen. Damals hat er schon darauf verwiesen, daß es eben diese 336 Meßstellen gibt, die anzeigen welcher Wert an Radioaktivität an dieser oder jener Stelle eben vorhanden ist. Aber von einem Frühwarnsystem für die Bevölkerung kann hier nicht die Rede sein. Das ist ja lediglich eine Grundlage, um überhaupt eine Warnung geben zu können und damals jedenfalls, also am 4. Dezember 1984, war Herr Umweltminister Steyrer sehr wohl der Auffassung, daß so früh als möglich Maßnahmen gesetzt werden müßten. Er sagte: "Um Schäden zu vermeiden oder zu begrenzen ist es erforderlich, so früh wie möglich Maßnahmen zu setzen, es kann daher nicht so lang zugewartet werden, bis die Dosis aus einem Ereignis heraus gemessen werden kann." Nur, solange er Bundesminister war, hat er nichts gemacht. Und Herr Bundesminister Kreuzer kann natürlich tatsächlich nicht aus dem Vollen schöpfen, weil sämtliche Warnpläne und Alarmsysteme nicht ausgearbeitet sind und auch nicht vorliegen. Hier muß harte



Kritik angebracht werden, weil er jetzt in verschiedenen Stellungnahmen meint, daß sicher alles getan worden wäre.

Für die Bevölkerung äußerst verwirrend sind die unterschiedlichen Stellungnahmen von Bundes- und Landesdienststellen. Wenn es gestern zum Beispiel wieder geheißen hat, daß wahrscheinlich für das Wiener Gemüse keine Gefahr bestünde und der Verkauf wahrscheinlich heute oder morgen wieder freigegeben wird und im Handumdrehen das Bundesministerium für Gesundheit und Umwelt verlauten läßt, daß nach wie vor alle Vorsorgemaßnahmen aufrecht bleiben, darunter auch kein Freilandgemüse zu kaufen, dann muß ich sagen, trägt das wirklich nicht zur Beruhigung der Bevölkerung bei. Vielleicht wäre es möglich, bei solchen Aktionen doch die Kooperation mit dem Stubenring herzustellen und hier eine entsprechende Klärung herbeizuführen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Zivilschutzverband: Es wird also hier, vor allem von Stadtrat Braun, immer wieder auf den Zivilschutzverband verwiesen. Das ist, bitte, ein privater Verein, eben ein Verband, der hat keinen Behördencharakter (Präs. Hahn: Hat er doch!), es muß eine Funktionsteilung zwischen einem solchen Verband und den behördlichen Aufgaben geben. Und hier meine ich, daß in letzter Konsequenz auch zu überlegen wäre, daß eben nicht der Amtsführende Stadtrat und auch kein anderer Spitzenpolitiker Präsident dieses Zivilschutzverbandes ist, da der Zivilschutzverband ja den zuständigen Amtsführenden Stadtrat in Zivilschutzfragen zu beraten, Maßnahmen vorzuschlagen, Forderungen zu erheben und die Realisierung dieser Forderungen zu beobachten hat. Wenn ich aber nicht weiß, wer ich jetzt bin, ob ich der Herr Amtsführende Stadtrat bin oder der Herr Präsident des Zivilschutzverbandes (Amtsf. StR. Braun: Ich habe da keine Schwierigkeiten!), dann wird es wahrscheinlich nicht zu diesem Ausgleich und zur Realisierung der Forderungen kommen. Also hier glaube ich, wäre eine... (Amtsf. StR. Braun: Ich bin nicht gespalten! Ich habe da keine Probleme! - Präs. Hahn: Keine Probleme, wenn nichts geschehen ist!) Bitte, das bezweifle ich und ich glaube, es wäre auch demokratiepolitisch besser, wenn die Funktionen klar getrennt wären, damit auch etwas durchgesetzt werden könnte. (Beifall bei der ÖVP.)

Auf keinen Fall darf es passieren, daß der Bürger auf der Strecke bleibt. Er hat jetzt erfahren, daß es einen GAU oder einen Super-GAU geben kann.

Ich selbst habe Gespräche mit Experten geführt, die mir einreden wollten, daß Zwentendorf absolut sicher ist. Ich persönlich habe es nie geglaubt und ich muß sagen, es tut mir außerordentlich leid, daß ich durch diesen Vorfall in dieser Auffassung bestätigt wurde. Aber es darf der Bürger jetzt nicht beruhigt und besänftigt werden, sondern es müssen zielgerichtet Maßnahmen folgen.

Die Mütter wollen alles zum Schutz ihrer Kinder tun. Sie suchen Information und wenn sie diese Information von offizieller Stelle nicht bekommen, dann machen eben Scharlatane gutes Geschäft. Das ist ganz klar, das können wir nicht ausschließen, da Sorgen nicht angeordnet werden können oder Sorgen und Angst nicht verboten werden können. Sie sind einfach da und hier wird man sich um Informationen bemühen und deshalb meine ich, daß eine volle Information von offizieller Seite in jedem Fall immer der richtigere und der bessere Weg ist.

Tschernobyl hat auch gezeigt, daß alle zuständigen Stellen und hier nehme ich überhaupt niemanden aus, überrascht und überfordert waren und es auch noch sind. Wichtige Maßnahmen mußten erst getroffen werden und dazu zähle ich, und da treffe ich mich vielleicht wieder mit meinem Vorredner Faymann, daß die Gefahren auszuschalten sind, daß die Gefahren zu beschränken sind und das heißt eben kein Zwentendorf und kein Wackersdorf und das heißt, Kampf im Osten gegen die mehr oder weniger gleichen Anlagen wie in Tschernobyl.

Der Zivilschutz muß ein Anliegen der Gesamtbevölkerung werden. Es genügt nicht, wenn die Wiener Feuerwehr ein noch so gutes Konzept in einer Schublade hat. Ich bin überzeugt von der guten Arbeit der Wiener Feuerwehr, aber Zivilschutz ist eine Frage jedes einzelnen Bürgers, jedes einzelnen Haushaltes und das müssen wir auch zur Ausgangsbasis eines neuen Konzeptes machen. Wir können nicht beruhigt zur Tagesordnung übergehen. Tschernobyl hat die Welt verändert! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Gertrude Stiehl: Als nächster Redner ist Herr Abg. Gaal gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gaal:** Frau Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn Sie in Ihrer dringlichen Anfrage Klage führen und davon sprechen, daß es keinen umfassenden Zivilschutzplan, keinen Maßnahmenkatalog und kein Konzept gibt, also im Zusammenhang mit dem Zivilschutz, ganz allgemein gesprochen nichts geschieht oder nichts geschehen ist, nichts funktioniert, so ist das schlichtweg falsch und unrichtig.

Ich darf erinnern, meine Damen und Herren, daß wir ja im Wiener Landtag, ich gehörte damals noch nicht dem Hohen Haus an, im November 1977 das Wiener Katastrophenhilfegesetz, das seit 1978 in Kraft ist, beschlossen haben. Es ist ein Gesetz über Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung vor Katastrophen.

Ich darf an die Geschäftsordnung für den Krisenstab der Stadt Wien erinnern, in der steht, daß vom Herrn Bürgermeister in Katastrophenfällen ein Krisenstab einberufen werden kann und bei Bedarf natürlich auch Vertreter von Bundesdienststellen, der Militärkommandant, der Polizeipräsident ersucht werden, mitzuwirken. In dieser Geschäftsordnung sind die Aufgaben des Krisenstabes und der Organisationsablauf festgehalten. Auch hier geht es um die notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung.

Nicht zu vergessen, den schon oft zitierten Katastrophenschutzplan für Wien, das Katastrophenhilfegesetz, sowie die Katastrophenschutzpläne für die Bezirke, die gemeinsam mit der Bezirksvertretung erarbeitet wurden und werden. Ich kann nur hoffen, daß sich hier alle Bezirke im Interesse der Menschen unserer Stadt beteiligen.

Überdies darf ich noch an die Einsatzpläne verweisen, die Anweisungen für die Organisationen und Organe der Stadtverwaltung darstellen und in ganz speziellen Fällen zum Einsatz kommen, wie eben jetzt der Einsatzplan "Radioaktivität". Es kann daher gesagt werden, daß der behördliche Zivilschutz funktioniert und daß Konzepte vorhanden sind. Gerade im letzten dreiviertel Jahr, also schon sehr lange vor dem Reaktorunfall in Tschernobyl, ist, was den Zivilschutz in Wien angeht, schon sehr, sehr viel getan worden.

Die Aktivitäten, können sich sehen lassen. Es gibt eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Bundesdienststellen, vor allem mit dem Bundesministerium für Inneres, im Zusammenhang mit der Errichtung von Selbstschutzzentren, die ja österreichweit in Form von 50 Pilotprojekten gestartet werden, und zwar am 14. und 15. Juni. Das ist ein Termin, der gemeinsam mit dem Bundesministerium und mit den Vertretern der Länder vereinbart wurde. Wir in Wien veranstalten diesen Zivilschutztag am Laaer Berg, Sonntag, den 15. Juni 1986, im Böhmischen Prater in der Zeit von 10 bis 18 Uhr, gemeinsam mit den Katastrophenschutzdiensten und den verschiedenen Zivilschutzorganisationen. Mit dabei sein wird die Feuerwehr, der Arbeiter-Samariter-Bund, das Rote Kreuz, die Umweltabteilung der Stadt Wien, die Wiener Ärztekammer, das Gesundheitsamt, die Apothekerkammer, aber auch die Handelskammer, der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien, das Institut für Brandverhütung und letztlich auch der Österreichische Zivilschutzverband mit seiner Wiener Organisation.

Es gibt die Extrabeilage, die Frau Stadtrat hat sie bereits erwähnt, die versendet wurde (Präs. Hahn: Wo?), in der die Bevölkerung über die vorgesehenen Maßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen bei schwerwiegenden Katastrophenfällen informiert wird. Auf dem erwähnten Zivilschutztag wird auch sehr ausführlich auf das Pilotprojekt Selbstschutzzentren eingegangen, wobei man die Bevölkerung einlädt, an dieser Informationsveranstaltung, die neben einer fachlichen Präsentation auch ein abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm bietet, teilzunehmen.

In diesen Selbstschutzzentren soll für die Bevölkerung die Möglichkeit bestehen, alle Informationen über den Zivilschutz rasch und unbürokratisch zu erhalten. Die Bevölkerung soll auch durch das Erlernen von Selbstschutzpraktiken und Vorsorgen im eigenen Haushalt befähigt werden, bei Unglücksfällen und bei Katastrophen die Zeit bis zum Wirksamwerden der organisierten Hilfe oder der behördlichen Maßnahmen, die sogenannte Isolationsphase, möglichst ohne Schaden zu überstehen. Denn wir wissen ja, meine sehr geschätzten Damen und Herren, selbst unter den günstigsten Voraussetzungen kann es in Normalsituationen vom Eintreten eines Schadenereignisses bis zum Wirksamwerden der Hilfeleistung durch die Feuerwehr oder durch die Rettung mehrere Minuten dauern und umsomehr kann

bei Großereignissen natürlich niemand damit rechnen, daß besonders ihm als ersten geholfen werden kann.

Auch behördliche Vorsorgemaßnahmen, brauchen eine bestimmte Anlaufzeit und daher ist der Selbstschutz und die Selbsthilfe der Bevölkerung notwendig und unerlässlich und erleichtert letztlich auch die Arbeit der Einsatzorganisationen. Aber das bedarf, wie ich schon erwähnt habe, einer entsprechenden Schulung und Information der Menschen. Die Bürger sollen lernen mit Notstandssituationen fertig zu werden. Im Selbstschutz soll die Bevölkerung lernen, diese Notsituationen zu bewerkstelligen und das soll letztlich mehr Sicherheit für unsere Bevölkerung bringen. Denn die Menschen sollen in die Lage versetzt werden, diese Notsituationen, also Katastrophen kleineren aber auch größeren Ausmaßes zu überstehen. Hier geht es auch um die Sicherheit im Alltag. Vor allem bei Stromunfällen, Bränden, Explosionen, Unfällen im Haushalt, gefährlichen Giften, ist es wichtig, die Bevölkerung durch die Veranstaltung von Kursen und Vorträgen, die das Thema Verhütung von Schadensfällen aller Art behandeln, zu informieren, zu beraten und auszubilden.

Hierher gehört beispielsweise auch der kriminalpolizeiliche Beratungsdienst im Zusammenhang mit Vorsorgemaßnahmen gegen kriminelle Angriffe. Hierher gehört die Erste Hilfe, die Hauskrankenpflege, das richtige Bergen und Retten, eine vorbeugende Brandschutz- und Entstehungsbekämpfung und gerade im Zusammenhang mit Tschernobyl die Haushaltsbevorratung und letztlich auch der Schutzraumbau, aber auch gesünder und umweltbewußter leben sind Themenbereiche, die hier im Zusammenhang mit dem Zivilschutz von der Bevölkerung zu beachten sind.

Wenn man daher von den Vorhaben im Zivil- und Katastrophenschutz spricht, steht sicherlich das Großprojekt Selbstschutzzentrum im Vordergrund. Denn wenn sich diese Pilotprojekte bewähren, wird man bemüht sein, etwa schon 1986 oder Anfang 1987, im gesamten Bundesgebiet flächenendeckend mit dem Aufbau dieser Zentren zu beginnen. Unserer Erfahrung nach, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist das Interesse am Zivilschutz in ländlichen Gebieten größer als in den Städten und insbesondere in einer Großstadt. Aber es stimmt, das gebe ich gerne zu, daß es noch ein Informationsdefizit im Bereich Zivilschutz gibt und hier liegt einer der Schwerpunkte unserer Arbeit: Die intensive Aufklärung und Information der Bevölkerung. Dabei ist es wichtig, daß man auf die Menschen zugeht, denn niemand wird zur Behörde kommen und fragen, wie ist das mit dem Zivil- und Katastrophenschutz? Was kann ich beitragen, was kann ich selbst dazu tun? Daher ist die Errichtung dieser Zentren zu begrüßen.

Um natürlich auch eine entsprechende Breitenwirkung in der Bevölkerung zu erreichen, bedarf es nicht nur der Motivation und der Information der Bevölkerung, der Gemeinde- und Bezirksebene, sondern auch in den bundesweiten Medien muß es uns gelingen, den Zivilschutz, seinen Aufgaben und positiven Möglichkeiten entsprechend, darzustellen. Wir müssen, wie ich schon gesagt habe, dem Zivil- und Selbstschutz eine Alltagsberechtigung geben. Wir haben ihn so zu organisieren und so zu präsentieren, daß ihn die Staatsbürger auch im Alltagsleben als wertvolle Hilfe benützen können. Wir müssen wegkommen von den vielen Fehlinterpretationen des Begriffes Zivilschutz, weg von den Fehldeutungen; auch hier haben wir noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

Sicher hat Tschernobyl in der Bevölkerung ein Umdenken herbeigeführt, dennoch haben diese Selbstschutzzentren wirklich außerordentliche Leistungen zu erbringen, damit die Menschen auch verstehen, warum Zivilschutz so wichtig und notwendig ist, welche Leistungen auf diesem Gebiet bereits von den Einsatzorganisationen der Feuerwehr, des Roten Kreuzes und des Arbeiter-Samariter-Bundes bis dato schon erbracht wurden und welche Leistungen noch erbracht werden.

Daher glauben wir, meine sehr geschätzten Damen und Herren, daß die derzeitige Aufbruchsstimmung, die zweifelsohne einerseits durch die Zivilschutzenquete 1985, aber andererseits auch durch den Reaktorunfall in der Sowjetunion hervorgerufen wurde, sicher den geeigneten Zeitpunkt darstellt, um positive Veränderungen herbeizuführen. Denn es geht, wie schon richtig gesagt wurde, um die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung in Anlaßfällen des Zivilschutzes.

Die notwendige finanzielle Bedeckung, Sie haben es gesagt Frau Stadtrat, wird sicher auch in Zukunft gewisse Belastungen bringen und das darf und soll man auch nicht verschweigen. Diese Bela-

stungen können nur durch gemeinsame Anstrengungen der gesamten Bevölkerung getragen werden und obwohl schon sehr viel Positives geschehen ist, müssen wir noch mehr tun.

"Zivilschutz ist in höchstem Maße Selbstschutz, Eigenschutz und damit auch eine Frage des persönlichen Interesses für jeden einzelnen", das hat Landeshauptmann Ludwig anlässlich der Enquete gesagt, als man über die Länderaktivitäten gesprochen hat.

Unser gemeinsames Ziel, meine Damen und Herren, muß es sein, dem Zivilschutz einen höheren Stellenwert im Bewußtsein der Bevölkerung, aber auch bei den Verantwortlichen auf allen Ebenen der Gesetzgebung und der Vollziehung zu verschaffen, um letztlich durch eine starke Aufklärungs- und Informationsarbeit, einen noch wirksameren Zivilschutz in unserem Land, in unserer Stadt, zu erreichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Als nächster Redner ist Herr Amtsführender Stadtrat Stacher gemeldet. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Amtsführender Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ich jetzt eine lange Debatte führe. Nur, Frau Stadtrat Hampel-Fuchs hat mich direkt angesprochen und ich muß darauf Antwort geben. Erstens einmal bewundere ich Sie, wenn Sie vorhersagen, was ich sagen werde, nämlich daß ich sagen werde, daß alles klar sei. Ich werde Sie enttäuschen, Frau Stadtrat, es ist in der Medizin im Rahmen der Radioaktivität sehr vieles nicht klar und muß erst erarbeitet werden. Also ich sage sicher nicht, daß alles klar ist.

Zweitens: Die natürliche Radioaktivität ist anders. Da muß man jetzt einmal sagen, wovon redet man? Wenn man natürlich von Jod 131 redet und gleichzeitig zur Kenntnis nimmt, daß die Konzentration von Jod 131 in Wien in den ersten Tagen so gering war, daß überhaupt keine Gefährdung vorhanden war, so können Sie ja hier nur von der Atomstrahlung, also von der Radioaktivität, aber nicht vom Element reden, und dann ist es eigentlich völlig gleich, ob es Jod 131, ob es Cäsium 137 und so weiter ist.

Ich glaube, was in der Öffentlichkeit übersehen wird, was ich immer wieder versuche zu betonen und was eigentlich die Unsicherheit herbeiruft, ist doch eigentlich das, daß wir auf zwei Seiten argumentieren müssen, ob wir wollen oder nicht. Auf der einen Seite besteht derzeit für die Bevölkerung und bestand auch im Rahmen der gegebenen Radioaktivität keine Gefahr einer aktuellen Strahlenschädigung. Auf der anderen Seite trafen wir aber Vorsorgemaßnahmen in bezug auf Gemüse, Wasser und Schulveranstaltungen, damit für die kommenden Generationen oder die jungen Leute keine Schädigung entsteht. Nun ist es natürlich sehr schwierig, das einer Bevölkerung, die darüber relativ wenig weiß, klarzumachen. Auch in der Politik ist das manchmal sehr schwierig. Aber mit den getroffenen Maßnahmen wurde versucht, die Jahresgrenze von einem Rem Gesamtbelastung zu unterschreiten, damit in Zukunft keine stärkere Krebshäufigkeit, Leukämiehäufigkeit und so weiter, die sich ja vor allem für die jungen Menschen auswirkt, eintritt. Das hat dann sicherlich zum unguten Gefühl in der Bevölkerung beigetragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden ja hier, und gerade Ihre Fraktion, liebe Frau Stadtrat, redet ja hier sehr viel von Prävention. Man sollte eigentlich nicht nur von der Prävention reden, sondern man sollte sie machen. Alles, was das Gesundheitsministerium gemacht hat und was auch die Stadt Wien veranlaßt hat, indem man eben die Milch, die mehr als 10 Nanocurie enthalten hat, aus dem Verkehr gezogen hat, indem man die Bevölkerung davor gewarnt hat, im Gras zu gehen, indem man sie gewarnt hat, zu dem Zeitpunkt, zu dem die Radioaktivität beispielsweise auf der Alten Donau relativ hoch war, zu lange zu baden, und sie gebeten hat, sich nachher duschen, weil die Radioaktivität im Wiener Hochquellenwasser eben sehr niedrig war, das war Prävention. (StR. Maria Hampel-Fuchs: Für die Prävention nicht, Herr Stadtrat!)

Und nun darf ich Ihnen etwas in bezug auf das "Durcheinander" beim Gemüse und beim Spielen der Kinder erklären. Ich glaube in einer solchen Situation muß eine gewisse Flexibilität gewahrt bleiben und es müssen von Tag zu Tag, anhand der neuen Befunde, neue Maßnahmen gesetzt werden. Gerade das unterscheidet ja eigentlich die medizinische Situation von so vielen anderen, die man im Detail vorhersehen kann.

Nun darf ich aber noch etwas zur Einberufung des Landessanitätsrates sagen: Im Landessanitäts-

rat ist kein einziger Strahlenexperte. Es war viel sinnvoller mit den Strahlenexperten Gespräche zu führen. Und sind Sie mir nicht böse, aber ich habe eine grundsätzliche Einstellung: Ich glaube, daß in einer Situation, in der man handeln muß, alle langen Diskussionen in verschiedensten Gremien fehl am Platz sind, noch dazu, wenn man von vornherein weiß, daß diese Gremien nicht die entsprechenden Fachleute enthalten. Es war für mich sicherlich sinnvoller, mich mit den Strahlenexperten der Magistratsabteilung 15, mit Leuten aus den Spitälern und so weiter zusammenzusetzen, um hier mit den Ergebnissen, die wir vom Ministerium bekommen haben, Maßnahmen zu setzen, als eine Sitzung einzuberufen, bei der ich von vornherein wußte, daß die Information der in der Sitzung befindlichen Teilnehmer auch nicht größer ist als meine.

Man kann natürlich immer etwas finden, wenn man etwas finden will. Ich glaube, es ist in einer solchen Situation viel sinnvoller zu versuchen, das Beste daraus zu machen. Wir alle sind unglücklich über die Situation!

Es ist sicherlich das eine oder andere nicht so abgelaufen, wie wir es uns gewünscht haben, das hat ja überhaupt niemand bestritten, aber jetzt große politische Diskussionen darüber abzuführen, halte ich eigentlich nicht für sinnvoll.

Wir alle sollten daraus lernen, damit wir für einen solchen Fall in Zukunft besser gerüstet sind. Wir dürfen aber auch eines klarstellen: Ob das Chromosom oder das Gen von einem radioaktiven Partikel Jod 131, Cäsium 137, Strontium 90 oder Strontium 89 getroffen wird und zu einer Spontanmutation führt, die dann in 20 Jahren einen Krebs auslöst, ist eigentlich dem Gen völlig gleichgültig. Darum ist es in erster Linie gegangen. Dann die Verteilung von Jod 131 in der Schilddrüse stand ja nicht zur Debatte, da die Dosis viel zu gering war, um hier Schädigungen hervorzurufen.

Sie sehen ja auch, daß das manchen Medizinern nicht klar ist, denn es hat sogar einen Professor in der I. Medizinischen Klinik gegeben, der im Fernsehen gesagt hat, er habe seinem Kind eine Jodlösung gegeben, obwohl eindeutig feststeht, daß das ein medizinischer Unsinn war.

Sie sehen also, wie schwierig hier Entscheidungen sind, wie schwierig hier die Entscheidungsfindung ist und ich glaube, wir sollten uns zusammentun, um diese Entscheidungen zu treffen, soweit sie vorhersehbar sind. Wenn die Vorentscheidungen aber fehlen, und es hat ja in der ganzen Welt keine solchen Voraussetzungen gegeben, auch nicht in der Bundesrepublik oder anderen Ländern, dann sollten wir zusammenarbeiten und nicht Sitzungen abhalten, nicht reden, sondern, meine sehr verehrten Damen und Herren, so wie wir es gemacht haben, handeln. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Ich weise den Antrag den Amtsführenden Stadträten für Finanzen und Wirtschaftspolitik, für Umwelt und Bürgerdienst sowie für Gesundheit und Soziales zur weiteren Behandlung zu.

Meine Damen und Herren, damit ist die Sitzung des Landtages geschlossen. Ort, Tag und Stunde der nächsten Sitzung werden ordnungsgemäß bekanntgegeben werden. Ich danke Ihnen.

(Schluß um 15.24 Uhr.)